

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort fett). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisdruck: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 9. März 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Agrarisches Vorspiel.

Eine neue Regelung der deutschen Handelsbeziehungen mit dem Ausland steht bevor und bald wird der Interessent der Wirtschaftsklassen lebhaft entbrennen. Ein Vorspiel dieser Kämpfe führten die Junker am Donnerstag im Reichstag auf, indem sie ein hygienisches Fleischbeschau-Gesetz, das der Volksgesundheit dienen sollte, in eine agrarische Viebesgabe auf Kosten der Volkswohlfahrt umzuwandeln lärmend verlangten. Man darf den Agrariern dankbar sein, daß sie so offen ihre Pläne bekundeten und dem deutschen Volk zeigten, was es bei der Schaffung neuer Handelsverträge in der Folgezeit zu erwarten hat.

Da Zuwendungen für die notleidende Landwirtschaft zur Debatte standen, war das Junkerfolk der Rechten zahlreich erschienen, das sonst, wenn es sich nur um Angelegenheiten des allgemeinen Staatswohls, um Rechtsfragen oder gar um Arbeiterinteressen handelt, fern unter gestülpten Strohdächern politische Entschlafung übt. Da es aber galt, die amerikanische Fleischkonkurrenz zu verhindern und dem deutschen Volke hohe Fleischpreise zu distillieren, da waren sie alle, alle herbeigeeilt, dicht geschart um die ragende Don-Quixottische Gestalt des Grafen Kanitz; auch Herbert Vis-mard fehlte nicht, der Sohn des Kanzlers, der die agrarische Schutzpolitik in Deutschland geschaffen und das tägliche Brot des Arbeiters den agrarischen Begierden preisgegeben hatte. Auch die Linke war zwecks Abwehr zahlreich erschienen, so daß das Haus ansehnlicher besetzt war als seit langem.

Man konnte eine große Debatte erwarten. Doch die Erwartungen wurden enttäuscht; nicht nur infolge der oratorischen Unbedeutendheit, in der die agrarischen Forderungen auftraten, sondern auch infolge der völligen Zurückhaltung der Regierung. Obschon die Beratung der auswärtigen Beziehungen des Reichs in hohem Maße berührt, war der Vertreter des Auswärtigen Amtes nicht erschienen, er ließ sich durch den Unterstaatssekretär v. Nitschhofen vertreten. Sonst — den Reichskanzler vermiste niemand — war nur Graf Posadowsky erschienen und Frhr. v. Thielmann, der Schatzsekretär, der aber nur kurze Zeit sich an seiner zahlreich versammelten intimen agrarischen Gegnerschaft erkannte und sich bald zurückzog; dann sah Graf Posadowsky vereinsamt am Bundesratsstisch, in gravitätischer Würde bald den langwallenden Vollbart streichend, bald die Stirn sorgenvoll hinter der rechten Hand bergend, bei den agrarischen Reden mühsam ein leises Lächeln der Verlegenheit verhehlend. Aber Graf Posadowsky, der Sprechminister, blieb stumm. Gegenüber den Drohungen der Agrarier, gegenüber den Mahnungen von links verbarnte die Regierung in Schweigen und — obgleich alle Welt auf ihre Stellungnahme gespannt wartete — sie verriet mit keinem Wort, wie sie über die agrarischen Kommissionsbeschlüsse denkt. Zwar ist offenbar, daß die Regierung den völligen Ausschluß des amerikanischen Fleisches vom 1. Januar 1904, wie die Kommissionsmehrheit fordert, nimmermehr annehmen kann. Aber wie sich die Regierung zu den sonstigen der Fleischzufuhr aus Amerika feindlichen Bestimmungen stellen wird, darüber herrscht völlige Ungeklärtheit. Und durch ihr Schweigen verriet die Regierung nur die peinliche Verlegenheit, in die sie die agrarische Amerikaheke verwickelt hat. Die Unklarheit aber über die Absichten der Regierung mußte, wie die Dinge lagen, die Entwicklung der Debatte hemmen und brachte sie nach einigen größeren Anlässen zum baldigen völligen Versanden.

Zunächst sprach für die Beschlüsse der Kommissionsmehrheit der Centrums-Abgeordnete Gerstenberger, ein Pfarrer aus Unterfranken mit jugendlichem Kopf und altertümlich-agrarischen Anschauungen. Im Namen der deutschen Landwirtschaft forderte er die Aufhebung der von der Regierung vorgeschlagenen sanitären Kontrolle bei Hauschlachtungen, im Namen der deutschen Landwirtschaft forderte er die Absperrung der deutschen Grenze gegen ausländische Fleischzufuhr wegen deren angeblicher Gesundheitsgefährlichkeit — Forderungen, deren eine die andre aufhebt und deren Anstellung nur verständlich ist, wenn nicht der gesundheitliche Schutz der Bevölkerung, den die Regierungsvorlage verlangt, sondern die Garantie höherer Fleischpreise für die Gutsbesitzer der Sinn und Inhalt des Gesetzes sein soll.

Der Vertreter von Bremen, Abg. Freese von der freisinnigen Vereinigung, sprach als erster Redner gegen die Beschlüsse der Kommission, welche der deutschen Industrie, dem Handel und der Schifffahrt Deutschlands schwerste Schädigung bringen würden. Noch niemals, so betonte er mit Recht, sei ein so harter und so willkürlicher Schlag gegen die Entwicklung der deutschen Industrie geübt worden als durch die Erschwerung der amerikanischen Fleischzufuhr und die beabsichtigte völlige Absperrung gegen selbige vom 1. Januar 1904 an. Denn selbstverständlich werde Amerika die Abschneidung seines Fleischexperts nach Deutschland mit Gegenmaßnahmen beantworten, durch die zahlreiche Industrien geschädigt, durch die die atlantische Schifffahrt Deutschlands völlig lahmgelegt werden würde.

Bei der Rede Freeses war der agrarische Chorus bereits in lebhafteste Aktion getreten. Jeder Satz, mit dem der Redner den agrarischen Annahmen entgegentrat, wurde mit lautem

junkerlichen Grunzen beantwortet; fast schien es, als gedächten die Herren Junker ihre Viehinteressen durch Töne aus ihren Ställen zu bekräftigen. Doch bald durfte das misfällige Gedrömm ihres Unbehagens helleren, freudigeren Tönen weichen. Bald erklang ihnen unverfälschte agrarische Musik aus dem Munde ihres Alinkowström und sie begleiteten ihren Redner mit lauten, wie vom Taktstock kommandierten und in regelmäßigen Intervallen wiederkehrenden Bravorufen.

Graf Alindowström war der agrarische Held des Tages. Zwar fehlt ihm das agrarische Exterieur; seine Diego scheint eher unter dem „Gistbaum“ gestanden zu haben, dem jetzt seine lebhaft gestikulierende Feindschaft gilt. Aber innerlich ist er Agrarier sonder Fehl. Was geht uns Amerika an? — erklärte der Tapfere. Wir wollen für unsre „nationale Produktion“ sorgen, unsre Landwirtschaft schützen, mit Amerika werden wir schon fertig werden. Die Beschlüsse der Kommission agrarische sein, aber — und der Herr Graf gab eine ebenso denkwürdige als zweckheller-schütternde Erklärung des Begriffs „agrarisch“ — agrarisch ist gleichbedeutend mit „politisch, patriotisch, gerecht“; der Herr Graf hatte nur vergessen hinzuzufügen: und gleichbedeutend mit — bescheiden! Wenn aber die agrarischen Forderungen patriotisch, gerecht und bescheiden sind, dann muß die Regierung ihnen auch zustimmen, so folgerte Graf Alindowström weiter und seine Rede erhob sich wiederholt zu scharfen Drohungen gegen die Regierung, falls sie sich nicht unter das Junkerjoch beugen würde. Wenn die Regierung in dieser Frage nicht zu haben sei, so sei überhaupt nichts mehr von ihr zu hoffen, dann werde eine ungeheure Erbitterung die ganze ländliche Bevölkerung ergreifen. Wie sich diese Erbitterung alsdann entladen würde, ob es heißen soll: Keine Fleischsperrre — Keine Flotte! — Davon verriet der Graf vorläufig noch nichts.

Nach dem konservativen Redner gegen die Regierung nahm das Wort — ein seltsames Schauspiel! — der Redner der Socialdemokratie für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Das zeigt die ganze Ungehenerlichkeit der agrarischen Annahmen. Genosse Wurm brandmarkte in eindrucksvoller Rede die gemeingefährlichen Pläne, welche das Agrarierium unter der heuchlerischen Maske des „Schutzes der Landwirtschaft“ verfolgt: Für das Zustand will man die elementarsten Gesundheitsmaßregeln vereiteln, indem man die Hauschlachtungen, auch wenn die betreffenden Fleischeile verkauft werden — nur gewerbsmäßiger Verkauf soll nicht statthast sein —, von der sanitären Aufsicht befreit. Angeblich thue man dies, um den kleinen Landmann, der sich ein Schwein im Haus schlachtet, nicht zu belästigen, aber, wenn man das nicht wolle, so brauche man nur die Kosten auf das Reich zu übertragen; tatsächlich würde durch die Freigabe der Hauschlachtungen den Gutsbesitzern die Möglichkeit gegeben, alles geringwertige Vieh, auch Kinder, ohne Aufsicht zu schlachten und dem Gefinde zuzuteilen. Während so die sanitären Interessen hintangeseht und der Verbreitung von Krankheiten Vorschub geleistet, also der ganze Zweck des Gesetzes vernichtet werde, spiele man sich gegenüber dem amerikanischen Fleisch als Hüter der Volksgesundheit auf. In Wirklichkeit wolle man aber lediglich das amerikanische Fleisch absperrn, um höhere Fleischpreise zu erzielen. Gätte man nur hygienische Absichten, so sollte man doch die Grenzen für lebendes Vieh, das dann vor und nach der Schlachtung kontrolliert werden könnte, öffnen; das zu thun aber weigere man sich wiederum. Diese Widersprüche zeigen das wahre Wesen der agrarischen Forderungen, die nichts andres bedeuten, als eine neue Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung, die durch Verteuerung des Fleisches aufs schwerste geschädigt werden würde.

Nach der Rede unsres Parteigenossen war das Interesse an der Debatte völlig erschöpft. Die folgenden Redner, der nationalliberale Rittergutsbesitzer Sieg, der freisinnige Veckh, der freikonservative Rittergutsbesitzer Holz, der Antisemit Vielhaben vermochten nicht, neues beizubringen und die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln. Bemerkenswert war nur noch, daß der süddeutsche Abgeordnete Hofmann-Hall, Professor der Tierarzneikunde, ähnlich unserm Genossen Wurm, aus sanitären Gründen gegen die agrarischen Forderungen Stellung nahm. Die Debatte wurde danach verlegt und wird Freitag fortgeführt werden.

Wird die Regierung noch aus ihrer Reserve heraustreten? Wie wird sie sich aus den Verlegenheiten herauszuhelfen versuchen, in welche sie die Unentschlossenheiten und die Widersprüche ihrer Politik verstrickt haben? Sie kann nicht allen agrarischen Forderungen, so gern sie es möchte, willfahren, denn selbst wenn sie sich auch nicht scheut, dem deutschen Arbeiter und Handwerker das Stücken Fleisch, das dieser sich kaufen mag, zu verweigern, so muß sie sich doch vor den unabsehbaren Schädlichkeiten bedenken, die aus einer handelspolitischen Verteidigung mit Amerika erwachsen würden. Andererseits: Die Agrarier aller Färbung, die konservativen, die nationalliberalen und die Centrums-Agrarier, sie pochen auf ihren Schein, sie verlangen höhere Fleischpreise als Zahlung — und zwar als erste Abschlagszahlung! — für die Zustimmung zur Flottenvermehrung. Die Flotte soll aber angeblich Handel und Industrie fördern; soll die

Regierung diese Förderung beginnen, indem sie durch Fleisch-vertenerung die Produktionskosten der Industrie erhöht und den Handelsabsatz nach Amerika zerstört?

Es wird ein reizvolles Schauspiel sein, wenn Graf Posadowsky sich als Agrarier und Weltpolitiker in einer Person vorstellen wird!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März.

Flotte und Fleischwucher.

Nach dem Rausch der Marineromantik ist die Ernüchterung durch die sehr realen Fleischschabbeschlüsse gefolgt. Die wilden Träume über eine märchenhafte Zukunft des größeren Deutschland sind zerstoßen an dem treuen Angriff des Kleinsten, engsten, rückständigsten Deutschland, das traurigste Gegenwartswirklichkeit ist.

Der liberale „Hamburgische Korrespondent“, eines der flottentlichsten Organe, schreibt im erregten Fieberstil über das agrarische Attentat.

„Er (der Entwurf über die Fleischschau) bedeutet in der Fassung, die ihm die Kommission gegeben hat, eine vielleicht irreparable, nicht wieder gut zu machende Störung unserer Handelsbeziehungen zu Amerika und Australien und infolge davon unberechenbaren Schaden für unsre Neereereien und unsre Industrie, weiterhin eine schwere Beeinträchtigung der Volksernährung, nämlich die Gefahr einer Fleischvernerung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre geradezu verhängnisvolle Dimensionen annehmen kann. Er bedeutet eine tumultuarische Wfsage an das Princip der Handelsverträge, eine unüberlegte Vorwegnahme der großen Entscheidung, zu deren planvoller Vorbereitung man in den letzten Jahren mit gutem Grund alle Kreise unsres Erwerbslebens aufgerufen hat. Er bedeutet den ersten, in seinen unvermeidlichen Folgeerscheinungen vielleicht aber schon ausschlaggebenden Schritt heraus aus der Weltwirtschaft, in der der große Organismus unsres Reichs allein gebelien kann, und damit den Verzicht auf die Weltpolitik, die uns die einst in blutigen Kämpfen errungene Machtstellung unter den Völkern erhalten soll.“

Das Blatt eifert dann weiter über die lex Heinz und die agrarische Weltpolitik, welche am liebsten die Seehäfen in Fischmärkte verwandelt.

Man sieht hier: Das mobile und das immobile Kapital raufst sich, daß die Lappen fliegen. Die wundervolle, in alle Fernen schweifende Weltpolitik ist mit dem alle Grenzen verammelnden Agrarjunkerium zusammengeraten. Vielleicht einigen sich nun die brüderlichen Todfeinde dahin, daß sie die Flottenvorlage zwar annehmen, aber damit ihre Notwendigkeit begründen: Wir brauchen eine starke Schlach-flotte, um uns gegen die Lebensmittel-Einfuhr zu schützen. —

Der Fall Arond im Junkerparlament.

Die Angelegenheit des Genossen Arond bildete am Donnerstag, wo das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusdetails fortsetzte, das einzig Erwähnenswerte aus der im übrigen höchst belanglosen Debatte. Abg. Dr. Barth (fr. Sp.), der die Maßregelung des Genossen Dr. Arond zur Sprache brachte, ging scharf gegen das Ministerium vor. Insbesondere bestritt er dem Minister das Recht, einen Dozenten bloß wegen seiner Zugehörigkeit zur Socialdemokratie aus dem Amte zu entfernen. Er wies darauf hin, daß die Fakultät, deren Urteil doch kompetenter ist als das des Ministeriums, Arond für einen einwandfreien Ehrenmann erklärt habe, und ironisch meinte er, wenn das Staatsministerium konsequent wäre, so müßte es eigentlich die ganze Fakultät wegrotieren, da diese ja durch ihre freisprechenden Urteil gezeigt habe, daß sie sich ihrer Würde nicht bewußt sei. In einem Duodez-Staat hätte man es vielleicht für möglich gehalten, daß man gegen einen einzelnen Socialdemokraten das ganze Staatsministerium mobil mache, in Preußen aber nicht. Barth's allgemeine Betrachtungen über die Wäuserung der Socialdemokratie, seine Meinung, die Partei sei über ihre „revolutionären Träumereien“ hinaus, und seine Hoffnung, unsre Partei würde sich infolge der Teilnahme am politischen Leben allmählich mit der heutigen Gesellschaftsordnung abfinden, sind freilich nur fromme Wünsche. Unsre „revolutionären Träumereien“ sind — unser Programm.

Willing fand das Vorgehen des Ministeriums gegen Arond auf der gesamten Rechten, von der nicht weniger als drei Redner dem Abg. Dr. Barth entgegentraten. Graf Limburg-Sturum (l.) führte unter dem lebhaftesten Beifall seiner Freunde aus, das Staatsministerium habe das Richtige getroffen, indem es entschieden habe, ein Socialdemokrat sei nicht würdig, preussischer Beamter zu sein. Im übrigen sang er das Lied vom „starken Mann“ und forderte die Regierung auf, der socialdemokratischen Agitation fest und energisch entgegenzutreten, um den Arbeitern klar zu machen, daß es ein Unrecht ist, Socialdemokrat zu sein. In ähnlichem Sinne äußerte sich Abg. Schaub (l.), der im übrigen klar und deutlich bewies, daß er überhaupt nicht weiß, was eigentlich ein Socialdemokrat ist. Behauptete er doch, Herr Dr. Barth sei auf dem besten Wege, Socialdemokrat zu werden!

Katürlich mußte sich auch Frhr. v. Jeditz bei dieser Gelegenheit seine Diäten verdienen. Mit dem ihm eignen Brustton der Uebergewung, den er immer anschlägt, auch wenn er das Gegenteile meint, suchte er nachzuweisen, daß die Fakultät nur eine untere Instanz sei, die sich durch die Korrektur der höheren Instanz, womit er das Staatsministerium meinte, unmöglich beleidigt fählen könnte.

Doch von den übrigen Parteien des Hauses, vom Centrum und den Nationalliberalen, niemand das Wort ergriff, charakterisierte diese Vorkämpfer bürgerlicher Freiheit.

Nach Bewilligung des Ministergehälts vertagte das Haus die weitere Beratung des Kulturbudgets auf Freitag.

Eine echte Sammelrede

hielt der Finanzminister Miquel auf einem Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats. Nachdem der zweite Vorsitzende des abwesenden Staatssekretärs Posadowsky als des besten Freundes der Landwirtschaft gedacht hatte, führte Herr v. Miquel aus:

„Die Landwirtschaftsfrage sei keine bloße Interessenfrage. Ein einseitiges Ignorieren der Interessen der Landwirtschaft sei in Deutschland nicht möglich angesichts der Lage der Dinge; wir können eine wirtschaftliche Politik wie in England nicht führen; aber wir dürfen in Deutschland auch nicht nur eine agrarische Politik treiben, weil die Industrie zu bedeutend ist. Vom staatsmännlichen Gesichtspunkte aus sei ein flüchtiges Abwägen der wirtschaftlichen Interessen geboten; ein ausgesprochenes Ueberwiegen eines Interesses trete nicht so in Deutschland hervor, daß man einseitige Interessenpolitik treiben könne, deshalb sei die Lage auch schwieriger. Nebenher gedenke weiter des Umschwungs von der exportierenden zur importierenden Landwirtschaft; in der Behandlung dieser Fragen sei eine kolossale Lücke auszufüllen gewesen. Erst durch den Zusammenschluß der Landwirtschaft werde diese Lücke ausgefüllt. Welche Art von Füssen wir auch haben, ob niedrige oder weniger niedrige, immer wird der Weltmarkt eine entscheidende Rolle spielen, die Steigerung der Preise für gewisse Waren gebe nicht den Ausschlag. Die Frage des Zollschutzes habe für die Landwirtschaft mehr Bedeutung als für die Industrie. Mit der wachsenden Kultur stiegen auch die Arbeitslöhne, Kapital und Grundrente zeigen keine Tendenz zum Steigen. (1) Die Vermögen in Preußen haben sich seit drei Jahren um sechs Milliarden vermehrt! Red. des. Vorw.). Er gebe der Hoffnung Raum, daß bei der demnächstigen Revision unserer wirtschaftlich-politischen Stellung Erprobliches geleistet werde. Unzweifelhaft habe die Landwirtschaft trotz der schwierigen Lage kolossale Fortschritte gemacht. Sie dürfe aber nicht alles durch die Unterstützung der Regierung erreichen wollen, die Hauptlast bleibe die Selbsthilfe, und die sei ihr trotz Mangels an Betriebskapital, trotz der schlechten Zeiten in hohem Grade gelungen. Die Vereinbarkeit, der Zusammenschluß siehe dabei oben, ja sie seien von allerhöchster Bedeutung.“

Wie hilflos ist dieses diplomatische Hin- und Her-Gerede angesichts einer Thatsache, wie der Fleischschau-Beschlüsse, die die unverdäulichen Interessengruppen mit schneidender Schärfe und greller Klarheit ans Licht stellen. Die Politik der Sammlung ist die Politik der Erstarrung, des unfruchtbarsten hilflosen Hindämmerns.

Uebrigens sei darauf aufmerksam gemacht, wie viel Mühe die Minister und Mäde gefunden haben, um den Verhandlungen und den Sammanereien des Landwirtschaftsrats beizuwohnen, während kein Regierungsvertreter die Zeit zur Verfügung hatte, um der Einladung des social so überaus bedeutsamen Gastwirtsgehilfen-Kongresses Folge zu leisten.

Deutsches Reich.

Kiautschou.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Donnerstag der ihr nachträglich überwiesene Etat für Kiautschou beraten. In längerer Debatte wurden nochmals die Gesundheitsverhältnisse in Betracht gezogen. Die Regierungsvertreter konnten nicht bestritten, daß dieselben recht ungünstig sind; Herr Tzipig erbat sich die Gesundheitsverhältnisse in Kiautschou nicht mit denen Deutschlands zu vergleichen, sondern mit denen des übrigen China; im Vergleich mit diesen seien die in Kiautschou recht günstig. Das ist ein übler Trost für unsere Soldaten, die dort in der Fremde zahlreich erkranken und sterben.

Feiner wurde festgestellt, daß die Missionsthätigkeit in Schantung durch die Besetzung von Kiautschou erschwert worden ist. Bekanntlich ist die Besetzung gerade zum Entgelt für die Ermordung zweier deutscher Missionäre geschehen, sie wurde dann durch Veründigung der Mission, die Missionsthätigkeit zu fördern, insbesondere den Centralmächten schmachhaft gemacht. Jetzt stellt sich heraus, daß das Gegenteil erzielt wurde, was uns nicht wundern sollte; wir hatten das vorausgesehen. Das Christentum erscheint den Chinesen in Gestalt der Fremdherrschaft; mit dieser wird ihnen jenes verfaßt.

Abg. Richter warf sodann die sehr erhebliche Frage auf, ob man überhaupt unsere Soldaten in China unter gesundheitlich ungünstigen Verhältnissen zur Dienstleistung verwenden dürfe; er halte diese Verwendung rechtlich nicht für zulässig. Staatssekretär Tzipig nahm die Recht für die Marineverwaltung in Anspruch. Abg. Gröber beantragte eine Resolution, wonach die im Schutzbereich Kiautschou zu verwendenden Truppen thunlichst auf Grund freiwilliger Meldung zusammenzustellen werden. Staatssekretär Tzipig teilt mit, daß sich im letzten Jahre 3000 Freiwillige für Kiautschou gemeldet hätten, die jedoch nach Alter und Körperbeschaffenheit sich weniger für das Klima von Kiautschou geeignet hätten. Vebel beantragt, das Wort „thunlichst“ in der Resolution Gröber zu streichen; werde erst einmal die Verwendung von Soldaten üblich, dann müsse man bei dem Bestreben, die Kolonien zu erweitern, auf weitere Verwendung deutscher Soldaten gefast sein.

Die Resolution Gröber wurde alsdann angenommen. Es wurde in der Kommission allseitig zugegeben, daß die Ausdehnung der Kolonialpolitik dazu führen werde, immer mehr Soldatentruppen zu unterhalten.

Die Deckungsfrage des Marineplans erörtern nun auch die Miquel'schen „Verl. Pol. Nachr.“ Nachdem sie bei der ersten Umänderung der Flottenvorlage unvorsichtig auf die Erhöhung der Getreidezölle hingewiesen haben, plädieren sie jetzt — im Sinne der „Krenz-Zeitung“ — für Verdoppelung des Lotteriestempels, Erhöhung der Porzellansteuer, und Erhöhung der Zölle auf Waren, welche ausschließlich Gegenstände des Ge- oder Verbrauchs der reicheren Bevölkerung unseres Volks betreffen.

Was das für Waren sind, wird nicht verraten. Nach den bisherigen Erfahrungen werden zu diesen „Lugensartikeln“ Kaffee und ähnliche Produkte gerechnet.

Der Fiskus als — Kuppler. Nach der lex Heinze läuft der — Fiskus erhebliche Geschäfte, wegen Kuppelerei bestraft zu werden. Die „Voss. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß eines der berühmtesten Balliolale, die Jagdjäle, vom Fiskus vermielet werde. Das Berliner Adreßbuch verzeichnet folgende Notizen: Jägerstraße 22. Eigentümer: Fiskus. Vicar: Glenside, Geheimere Registrator. Burchardt, Balliolalebesitzer, Jagdjäle, Balliolale-Etablissement.

Wenn der Fiskus nun, wie angunehmen, sich eine ungewöhnlich hohe Miete zahlen läßt, so läuft er allerdings in der Aera der lex Heinze für diese Vorkubelung der Unsitlichkeit Gefahren, die man gar nicht auszubedenken mag.

Protestversammlung gegen die lex Heinze.

Eine eindrucksvolle Kundgebung veranstalteten die Künstler gegen die Kunstparagrafen der lex Heinze. Der erste Redner M. S. Conrad erzählt die Entstehung des Gesetzentwurfs, der Künstler und Schriftsteller den Jubelstern und

Kupplern gleichstellt. Der Entwurf bedeute eine Entwertung des deutschen Volkscharacters. Während Deutschland einerseits Westflotten baue, jage man andererseits die besten künstlerischen Kräfte zu knebeln und zu vernichten. (Stürmischer Beifall.) — Universitätsprofessor Dr. Lipp's besprach den Entwurf, der, zum Gesetz geworden, in den Händen der Richter gefährlich werden könnte. Die Richter sind nicht berufen, über Kunst zu urteilen. Medner hat das absolute Vertrauen auf unsere Rechtsprechung verloren. Der Entwurf liefert die Kunst dem Denunziantentum aus. Man bedroht auch die Freiheit der Wissenschaft, siehe den Fall Krons. Alle äußere Macht wird Deutschland nicht nützen, wenn es seine Geistesfreiheit morgen läßt. Ein solches Volk ist wert, daß es zu Grunde geht.

Direktor Stollberg sprach über die Gefahr der lex Heinze für die Bühne, Reichstags-Abgeordneter v. Vollmar über die Stimmabgabe der lex Heinze, ihre Abnen, das Sozialisten- und Umsturzgesetz, und betonte, daß die Reaktionen aller Schattierungen an dem Gesetzentwurf beteiligt seien.

Dr. Verstein betonte, daß kleinliche Gesetze kleinliche Richter erzeugen. Er kam dann auf den Schiller-Preis zu sprechen und auf Joseph Voss, den wir ein Mann im Deutschen Reich als Dichter anerkennen werde. Was die Kunst sei, sagen und nicht Die, die auf den Thronen sitzen, sondern unsere großen Geister.

Dr. Hirth betonte im Schlußwort, daß er als guter Patriot doch sagen müsse: Was nützt uns das Deutsche Reich, wenn es die Ideale des Volks nicht zu wahren weiß.

Zum Schluß wurde folgende Protestresolution einstimmig angenommen:

„Die lex Heinze ist verwerflich: weil sie die Kunst und das Schrifttum mit Fesseln und Furchungen bedroht, indem sie die mit dem künstlerischen Schaffen unerlässlichen Voraussetzungen — Freiheit und Freundschaft nimmt, weil sie geeignet ist, das auf seine Mündigkeit stolze deutsche Volk vor sich selbst und vor dem Ausland, wo derartige Attentate auf die geistige Freiheit unbekannt sind, in der empfindlichsten Weise zu demütigen, weil durch mehrere Bestimmungen des Gesetzentwurfs die geheime Unsitlichkeit gefördert und die Rechtspflege zum Mittel einer reaktionären, lichtscheuen, heimtückischen Parteipolitik herabgewürdigt wird, weil mit jenen Bestimmungen der Geist der Immatur, der Spendelei und des Denunziantentums offiziellen Eingang in die deutsche Gesetzgebung holt; endlich, weil Mägen unter der Herrschaft eines solchen Gesetzes aufstehen würde, der Mittelpunkt des künstlerischen und geistigen Lebens — überhaupt „München“ — zu sein. Die Versammlung erwartet daher, daß der Reichstag wie der Bundesrat dieses volks- und kunstfeindliche, süddeutschem und bayerischem Wesen tiefverhaßte Vorgehen mit der ihm gebührenden Brandmarke für immer von der Bildfläche der Reichsgesetzgebung verschwinden lassen werden.“

Ueber die Bemerkungen der Landwirte durch die Weizenflotte“ äußert sich die „Konervative Korresp.“ sehr spähhaft. Sie wittert dahinter schändes Lachspielwerk. Man habe es darauf abgesehen, die Landwirte, die an sich begreiflicherweise sehr empfindlich sind, zu reizen und sie zu flottengegnertigen Auslassungen zu veranlassen.

Der ehemalige Kriegsminister General Verdy du Vernois wird nicht wenig darüber erstaunt sein, daß er denbaldige, die Landwirte zu flottengegnertigen Auslassungen zu reizen. Schreibt dieser General doch in einer Betrachtung über die Flottenvorlage:

„Nicht in der Führung der Flotten liegt in Zukunft die größte Schwierigkeit; meiner Ansicht nach ist sie vor allem in der Verpflegung der Massen zu suchen. Und diese erfordert bei einer auf das Dreifache gesteigerten Stärke des Heeres die Konzentrierung ganz anderer Mittel, als dafür noch im Jahre 1870 erforderlich waren. ... Möge man der Produktion unseres eignen Landes in Bezug auf die Verpflegung noch so viel vertrauen — wollen wir den Unterhalt der Armee sicherstellen, wollen wir dem übrigen Teil unseres Volkes, der auf der See verbleibt, die erforderliche Nahrung bieten, so werden wir unter den heutigen Verhältnissen bald einer sehr reichlichen Unterstützung vom Auslande bedürfen.“

Der Flottenverein hat seine Agitatoren schlecht abgerichtet. Gestuzutage muß so ein Agitator doch wissen, daß er in Betracht der „empfindlichen“ Agitarer nenerdings zu „beweisen“ habe, wir brauchen eine Verdoppelung der Kriegsflotte, weil wir — keiner Lebensmittelfuhr bedürfen. Die „Weltlage“ hat sich eben wieder geändert.

Zur Entschädigung der Privatpost-Angestellten. Die Breslauer Privat-Briefbeförderungsanstalt schreibt uns:

Nach den von uns gemachten Erfahrungen pflegt die hiesige kaiserliche Ober-Postdirektion diejenigen unter Beamten, welche sich nach ihrer Ansicht für den Reichs-Postdienst nicht eignen, darauf hinzuweisen, daß wegen der denselben gesetzlich zusehenden Entschädigung das Erforderliche veranlaßt werden wird. Artikel 5 lautet aber: „Der Anspruch auf Entschädigung ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten bei einer Postbehörde schriftlich anzumelden. Die Frist beginnt mit dem 1. April 1900, für die im letzten Satz des Artikels 4 erwähnten Angestellten mit dem Tage der Entlassung aus dem Postdienste.“ Wir warnen deshalb jeden der Angestellten, sich etwa durch den eingangs erwähnten Satz davon abhalten zu lassen, einen schriftlichen Antrag wegen Feststellung der ihm gesetzlich zusehenden Entschädigung innerhalb der gesetzlich fest zu stellen, da nach der Fassung des Artikel 5 die Unterlassung den Verlust der Ansprüche nach sich zieht.

Die hier empfohlene Vorsicht dürfte ja auch außerhalb Breslaus angebracht sein.

Agrarische Lebensmittel-Ausfuhr. Während die Agrarier die Grenzen für die Einfuhr von Lebensmitteln sperren, führen sie in reichem Maße ihre eigenen Waren aus.

So betrug die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Deutschland 1898 (in Millionen Mark): Butter 5,3 (1897: 7,0; 1896: 14,1 Mill.), Eier 0,5, Lebendes Federvieh 0,6, Gerste 2,2, Hafer 6,0, Roggen 15,6, Weizen 22,6, Hopfen 27,1, Raps 1,1, Kartoffeln 13,6, Malz 3,1, Graupen u. w. 7,8, Mehl u. w. 20,8, Obst 8,7, Jungvieh 1,1, Rüge 1,2, Ochsen 1,6, Pferde 9,7, Schafe 3,8 (154751 Stück), Schweine 0,3, Acker 212,4.

Mit diesen 365,3 Millionen ist die Ausfuhr agrarischer Produkte nicht erschöpft. Wir haben nur die Lebensmittel verzeichnet!

Man erzieht aus den Angaben, wie eifrig unsere Agrarier beflissen sind, ihre Produkte ins Ausland zu verkaufen. Sperren sie die Grenzen gleichzeitig für die Einfuhr, so können sie nach Belieben dem Volke Wasserpreise diktieren. Oder beabsichtigen etwa die Agrarier als Ergänzung zur Lebensmittelsperre auch ein — Ausfuhrverbot für agrarische Produkte zu erlassen, damit die Versorgung des inländischen Marktes nicht Not leide.

Fleischbeschau.

Die Hamburger Handelskammer beruft den „Ehrbaren Kaufmann“ auf den 10. März nach der Börse ein, um gegen die Kommissionsbeschlüsse des Reichstags bezüglich des Fleischbeschau-Gesetzes Stellung zu nehmen.

Dresden, 8. März. (Ep. Ber.) Landtag. Eine lebhaft erörterte hat sich in der zweiten Kammer die wichtige Frage der Nahrungsmittel-Untersuchung eroffnen. Die jochische Regierung wendet dieser Angelegenheit größere Aufmerksamkeit zu, weil von den Gemeinden in der Sache noch verhältnismäßig wenig gethan wird. Beim Etat des Ministeriums des Innern war deshalb die Errichtung einer zweiten staatlichen Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel in Leipzig vorgezogen, und als Zusatz die Summe von 27800 M. eingestellt. Dieses Postulat hatte die Finanzdeputation gestrichen. Es kam aber während der Verhandlungen zu einem Ausgleich. Es waren nämlich am Tage vorher zwei angesehenen Vertreter von

analytischen Chemikern beim Minister gewesen, die ihm folgende Vorschläge zur Einbahnung einer Organisation der Sache gemacht haben. 15 Väter von Nahrungsmittel-Untersuchungs-Laboratorien wollen ihre Institute auf Grund einer Vereinbarung mit der Regierung unter Anwendung von Minimaltarifen zur Verfügung stellen. Das letztere ist wichtig, weil die geringen Untersuchungen auf die bisher hohen Kosten zurückzuführen sind. Außer der jetzt bestehenden einzigen staatlichen Anstalt in Dresden haben bisher nur die großen Städte eine einigermaßen rationelle ständige Nahrungsmittel-Kontrolle. Uebrigens wurde seitens der Regierung noch erklärt, daß in nächster Zeit das Reich mit diesbezüglichen Vorschlägen an die Bundesstaaten herantreten werde.

Militärische Anschreitung. In Straßburg i. E. hat sich ein Unteroffizier des dort garnisontierenden sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 165 in der letzten Sonntagnacht nach den übereinstimmenden Berichten der Tagesblätter einen schweren Erceß zu Schulden kommen lassen. Er rempelle einen an ihm vorübergehenden Civilisten ohne jede Veranlassung an, zog, als letzterer sich dies verbot, blank und verfehlte seinem Gegner mit dem Seitengewehr drei Hiebe auf den Kopf, von denen zwei erhebliche Wunden im Gesicht zur Folge hatten. Dann ergriff der mutige Vaterlandsverteidiger die Flucht, wurde aber von dem Civilisten, obwohl dieser hart blutete, verfolgt und dann von einer Patrouille festgenommen und zur Hauptwache abgeführt. Militärischerseits ist Untersuchung in der Sache eingeleitet.

Diäten für Reichstags-Abgeordnete. Nach einer Zeitungsmeldung besteht in der konservativen Partei des Reichstags die Absicht, einen Antrag auf Gewährung von Diäten für die Reichstags-Mitglieder einzubringen. Man verfährt, daß dieser Antrag bereits zahlreiche Unterschriften gefunden hat, und man rechnet in konservativen Kreisen darauf, daß, wenn der Antrag von konservativer Seite ausgeht, auch die Reichsregierung den Widerstand aufgeben dürfte, den sie bisher gegen den Diätenbezug der Reichstags-Mitglieder so konsequent aufrecht erhalten hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Um aus der Zwangsverziehung ins Gefängnis zu kommen, befragt ein Anwalt Reinhold Berger in Nellingen (Baden) eine Majestätsbeleidigung. Berger war aus der Zwangsverziehungs-Anstalt Nellingen entkommen. Als er dorthin wieder zurückgeführt werden sollte, ließ er eine grobe Majestätsbeleidigung aus, infolge deren er ins Amtsgefängnis gebracht wurde. — Der Fall illustriert einmal die Sinnlosigkeit der Majestätsbeleidigungs-Prozesse, dann aber auch die Zustände in einer Zwangsverziehungs-Anstalt.

Militärattachés in Paris. In nächster Zeit, noch vor der Eröffnung der Pariser Weltausstellung, sollen, wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, die Posten der Militärattachés bei den Votschaften der Dreieinmächte in Paris wieder besetzt werden.

Ausland.

Aus Holland. Amsterdam, 5. März. Am Sonntagabend hielt Genosse Frank van der Goot als Privatdocent für socialistische Oelonomie an der hiesigen Universität seine Inauguralrede über: Die Arbeitskraft. Ein zahlreiches Publikum von Studenten und Arbeitern, darunter auch mehrere Professoren und Privatdocenten, war anwesend.

Oestreich-Ungarn.

Budapest, 8. März. In Abgeordnetenshaus fand eine sehr erregte Debatte statt wegen der Behauptungen des Abg. Koznow, daß der frühere Ministerpräsident Baron Außig Gelder für Wahlzwecke der liberalen Partei aus dem Auslande gegen materielle politische Gegenleistungen organonommen haben. Ein Mitglied des Cabinets Außig und anderer Abgeordnete stellten die Richtigkeit der Anschuldigung entschieden in Abrede.

Frankreich.

Die Bombe. Paris, 7. März. Eine mit einer Zündschnur versehene Böllermaschine wurde heute Abend vor dem Hause Picards, des Generalkommissars der Weltausstellung, gefunden. Von anderer Seite wird dazu berichtet: „Die Attentäter wurden von einem vorübergehenden Wächter bemerkt. Um sich zu retten, schlugen sie das Mädchen zu Boden. Das Mädchen blieb liegen, während die Anarchisten eine Bombe durch das Fenster ins Zimmer warfen. Glücklicherweise fand keine Explosion statt. Die Anarchisten entliefen.“

Warum es übrigens durchaus Anarchisten sein müssen? Augenblicklich sind es ja wohl in Frankreich fast allein die Anarchisten, die Komplote machen.

Paris, 8. März. Eine neue Spionage-Angelegenheit ist entdeckt worden. Es fanden Handschreibungen in Marseille statt. Wie verlautet, soll die Angelegenheit auch internationale Folgen haben. Ein Millionär soll in die Angelegenheit verwickelt sein.

Von der nationalistischen Sache. Yves Guhot kößt im „Sicile“ einen Mahnruf gegen das störrische Bestreben der Nationalisten-Presse aus, einen Krieg mit England heraufzubeschwören: „Ihr Ziel“, schreibt er, „ist klar, es ist die Vergeltung für das Urteil des Staatsgerichtshofs. Die Nationalisten haben begriffen, daß sie trotz aller Bemühung im Frieden die Republik nicht stützen können, deshalb wollen sie Krieg, und diese Glenden bereiten ihn vor, um die Republik über den Haufen zu werfen. Sie rechnen auf ein neues Sedan, wie es dem Kaiserreich ein Ende bereitet hat.“

Rußland.

Russische Telegraphie. Der russische „Regierungsbote“ teilt mit, daß die am 31. Januar 1900 ablaufende Konzeption der Indo-Europäischen Telegraphen-Gesellschaft auf 20 Jahre verlängert worden ist. Dafür hat sich die Gesellschaft verpflichtet, für die indischen und huterindischen Telegramme, welche ausschließlich auf der von ihr betriebenen Linie befördert werden, der Regierung 17 1/2 Proz., statt der bisherigen 10 Proz., zu zahlen. Ferner verpflichtet sich die Gesellschaft für den Fall irgend welcher politischer Komplikationen, die innerhalb der russischen Grenze befindlichen Linien auf die erste Aufforderung hin der wirtschweren Regierung zur vollen Verfügung zu stellen.

Türkei.

Philippopol, 8. März. Einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge ist heute der Beamte des Justizministeriums Selami Bey auf einen italienischen Dampfer gestochen.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungskommission.

Die Unfallversicherungskommission berückte sich am Donnerstag mit der Frage, in welcher Weise die Verträge mit Feststellung der Renten zugezogen werden sollen. Die Socialdemokraten hatten den Antrag gestellt, daß vor jeder Rentenfestsetzung der den Verletzten behandelnde Arzt zu hören sei. Sie führten eine Reihe von Fällen an, in denen die Untersuchung der Verletzten durch einen ganz fremden Arzt erfolgt sei und zu einem durchaus falschen Gutachten geführt habe. Es sei naturgemäß, daß gerade der behandelnde Arzt sich am ehesten ein Urteil über den Kruppung einer Verletzung und deren Folgen für die Erwerbsunfähigkeit des Verletzten bilden könne. Diesen Ausführungen wurde von allen Seiten zugestimmt. Selbst der Ministerialdirektor v. Schider bemerkte, daß naturgemäß der behandelnde Arzt das erste Gutachten ausstellen sollte. Auch von den anderen Parteien wurde diese Ansicht gebilligt. Für den Fall jedoch, daß der behandelnde Arzt in einem Vertragsverhältnis zu der Genossenschaft stehe, verlangten die Socialdemokraten, daß der Verletzte

berichtigt sein sollte, auf Kosten der Berufsgenossenschaft ein Gutachten eines anderen Arztes zu beschaffen. Eine solche Maßnahme sei notwendig, da die sogenannten Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften in weiten Kreisen der Arbeiter als nicht unparteiisch angesehen werden. Auch dieser Antrag wurde im Prinzip als gerechtfertigt anerkannt, nur der freisinnige Abg. Camp fürchtete, daß die durch die zweite ärztliche Untersuchung verursachten Kosten zu groß seien. Ein dritter sozialdemokratischer Antrag endlich verlangte, daß der volle Wortlaut des ärztlichen Gutachtens sowie die Protokolle über die stützende Untersuchung abschrittlich dem Verletzten zuzuführen seien. Da das ärztliche Gutachten die Grundlage für die Festsetzung der Renten bilde, so müsse der Arbeiter unbedingt alles wissen, was der Arzt über seinen Gesundheitszustand ausgesagt habe, um eventuell für die nötigen Beweismittel sorgen zu können. Gegen diesen Antrag wurde zweierlei eingewendet. Erstens würden die Ärzte nicht frei ihre Meinung über den Zustand des Kranken äußern, wenn sie fürchten müßten, daß ihr Gutachten zur Kenntnis des Verletzten gelange, zweitens wäre es eine Härte gegen den verunglückten Arbeiter, der aus dem Gutachten vielleicht erfahren müßte, daß sein Zustand hoffnungslos sei. Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß ja auch der von seinem Arbeitgeber abhängige Arbeiter in einem Gerichtsverfahren gezwungen ist, unter seinem Eide die genaue Wahrheit zu sagen ohne Rücksicht darauf, ob er sich dadurch eine Verurteilung zuziehe. Um so mehr müsse man von einem Arzt verlangen, daß er ohne Rücksicht auf irgendwen sein Gutachten der Wahrheit gemäß abgebe. Für den Arbeiter aber sei es besser, daß er sich über seinen Gesundheitszustand keinen falschen Hoffnungen hingibt, dafür aber mit allen ihm zu Gebote stehenden Rechtsmitteln die ihm gebührende Rente zu erhalten suche.

Nach langen Verhandlungen schlug schließlich das Centrum einen Vermittlungsantrag vor, durch welchen die schlimmsten jetzt bestehenden Mißstände auf diesem Gebiete beseitigt werden sollen. Die untere Verwaltungsbehörde, die einem schon früher gefaßten Beschluß gemäß stets den Berufsgläubigen vor der Feststellung der Rente hören muß, wurde jetzt verpflichtet, auf Verlangen des Verletzten ein Gutachten des behandelnden Arztes einzuziehen. Im aber der Beforsung des Herrn Abg. Camp, daß dadurch die Berufsgenossenschaften zu sehr belastet werden könnten, Rechnung zu tragen, wurde vorgeesehen, daß die Kosten für das zweite Gutachten unter gewissen Umständen dem Arbeiter auferlegt werden können. Dagegen von den Sozialdemokraten betont wurde, daß durch die Annahme des Centrumsantrages für die allseitig als gerechtfertigt anerkannten Beschwerden eine genügende Abhilfe nicht geschaffen werde, so wurden doch förmliche sozialdemokratische Anträge abgelehnt und der schwächliche Vermittlungsantrag des Centrums angenommen.

Ein anderer Weg, auf dem das Centrum den Wünschen der Arbeiter einigermaßen entgegenzukommen sich bemühte, wurde empfohlen durch den Antrag, daß bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres das Schiedsgericht aus der Zahl der einheimischen Ärzte gewisse Ärzte auswählt, welche als Sachverständige bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in der Regel zuzuziehen sind. Den zugezogenen Sachverständigen muß zur Abgabe ihres Gutachtens Einsicht in die Akten des Schiedsgerichts und der Berufsgenossenschaft gewährt werden. Hierdurch soll den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, sich in jedem Augenblick des Verfahrens eventuell während der mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht auf das sachverständige Gutachten eines von der Berufsgenossenschaft unabhängigen Arztes zu berufen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu einer der früheren Sitzungen hatten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder an die Regierung die Frage gerichtet, ob ein Berufsgläubiger, welcher von einer Berufsgenossenschaft einer Heilanstalt überwiesen worden ist, das Recht habe, sich auf seine Kosten von einem Arzt seiner Wahl behandeln zu lassen. Diese Frage wurde verneint. Jetzt brachten die Sozialdemokraten einen Antrag ein, welcher in jenen Fällen dem Berufsgläubigen die Freiheit unter allen Umständen wahren soll, auf seine Kosten sich von einem andern als dem Anstaltsarzt behandeln zu lassen. Auch war für diesen Fall die Behandlung durch Krankenschwestern vorgeesehen. Hierbei wurde die Frage erhoben, ob die Verjüngung der Zulassung ausländischer Krankenschwestern auf das Reichsamt des Innern zurückzuführen sei. Falls diese Annahme nicht durch eine Erklärung des Regierungsvertreter als unrichtig erwiesen würde, würden die Sozialdemokraten bei passender Gelegenheit einen Antrag einbringen, durch den die Zulassung solcher Krankenschwestern außer Zweifel gestellt werde. Von der Regierung wurde eine Antwort nicht erteilt.

Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt die Wahl des konservativen Abgeordneten Dietrich im Wahlkreise Ruyppin-Templin für gültig zu erklären. Nach den Ausführungen in dem schriftlichen Bericht hätte man den Antrag auf Ungültigkeit erwarten sollen, denn es ist thafächlich nachgewiesen worden, daß 364 Wähler in der Gemeinde Dammhauß in die Wählerliste nicht eingetragen worden sind. Unter Umständen hätte durch die Stimmen dieser Wähler der sozialdemokratische Kandidat an Stelle des freisinnigen in die Stichwahl gelangen können. Die unterlassene Eintragung beruht auf einer Verfügung des Landrats, welche im Gegenlag zu den vor der Wahl allgemein veröffentlichten Entscheidungen des Reichstags verbot, Hieselarbeiter oder Schmittler, welche außerhalb der zeitweiligen Arbeitsstätte eine besondere Wohnung haben, in die Wählerliste aufzunehmen. Auch wenn sie eine Wohnung nicht haben, sollten sie zuvor durch polizeiliche Abmeldebescheinigungen nachweisen, daß sie den früheren Wohnort aufgegeben haben. Die Wahlprüfungs-Kommission hielt die unterlassene Aufnahme der Wähler nicht für ausreichend, weil die betreffenden Hiesel-Arbeiter sich zur Aufnahme in die Wählerliste nicht gemeldet hätten. Diejenigen, welche sich gemeldet, reichen nicht aus, um eine Änderung des Wahlergebnisses herbeizuführen.

Partei-Nachrichten.

Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage wurden weiter abgehalten in Genua, Brannschweig, Raimburg a. S., Garmeln, Habersleben und Herten. In Großherzogtum Sachsen-Weimar verbreiteten unter Genossen, da ihnen alle Versammlungen verboten werden, am Sonntag ein Flugblatt gegen die Flottenpolitik. Auch in Stettin, dem Sitz des Vulkan, fand eine große Protestversammlung unter Anwesenheit zahlreicher Arbeiter des Vulkan statt. Einstimmig wurde die vorgeschlagene Protestresolution angenommen.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der Mannheimer Volkstimme: Scheider außer dem Genossen Jaech, an dessen Stelle Genosse Eichhorn in Dresden tritt, auch der Genosse Herzberg am 1. April aus.

Post-Zettel nimmt sich Lütgenaus mit einer Bärme an, die dieser trotz alledem noch nicht verdient hat. Im übrigen — wenn die Post ein Interesse daran hat, Lütgenaus in Schutz zu nehmen, so haben das die zwei miteinander anzumachen; nur möchten wir wissen, was in aller Welt für Vorwürfe der sozialdemokratischen Partei aus der Angelegenheit erwachsen können. Wir hätten mehr als ein Haar in der Suppe gefunden haben, wir hätten die moralischen Unkosten des Prozesses zu tragen, es könnten in einer Berufungsverhandlung noch weitere Dinge zur Sprache kommen, die wir lieber mit Nacht und Grauen bedekt liegen — so phantasiert der wahrheitsliebende ehemalige Seemanns-Präsident eine Menge greulich dunkler Sachen zusammen, hilft sich aber wohl zu sagen, was denn nun eigentlich die Partei verbrochen haben könnte, was sie zu fürchten haben sollte.

Die Partei hat mit einem Manne gebrochen, für dessen Handlungen die verantwortlichen Stellen die Verantwortung nicht mehr tragen konnten; sie hat lange mit dem endlichen Bruch gezögert, weil man, was menschlich erklärlich ist, jemand nur schwer fallen läßt, der ehemals Nützliches geleistet. Als der Bruch unvermeidlich war, ist er mit aller Schonung vollzogen worden und es wäre bei dieser Schonung geblieben, wenn der Schuldige nicht selbst das Faltenlassen der bisher geübten Rücksicht provozierte. Aus Reinlichkeitsgefühl be-

schäftigt man sich mit Schmutzgeschäften nicht eingehender, als es notwendig ist — und da will man ein Zedlig der Partei irgend etwas Dunkles, Unrechthafes, das zu nehmen er sich hütet, anhängen?

Also: was für ein Haar haben wir in der Suppe gefunden! Was bedeckten wir lieber mit Nacht und Grauen! Was hat die Partei verbrochen!

Berichtigung. Zu dem Artikel „Lütgenau als Kläger“ in der 2. Beilage der vorigen Nummer haben sich zwei stützende Fehler eingeschlichen, die hiermit richtiggestellt werden. Im dritten Absatz muß der zweite Satz heißen: Dr. Lütgenau wollte doch ohne Zweifel durch die Klage gegen Breitenbeck erreichen, daß die Tadellosigkeit seines Charakters konstatiert werde.

Im letzten Absatz muß der Anfang des zweiten Satzes heißen: die höchste Instanz der Partei, der Lütgenau aus eigener freier Entscheidung angehört.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Zu zwei Wochen Gefängnis** wurde Genosse Schöpflin, Redakteur der „Volkstimme“ in Chemnitz, verurteilt, weil er einen Fabrikanten in Oberglauchau beleidigt haben soll. Die Verhandlung gegen den in Chemnitz wohnenden Angeklagten wurde in Oberglauchau geführt.

Der Fachkongreß der Gastwirtsgehilfen Deutschlands.

Dritter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Lamprecht, Berlin. Ein beim zweiten Punkt der Tagesordnung unerledigt gebliebener Antrag, die Löhne der Ausschiffstellner betreffend, ruft eine längere Debatte hervor. Es wird betont, daß die Kellner, welche nur in Bedarfsfällen zur Ausschiffung angenommen werden, entweder einen ganz unbedeutenden oder auch gar keinen festen Lohn erhalten, sondern meistens auf Procente angewiesen sind. Für solches Gauschpersonal wird die Aufstellung eines festen Lohns gefordert, dem man jedoch nur dann für durchführbar hält, wenn er von den Wirten anerkannt wird, und die Kellnervereine, welche einen Arbeitsnachweis haben, nicht unter diesen Tarif Arbeitskräfte vermitteln. Andererseits wurde bemerkt, die Wirte würden einen solchen Tarif nicht anerkennen, und wenn sich die Kellnervereine an denselben halten, dann würden die Ausschiffstellner von den Kommissionären bezogen und der Tarif ohne Wirkung bleiben. Der Antrag wurde in folgender Fassung angenommen:

Der Kongreß hält es für unbedingt notwendig, in allen Städten, wo Ausschiffstellner und Köche in Betracht kommen, dahin zu wirken, daß ein Minimallohn festgesetzt wird, unter dem Arbeiter nicht ausgeführt werden dürfen. Die Vereinsbüros sind verpflichtet, unter diesem Tarif nicht zu vermitteln. Der Kongreßschluß wird er sucht, für die Durchführung dieses Beschlusses zu wirken.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals referiert

Grethe, Berlin. Er beleuchtet die Verhältnisse des Hotelpersonals als: Hausmeister, Stagenbieter, Diener für die Nachtwache in kleineren Hotels und Diener in Chaudregarten. Es komme nicht selten vor, daß Hausdiener in Hotels 48 Stunden hinter einander arbeiten müssen. Ein Gesetz zum Schutze der Gastwirts-Angestellten müsse unter allen Umständen auch auf die Haus- und Hotelbediener ausgedehnt werden. Nicht nur, daß die Arbeitskraft der Hotelbediener von den Unternehmern in rücksichtslosester Weise ausgebeutet werden, sie werden auch im Einverständnis mit dem Unternehmer den Stellenvermittlern tributpflichtig gemacht. Redner ermahnt die Gastwirtsgehilfen, mit den Hotelbedienern Hand in Hand zu gehen, alle noch bestehenden Vorurteile bei Seite zu lassen, und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Vor allem sollten die Organisationen darauf sehen, daß für die Nachtwachen besondere Hilfskräfte eingestellt werden, damit nicht dieselben Personen, welche am Tage schon schwer arbeiten, auch noch des Nachts auf dem Posten sein müssen. — Hinsichtlich der Schlafräume der Hotelbediener herrschen große Mißstände. Nicht selten komme es vor, daß 10—12, ja noch mehr Personen in einem Zimmer, dicht zusammengepackt, schlafen müssen. Hier könne nur durch behördliche Aufsicht, an der auch Arbeiter der betr. Kategorie beteiligt sind, Wandel geschaffen werden. — Die Hotelbediener seien, ebenso wie die Kellner, fast nur auf Trinkgeld angewiesen, wovon sie auch noch Ausgaben für Bruch usw. zu machen haben. Das Essen sei in der Regel sehr mangelhaft. — Weiter schildert der Redner die Arbeitsverhältnisse der Hausdiener in Restaurants, der Zäpfer, der Küchenmädchen, Zimmermädchen, Pagen. Für alle diese Kategorien des Hilfspersonals sei eine Verbesserung der Lage im Sinne der von den Kellnern aufgestellten Forderungen zu erstreben.

Nachmittags-Sitzung.

Betreffs der Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals werden folgende Anträge angenommen:

Der erste Kongreß der Gastwirtsgehilfen Deutschlands erkennt die Thatsache an, daß das Hilfspersonal in Gast- und Schankwirtschaften unter den gleichen traurigen Verhältnissen betreffs Arbeitszeit, Ruhepausen, Ruhetag, Schlafräume, Hausordnungen und Lohnsituation (Trinkgeld) zu leiden habe, wie die Kellner, Kellnerinnen und Küchenpersonal. Der Kongreß stellt an die Regierung (aus denselben Gründen wie solche bei den Kellnern, Kellnerinnen und Küchenpersonal angeführt waren) die Forderung: Das Hilfspersonal von den eventuellen Wohlthaten eines Gesetzes, bezw. Bundesratsverordnung zum Schutze der Arbeiter im Gastwirts-Gewerbe nicht auszuschließen. Ein solcher Ausschluß würde nur so verderbliche Folgen zeitigen, als bestimmt zu erwarten stände, daß gewisse Löhne, oder durch die Konkurrenz gezwungene Unternehmer an Stelle der durch Gesetz vor Ausbeutung geschützten Kellner, Köche und Kellnerinnen, Hilfspersonal einstellt, die von dem Gesetz nicht berührt werden. Oder dem bereits eingestellten Hilfspersonal einen Teil der Arbeit der durch das Gesetz geschützten Angestellten mit aufbürden würde und dadurch voraussichtlich die Lage dieses Hilfspersonals noch um ein bedeutendes verschlechtert würde. Der Kongreß erwartet von den Gastwirtsgehilfen, der Thatsache Rechnung zu tragen, und für eine Verbesserung in den Arbeits- und Lohnverhältnissen des Hilfspersonals einzutreten und daselbe in seinen Organisationsbestrebungen zu unterstützen.

Adolf Grethe, Berlin.

Dem gesamten weiblichen Hilfspersonal bis zu 16 Jahren ist eine Mindestarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag zu gewähren. Die Arbeitszeit, die um 10 Uhr abends beendet sein muß und vor 6 Uhr morgens nicht beginnen darf, ist außerdem von Pausen einschließlich einständiger Essenszeit von insgesamt 4 Stunden zu durchbrechen.

Zum Punkt „Lehrlingswesen“ wird folgende, gestern nicht zur Abstimmung gekommene Resolution angenommen:

Der erste Fachkongreß aller Angestellten im Gastwirts-Gewerbe Deutschlands erklart in den Vorschlägen der Kommission für Arbeiter-Statistik in keiner Weise einen genügenden Schutz für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, erwartet daher von den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere von den Mitgliedern des Reichstags ihren Einfluß dahin einzusetzen, daß folgende Bestimmungen getroffen werden: 1. den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren ist innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 10 Stunden zu sichern. 2. Außerdem müssen diesen Arbeiterkategorien Pausen von insgesamt 4 Stunden täglich einschließlich einständiger Essenszeit bewilligt werden. 3. Nach 10 Uhr abends und vor 6 Uhr morgens dürfen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

ferner erwartet der Kongreß, daß auf Grund der §§ 126—128 der Reichs-Gewerbe-Ordnung folgende Bestimmungen für das Gastwirts-Gewerbe erlassen werden: 1. Der Besuch der Fachschulen bezw. Fortbildungsschulen ist für jugendliche Arbeiter bis zum 17. Jahre reip. für die ganze Lehrzeit obligatorisch und zwar an zwei Tagen wöchentlich zu je zwei Stunden.

Diese Zeit ist als Arbeitszeit zu berechnen. Die Kontrolle hat die Schulkommission auszuführen. 2. In Gastwirtschaften, in denen weder Kellner noch Köche thätig, und in solchen Gastwirtschaften, in denen vorzugsweise Kellnerinnen beschäftigt sind, dürfen Lehrlinge nicht gehalten werden. 3. Die Zahl der Lehrlinge darf die Zahl der beschäftigten Gehilfen (Kellner, Köche) nicht überschreiten. In keinem Falle dürfen mehr als 4 Lehrlinge gehalten werden.

ferner wurde zu demselben Punkt noch folgender Antrag angenommen:

Der Kongreß möge beschließen, an Orten, wo es nicht möglich ist, eine Fachschule zu unterhalten, in den Lehrkörper der Fortbildungsschule einen Fachmann zuziehen zu wollen, welcher den Lehrlingen im Gastwirts-Gewerbe eine gehörige Ausbildung zu teil werden läßt.

Die Vertreter der Köche hatten einen Antrag gestellt, welcher hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit einige von den Anträgen der Kellner abweichende Forderungen stellte. Dieser Antrag wurde als erledigt angesehen durch die zu Punkt 1a der Tagesordnung angenommene Resolution.

Ist eine lex Kriegsheim notwendig?

Diese Frage muß sich unwillkürlich zwar nicht uns, aber doch jenen staatsbehaltenden Kreisen aufdrängen, die nicht müde werden, Gelegenheitsgeje zu machen, sobald sie sich wie die lex Heine gegen vermeintliche oder wirkliche sittliche Schäden in „wiederem“ Bevölkerungsschichten richten und die Freiheit der Kunst erdroffeln könnten, oder sobald sie, wie die Justizvorlage, lex Kronz, Warenhausvorlage und ähnliche Produkte, gegen die Träger der ökonomischen und kulturellen Entwicklung auszuweisen sind.

Jenen auf Anwendung der Gesetzgebungsmaximierung so verfefferten Leuten muß sich angelehnt der zahlreicheren Strafprozeße, in denen aktive und inaktive Offiziere eine höchst bedauerliche Rolle spielen, allmählich die Erkenntnis aufdrängen, daß sich, zumal wenn man den ungeheuren Abstand der Erziehung in Betracht zieht, ein größeres Maß von Unbilligkeit, wie es in gewissen Kavalleriegeschichten zu Tage getreten ist, auch kaum in der Höhe der Bevölkerung, auf welche einige Bestimmungen der lex Heine gemünzt sind, bemerkbar gemacht haben kann. Der Strafprozeß, über den wir heute wieder zu berichten haben, läßt von neuem erkennen, daß jene staatsbehaltenden Gesetzgeber, wenn sie ehrlich sein wollen, unwillkürlich auf ein Specialgesetz gegen die sittlichen Schäden in Kavalleriekreisen, auf eine lex Kriegsheim kommen müssen.

Es handelt sich in dem neuesten Kavallerieprozeß um folgendes:

Verurteilung des Grafen von und zu Egloffstein

wurden gestern der frühere Lieutenant Adolf Friedrich Wedch und die Pferdehändler Albert Beder und Julius Gehmann vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Ein vierter Angeklagter, der Privatassistent Dietel ist nichtig geworden, so daß gegen ihn nicht verhandelt werden konnte. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Fiehm, die Anklage vertritt Staatsanwalt He, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Morris. Die Angeklagten wurden beschuldigt, durch Ausbeutung der Notlage und des Leichtsinns des Grafen Egloffstein sich wiederholte Vorteile verschafft zu haben. Wedch und Beder standen ferner unter der Anklage der Unterschlagung und Untreue. Der Angeklagte Wedch ist im Jahre 1897 wegen Beihilfe zum Betruge und Hehlerei mit 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis bestraft worden. Er hatte für seinen damaligen Mitangeklagten, den früheren

Lieutenant Dietrich,

der wegen Verschuldung seinen Abschied hatte nehmen müssen, Wagen gekauft, um ihm durch deren schnellen Verkauf Geld zu beschaffen und dabei falsche Angaben über die Zahlungsfähigkeit des Herrn Dietrich gemacht.

Wedch war früher aktiver Offizier,

zuletzt in Torgau, und hat im Dezember 1892 Schulden halber seinen Abschied genommen. Er ist dann Korrespondent für ein Anklamtsbüro, später Reisender für ein Baumaterialien-Geschäft und schließlich Hilfsarbeiter im Staatlichen Amt gewesen und verdiente sich nebenbei Geld als Lehrer in einer Militär-Vorbildungsanstalt. Da er noch immer eine Schuldenlast von 30 000 M. hatte, so fielen seine Gläubiger, als sie erfuhr, daß er bestimmte Einnahmen habe, über ihn her, und so ist er darauf verfallen, Annoncen zu veröffentlichen, in denen er sich erbot, geldbedürftigen Offizieren Geld zu verschaffen. Zu seinen Kunden gehörte auch Claus Graf von und zu Egloffstein, der damals als Offizier bei den 10. Manen in Jülichau stand und im Frühjahr 1897 zur Militär-Turnanstalt kommandiert war. Dieser wandte sich infolge der Interzesse an Wedch und letzterer machte ihm den Vorschlag, für ihn gegen seine Wechsel

Wagen und Pferde zu kaufen

und diese sofort gegen bar zu verkaufen. Er wußte bei dieser Methode weniger verlieren, als wenn er bares aufnahm. Der Graf ging darauf ein und nun gingen die Wagen- und Pferdekäufe los, wobei Dietel eine Hauptrolle spielte. Zeitweilig soll Graf Egloffstein auch nur mit Dietel allein gearbeitet haben; dieser machte auch Geschäfte in Brillanten mit Graf Egloffstein. Einmal wurde auch eine Dampfmaschine gekauft und schleunigst wieder verkauft. Als Graf Egloffstein wieder nach Jülichau zurückging, ließ er hier bei Dietel und Wedch Blanko-Akcepte zurück, um darauf Geld zu schaffen. Am 25. August 1897 kauften Wedch und Dietel von dem Pferdehändler Jacobsohn zwei Trakehner Heugste und zwei Fuder und zahlten dafür mit einem Egloffsteinschen Akcept über 6000 M. Die Pferde sind dann nach der Behauptung des Angeklagten Wedch zusammen für 550 M. an den Angeklagten Beder verkauft worden, Beder dagegen versichert, daß er nur zu drei Pferde, von denen das eine noch „dumm“ gewesen sei, für den Preis von 5—650 M. gekauft habe. Den Erlös für die Pferde haben Wedch und Dietel nicht an den Graf v. Egloffstein abgeführt und dies wird von der Anklage als

Untreue und Unterschlagung

angesehen. Auch der Pferdehändler Jacobsohn ist nicht zu seinem Gelde gekommen, denn als er den Wechsel einlachte, ist er abgewiesen worden, weil Graf Egloffstein den Einwand erhob, daß er nicht wechselfähig sei. — Der Angeklagte Wedch bestritt in diesem Fall seine Schuld. Nach seiner Behauptung seien die Pferde nur an- und verkauft worden, um flüssiges Geld zu beschaffen, damit der Graf nach Rungard reisen könne. Dort habe für den Grafen ein großes Geschäft in Aussicht gestanden, denn der Bruder des Beder, der in Rungard wohnte, habe in Aussicht gestellt gehabt, dem Grafen 20 000 M. zu beschaffen. Es sei aber nichts aus dem Geschäft geworden, sondern der Angeklagte bekam eines Tags einen groben Brief von Herrn v. Kriegsheim als Direktor der Internationalen Discount-Bank: in diesem teilte ihm v. Kriegsheim mit, daß der Angeklagte sich jeder Thätigkeit für den Grafen Egloffstein zu enthalten habe, da nur er die Egloffsteinschen Angelegenheiten zu regeln beauftragt sei. — Der zu diesem Punkt der Anklage vernommene Graf Claus von und zu Egloffstein ist jetzt 28 Jahre alt. Er ist wegen Verschwendung entmündigt worden und steht unter der Vormundschaft des Rechtsanwalts Dr. Geipke. Seine

Gesamtschuldenlast

betrachtet er selbst auf etwa 120 000 M. Als er nach Berlin kam, hatte er etwa 10 000 M. Schulden. Er erhielt früher von seinem Vater einen monatlichen Zuschuß von 300 M., der Vater hat aber schon einmal Schulden für ihn bezahlen müssen und kürzte infolge dessen den Zuschuß auf 200 M. Graf Claus von und zu Egloffstein erklärte, daß er durch Spielschulden, die er bezahlen mußte, auf die schiefte Ebene gekommen und dann immer tiefer hineingeraten sei, da er den Leuten, die in seinem Geldinteresse thätig waren, schließlich alle möglichen Unterschichten leistete. Auf Befragen beundete der Graf noch, daß er für die Wagen,

die er für je 2400 M. kaufte, von Weich und Dietel nur 1200 M. erhielt, während er geglaubt hatte, höchstens etwa 400 M. einbüßen zu müssen. — Bei den Anlagepunkten, in denen Bücher in Frage steht, handelt es sich um zwei Pferdegeschäfte, die für den Grafen Egloffstein mit dem Angeklagten Kessler gemacht worden sind, und um ein Juwelengeschäft, welches mit dem Angeklagten Heymann abgeschlossen wurde. Die dem Grafen Egloffstein dabei angekauften Einkaufspreise sollen so hohe und der Erlös so niedrig gewesen sein, daß nach Ansicht der Anklagebehörde hier eine unehrliche Ausbeutung des Grafen vorliegt. Charakteristisch war das Juwelengeschäft, welches Weich mit dem Angeklagten Heymann vermittelte. Obgleich dieser Pferdehändler ist, verkaufte er doch durch Vermittelung des Weich eine Partie sogenannter Juwelen — unter denen sich auch

alte Uhren

befunden haben sollen — gegen Accepte in Höhe von 4000 M. an den Grafen. Der Angeklagte Weich verkaufte dann die Pretiosen und erzielte einen Betrag, der noch nicht den zehnten Teil des Kaufpreises darstellte. Heymann hat später die 4000 M. eingelagert, ist aber abgewiesen worden, weil der Graf den Einwand der Minderjährigkeit machte. Später hat ihm der Graf an Stelle der beiden nicht eingelösten Accepte ein solches über 4000 M. gegeben, welches aber bis jetzt auch noch nicht eingelöst ist. — Die Angeklagten bestritten, daß in diesen Fällen von Bücher die Rede sein könne. Der Angeklagte Weich behauptete, daß er nur ganz reelle Pfandgeschäfte gemacht habe und ihm von einer Kollage des Grafen nicht das geringste bekannt gewesen sei; in gleichem Sinne wies Heymann die Beschuldigung zurück und auch Weich behauptete, daß er aus dem Geschäft keinerlei übertriebene Vorteile gehabt habe. Zu den Zeugen gehört auch der von der Verteidigung geladene Rechtsanwalt Hugo Marquise, dessen Aussage aber von wenig Belang ist, da der Zeuge früher Rechtsgefächte für den Grafen v. Egloffstein erledigt hat und dieser sich weigert, ihn von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit zu entbinden.

Das Urteil.

Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts bei und verurteilte den Angeklagten Weich wegen Untreue, Unterschlagung und Beihilfe zum Diebstahl, zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und 100 M. Geldstrafe, Heymann wegen Diebstahls in einem Falle zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat und 500 M. Geldstrafe. Weder wurde freigesprochen. Bei Weich wurden 3 Monate durch die Untersuchungsfrist für verbüßt erachtet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Tapezierer! Der Beschluß der öffentlichen Versammlung am 7. d. M. besagt, daß da, wo am Sonnabend, den 10. d. M., unsere Forderung nicht bewilligt ist, am Montag die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Durch das Verhalten einzelner Unternehmer waren die Arbeiter folgender 3 Werkstätten gezwungen, schon am Donnerstag die Arbeit niederzulegen: Trum u. Co., Kronenstr.; Ball, Köpstr., Brand, Reuenburgerstr.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß jeder in Arbeit stehende Kollege pro Woche 1 M. zum Streifonds abzuliefern hat. Das ständige Verbandsbureau befindet sich von jetzt ab Beuthstraße 21 im Lokal von Simonis. Die Verbandsleitung. J. A.: Leo Schmidt.

Die Berliner Rohrleger haben auf ihre Lohnforderung zum Teil eine ablehnende Antwort erhalten. Am 18. März wird hierzu eine Versammlung Stellung nehmen. Der nächste Jahrtag ist am Sonntag bei Schmidt, Ramlersstr. 28, mag dort jeder seine Sammelkarte in Ordnung bringen. Der Vertrauensmann.

Die streikenden Müllkutscher und Müsfahrer beschlossen gestern, die Arbeit Sonnabend früh aufzunehmen, wenn den Kutschern 27 M. (bisher 24 M.) und den Müsfahrern 24 M. (bisher 21 M.) schriftlich bewilligt werden. Einer der maßgebenden Unternehmer, Karl Scheller aus Rixdorf, hat diese Lohnsätze kurz vor der Versammlung bewilligt. Gefordert wurden erst 30 M. und 26 M.

Deutsches Reich.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Heilbronn, Göppingen und Fränkenthal (Wals) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen sind: Achtuhr-Lohnschluß an Wochentagen, an Sonntagen um 1 Uhr Schluß, Minimallohn unter 18 Jahre 7 M. und über 18 Jahre 8 M. Außerdem wird wöchentliche Lohnzahlung verlangt.

Die Polierer in Dresden werden zu einem größeren Ausstand gezwungen, da die Unternehmer den von den Arbeitern aufgestellten Tarif abgelehnt haben. Die Unternehmer haben sich einer Koalition angeschlossen, die mit aller Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiter bekämpfen will.

Als die noblen Herren zeigen sich jetzt im Zwidauer Meier die Grubenbarone. Wie gemeldet wird, sollen allgemeine Lohnverbesserungen aller Bergarbeiterklassen eintreten. Damit wollen die Herren wohl zeigen, daß sie gutwillig eine Lohnverbesserung gewähren, aber nicht durch Streik sie erzwungen lassen. Nun, schließlich ist die Lohnverbesserung indirekt eine Folge des Streiks, denn ohne den Streik wäre sie nicht erfolgt. Wahrscheinlich wollen die Herren aber auch ihre Preisverbesserungen für Kohle berechtigt erscheinen lassen und man darf sicher sein, daß die Lohnverbesserung so gering ist, daß die Herren noch immer ein gutes Geschäft machen. Sie tragen die Kosten nicht.

Verwendung von Soldaten im Lohnkampf. Seit Montag streiken die Schmiedegesellen in Ulm. Ihre Forderungen sind recht bescheiden. Sie verlangen weiter nichts, als die Festsetzung der Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause sowie einer je 1/2ständigen vor- und nachmittagspause. In einer Werkstatt ist (trotz der „unzureichenden“ zweijährigen Dienstzeit) Militär zur Verfügung gestellt worden!

In Turlach befinden sich die Schlosser, Mechaniker und Monteur für Nähmaschinen in eine Lohnbewegung. Der Zugang ist ferngehalten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Behandlung weiblicher Strafgefangener. Unfre Leser werden sich erinnern, daß wir vor einiger Zeit eine von Frau Ziegler gegebene Schilderung ihrer Ergebnisse im Gefängnis zu Fußbüchlein brachten. Die Vorgänge waren geradezu empörend, denn die Inhaftierten, die sich in der politischen Agitation eine Haftstrafe von drei Tagen zugezogen hatte, mußte eine Untersuchung über sich ergehen lassen, die selbst bei den Polizeivorschriften über Prostituierte nicht zu verteidigen wäre. Jetzt erhalten wir von der Gefängnis-Direktion folgende Zuschrift:

„Unter Bezugnahme auf die im ersten Heftblatt zu Nr. 28 des laufenden Jahres enthaltene Veröffentlichung des Aufsatzes der Frau Luise Ziegler über die Untersuchung der weiblichen Gefangenen im Centralgefängnis zu Fußbüchlein, die mir erst jetzt zur Kenntnis gekommen, gestatte ich mir im Auftrage meiner Behörde folgende Mitteilung, deren Inhalt Sie Ihren Lesern nicht werden vorenthalten wollen.“

Frau Ziegler hat im Sommer v. J. gleich nachdem sie die ihr zuerkannte dreitägige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, in einer hiesigen Partei-Versammlung Klage über das vom Hilfsarzt des Gefängnisses ihr gegenüber eingehaltene Verfahren geführt. Bei der Behörde hat Frau Ziegler sich nicht beklagt. Gleichwohl hat die Behörde, sobald sie durch die öffentlichen Blätter davon Kenntnis erhalten, die Sache aufgenommen und das Verhalten des Arztes, soweit sich die Angaben befähigten, entsprechend gerügt. Außerdem aber hat sie Veranlassung genommen, das bis dahin ohne

ihre Wissen eingehaltene Verfahren bei Untersuchung weiblicher Gefangener gründlich zu ändern und anzuordnen, daß fortan alle weiblichen Gefangenen, die mit kurzen Strafen und nicht wegen Sittenbergehen bestraft sind, den Anstaltsärzten nur völlig angeleitet vorgeführt werden, und daß letzteren bei der ihnen freistehenden Untersuchung alle Rücksichtnahme auf das Schamhaftigkeitsgefühl derselben anferlegt werde.

Die Ausführungen, zu denen Frau Ziegler, die über die Untersuchung selbst früher mit keinem Wort gelaugt hatte, sich jetzt bewegen gesehen, beziehen sich also, soweit sie überhaupt eine tatsächliche Grundlage haben, auf einen nicht mehr bestehenden, schon vorher abgeänderten Zustand.“

Wir nehmen mit Genehmigung davon Notiz, daß die Gefängnis-Direktion das Unwürdige des Zustandes selbst empfunden und für Abhilfe georgt hat; weshalb aber macht man mit der Rücksichtnahme auf den Anstand und das Schamgefühl bei den Prostituierten Halt? Darf sich eine staatliche Behörde dieser Rücksichten entschlagen etwa mit der Motivierung, daß die Prostituierten sie nicht verlangen, daß sie keine Empfindung dafür hätten? Wir wüßten wenigstens nicht, welchen andern Grund man für Verbeibehaltung eines den Anstand und die Schamhaftigkeit verletzenden Verfahrens heibringen könnte. Aber der Grund wäre ebenjedenfalls stichhaltig wie irgend ein anderer; es giebt überhaupt keine Rechtfertigung dafür, daß eine Behörde auf Anstand und Schamhaftigkeit keine Rücksicht nimmt. Das Verfahren im Gefängnis in Fußbüchlein, wie es von Frau Ziegler geschildert worden ist und nach dem Zugeständnis der Gefängnisdirektion Prostituierten gegenüber auch in Zukunft geübt wird, ist geeignet, den letzten Rest von Menschenwürde und Schamgefühl, der doch schließlich auch in der Mehrzahl der Prostituierten noch vorhanden ist, zu vernichten, während man doch im Gegenteil darauf bedacht sein sollte, beständig auf die Ungleichheiten einzuwirken und es durch den Herrn Anstalts-pastor sicher auch versucht.

Wenn die Direktion eine Besäuferte der Frau Ziegler vernimmt, so ist dies sehr erklärlich. Einmal hätte die Besäuferte an der einmal vollzogenen Thatsache nichts geändert, dann schien es der Inhaftierten gewiß sehr fraglich, ob sie mit ihrer Besäuferte auf Verständnis bei der Direktion stoßen würde. Denn man sollte wohl annehmen, daß die Gefängnisdirektion über die Behandlung und Untersuchung der Gefangenen orientiert ist, daß sie die Ausführung der Vorschriften selbst überwacht und nicht erst Kenntnis erhält, wenn die Klagen an die Oeffentlichkeit dringen.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Eine von ca. 1200 Personen bewohnte Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes tagte am Mittwochabend in der Brauerei Friedrichshain. Dem Situationsbericht, den der Vorsitzende Glöckle erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Während die Meisterin voriger Woche die Zahl der Streikenden auf 16 000 angegeben haben, hat man sich in dieser Woche dazu bequemt, der Wahrheit etwas näher zu kommen und die Zahl der Ausständigen auf 13 000 angegeben. Das ist also die Aussperrung sämtlicher Arbeiter, die vorige Woche beschlossen wurde. Man kann daraus entnehmen, wie dieser Beschluß von seiten der Beteiligten durchgeführt wird. Wenn diese Zahlen auch nicht im entferntesten der Wirklichkeit entsprechen, so sieht man doch, daß auf die Dauer die Freie Vereinigung der Holzindustriellen die Thatsache nicht aus der Welt schaffen kann, daß sich eine große Anzahl von Tischlermeistern nicht an die Beschlüsse der Schatzmacher-Clique lehnt. Vor dem Einigungsamt haben die Herren erklärt, daß sie erwägen würden, ob sie sich dem Schiedsgericht unterwerfen, wenn sämtliche in Betracht kommende Gruppen der Arbeiter ebenfalls Forderungen stellen oder erklären, keine Wünsche in dieser Beziehung geltend zu machen. Nach Rücksprache mit den verschiedenen Branchen hat es sich herausgestellt, daß keine Gruppe besondere Forderungen stellen wird. In der lebhaften Diskussion, welche sich nun entwickelte, behauptete ein Redner, daß Herr Dey, trotz der in der Freien Vereinigung gefassten Beschlüsse, die behagen, daß keine Rohmaterialien an die Tischlermeister zu liefern sind, die weiter arbeiten lassen, an den Tischlermeister Wölter in der Weinstroße Kourniere und Dicken geliefert habe. Außerdem soll ein Tischlermeister Wutter aus Friedrichshagen mit 8—10 Mann arbeiten lassen und für die Firma Lemig u. Jochs liefern, die dadurch die notwendigsten Arbeiten fertig gestellt bekommt. Die Firma kann mithin ruhig abwarten, bis die Kleinmeister aufgetrieben sind. Die Präseerei-besitzer, die belohnlich ebenfalls im Schlepptau der Freien Vereinigung segeln, benötigen die augenblickliche Lage der Bundesbrüderschaft, und haben einen neuen Tarif für ihre Arbeiten mit erheblichen Aufschlägen bekannt gegeben. Auf diesem ist die Renewing enthalten, daß die fertigen Arbeiten nicht mehr in die Werkstatt, sondern nur bis auf den Hof des Auftraggebers geliefert werden. Darüber entziehen sich die Herren Tischlermeister allerdings nicht, denn die Bezahlung der Maschinenarbeit liegt ja den Gesellen ob und für das Herauf- und Herunterfahren des Holzes ist man ja nicht gewillt, Bezahlung zu leisten. Man sieht also, wie berechtigt die Forderung der Gesellen ist, daß die Meister das Maschinen-geld bezahlen sollen, denn dann würde bald die Einigkeit der Tischlermeister und Präseereibesitzer in die Brüche gehen. Bei letzteren soll es, wie mitgeteilt wurde, bereits anfangen zu kriseln, und es dürfte sehr bald der Zeitpunkt eintreten, wo die Räder nicht mehr alle still stehen. Einzelne Meister, darunter auch der bekannte Herr Franz Verndt, sollen im geheimen bereits morganisierte Arbeiter einstellen, um sich bei Zeiten zu sichern, daß ihre Werkstatt nicht nach dem Streik ebenfalls leer bleibt. Was die Beitragspflicht der in Arbeit stehenden Kollegen anbetrifft, blieb es bei dem Beschluß, wöchentlich 1 Mark zu zahlen. Die in Gemeinschaft mit den Möbelpolierern und Maschinenarbeitern herausgegebenen Sammellisten sollen lediglich dazu dienen, die durch Sammlungen eingehenden Gelder gleichmäßig unter die in Betracht kommenden Berufsgruppen zu verteilen.

In Rixdorf wurde in der Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes berichtet, daß die Zahl der Aussperrten 94 beträgt. Von 19 Werkstätten, wo die Forderungen gestellt wurden, ist in 11 bewilligt. Die Unberücksichtigten sollen auch hier zur Abreise veranlaßt werden, was zum Teil schon geschehen ist.

Der Kriegsschauplatz.

Den neuen Sieg Lord Roberts über die Boeren, die sich zwischen das Robertsche Lager und Bloemfontein postiert hatten, konnten wir noch gestern melden. Es scheint Roberts in der That vollkommen gelungen zu sein, die Boerenstellung zu zerpflegen, wenn auch große Verluste auf einer der beiden Seiten nicht zu beklagen sind. Die Boeren haben wohl die Schlacht gar nicht angenommen, sondern haben sich, nachdem sie umgangen waren, zurückgezogen.

Feldmarschall Lord Roberts telegraphiert aus Ofontein über die Affäre: „Der Tag war sehr erfolgreich. Wir zerpflegten den Feind vollständig, derselbe ist im vollen Rückzuge. Seine Stellung war äußerst stark. Ein Frontangriff würde schwere Verluste mit sich gebracht haben. Die Umgehungsabteilung mußte notwendigerweise weit ausfallen. Der Kampf beschränkte sich eigentlich auf die Kavallerie. Die Pferde sind sehr erschöpft. General French meldet, die reitende Artillerie habe eine rege Tätigkeit entwickelt. Unsere Verluste betragen etwa 50 Mann.“

Weiter wird aus Ofontein berichtet: Die Boeren haben auf ihrem Rückzug ein Geschütz und große Mengen von Fourage sowie Zelte zurückgelassen. General French verfolgt jetzt die Boeren auf dem nördlichen Ufer des Flusses.

Ob die Boeren sich nun noch einmal vor Bloemfontein stellen wollen oder dieses freigeben, um sich, wie früher gemeldet wurde, bei Winburg, nordwestlich von Bloemfontein, zu konzentrieren, muß abgewartet werden. An der baldigen Besetzung Bloemfonteins durch Roberts ist kaum zu zweifeln. Erstere Kämpfe und vielleicht verzweifelter Widerstand auf seiten der Boeren sind erst beim weiteren Vorrücken der Engländer gegen Norden und Nordwesten, möglicherweise erst bei Verteidigung der Vaal-Linie zu erwarten.

In kleineren Meldungen verzeichnen wir noch die folgenden: Den „Daily News“ wird aus Sterkfontein vom Dienstag telegraphiert, der Korrespondent des Vaites, der als Kriegsgefangener in Bloemfontein war, habe dort ein Gespräch mit dem Präsidenten Steyn gehabt. Dieser habe ihm gesagt, daß die Boeren entschlossen seien, bis zum letzten Mann zu kämpfen und prophezeit, daß der Uebergabe von Pretoria Ereignisse vorhergehen würden, die Europa in Staunen versetzen.

Aus Lourenço Marques vom 5. d. M. berichtet die „Daily News“, daß 5000 Kaffern damit beschäftigt seien, Schanzgräben rund um Pretoria anzulegen.

Nach einer Depesche desselben Blattes aus Ofontein von gestern wird die Zahl der von Roberts zurückgeworfenen Boeren auf 10 000 geschätzt.

Vom Boerenrückzug bei Ladysmith.

Aus dem Boerenlager in Glencoe wird gemeldet: Am Donnerstag schlugen die Boeren zweimal einen Angriff englischer Truppen aus Ladysmith zurück. Der Rückzug der Boeren nahm seinen Fortgang. 2000 Wagen wurden ohne Jubiläum der Eisenbahn weggebracht; in Eisenbahnhöfen wurden nur die schweren Geschütze, die Nichtberittenen und die Verwundeten fortgeschafft. Hinter dem letzten Zug, der von Landslaage abging, fuhr ein Arbeiterzug her, der alle Gräben und Straßenübergänge zwischen Ladysmith und Glencoe hinter sich zerstörte. Vorher wurden auch die Kohlengruben bei Landslaage gesprengt und angezündet. Präsident Kruger ist nach Pretoria zurückgekehrt. Sein Ruf auf die Bürger hat diese aufs neue angefeuert, im Kampf für ihre Unabhängigkeit auszuharren.

In Mafeking.

Das immer noch von den Boeren belagert wird, herrschen äußerlich traurige Verhältnisse. Dem „Reuterischen Bureau“ ist eine Depesche aus Mafeking vom 19. v. M. zugegangen; sie lautet: Unter den Kindern im Frauenlager wüthen Typhus und Malaria; unter der Besatzung herrschen Dysenterie und Magenkrankheiten wegen Mangel an guter Nahrung, namentlich an Pflanzstoffen. Sämtliche Spitäler sind überfüllt. Der Kinderfriedhof beim Frauenlager wird von Woche zu Woche größer. Der Feind besteht aus vorgeschobenen Posten aus die Hauptstraße und den Markt. Seit Anfang der Belagerung sind 292 Personen getötet und verwundet worden. Die Besatzung ist klein, aber jedemann zum Aushalten entschlossen.

Ein Erfolg der Boeren.

Kapstadt, 7. März. Zwei Schwadronen irregulärer Kavallerie, welche nach einer Reide von 13. Februar vermisst wurden, sind nach Paardeberg zurückgekehrt. Eine dritte Schwadron wurde gefangen genommen und nach Pretoria geschafft.

Cronje nach St. Helena.

Der Parlaments-Verichterstatter der „Daily News“ meldet, es sei beschlossen worden, General Cronje und seine Truppen sogleich nach St. Helena zu bringen, wo sie bis zum Ende des Krieges bleiben sollen.

Die Maßregel hat offenbar den Zweck, die Cronjesche Streitmacht für alle Eventualitäten aus der Nähe des Kriegsschauplatzes zu schaffen. Bei dem jetzt wieder wachsenden Aufstand unter den Kapboeren denkt man vielleicht an die Möglichkeit, daß Cronje und seine Schar in die Lage versetzt werden könnten, wieder aktiv in die Ereignisse einzugreifen.

Ein Telegramm von Lord Roberts

aus Poplar Grove vom 8. März besagt: Zwei Kavallerie-Brigaden und eine Division Infanterie mit befristeter Artillerie sind heute 10 Meilen in östlicher Richtung vorgegangen. Die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie in der Richtung nach Stormberg und Steynsburg karrtet fort. General Clements hält bei Korvalspont die von den Boeren am 6. März gesprengte Brücke besetzt. Der Feind steht am Roruser des Flusses, jedoch nicht in großer Stärke. General Gatacre hat Burgerdorp besetzt.

Kriegsdraf der Boeren.

Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Biddardsberg vom 5. d. M. gemeldet: Heute früh wurde in Glencoe ein allgemeiner Kriegsdraf abgehalten. Louis Botha wurde in diesem Kriegsdraf zum Generalleutnant für Natal und Ultras Meuser, Schalk Burger, David Joubert, David Erasmus, J. Forti wurden zu seinen Unterführern ernannt. Dieser Beschluß hat unter den Bürgern lebhaften Beifall hervorgeufen.

Amerika und Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. März. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus New York telegraphieren: Amtliche Stellen sind in ihrer Ansicht über die deutsche Fleischbeschau-Vorlage durchaus zurückhaltend, doch ist in Washington der Eindruck vorherrschend, daß gegenwärtig Material bezüglich der Verfassung deutscher Weine und Biere und die Gesundheit gefährdender Spielzeugfarben gesammelt wird. Angesichts der Thatsache, daß die Vereinigten Staaten sich in einem Präsidentenjahre befinden, sind baldige Vergeltungsmaßregeln wahrscheinlich, sofern die Fleischbeschau-Vorlage in der geplanten scharfen Fassung Gesetz werden sollte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Breslauer Handelskammer petitionierte an den Landtag gegen die geplante Warenhaus-Bestenerung. Der Gesetzentwurf bringe den Warenhäusern die denkbar ungerechteste Bestenerung, dem Mittelstande aber keine Hilfe, zeitige daher hier und dort Unzufriedenheit.

Hamburg, 8. März. (B. Z. B.) Nächsten Sonntag findet hier eine von Hamburger Schriftstellern und Künstlern einberufene Protestversammlung gegen die lex Deunze statt.

Karlruhe, 8. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Centrumsabgeordnete Reiser ist heute abend gestorben. Reichert wurde im Wahlkreis Offenburg - Oberkirch - Rehl in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen Rheinau gewählt.

Petersburg, 8. März. abends 11 Uhr. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Der Brand im Generalkonstabgebäude ist nach längerem Kampfe bewältigt. Abgebrannt ist ein Teil der Bibliothek, viele Werke von großem Werte sind vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich.

Mais, 8. März. (B. Z. B.) Infolge ausströmender Gase sind in dem Kohlenbergwerk von Treich zehn Arbeiter erstickt. Zwei Leichen wurden bereits herausbefördert.

Santo Domingo, 8. März. (B. Z. B.) Der Kongreß hat den Belagerungszustand proklamiert; viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

New York, 8. März. (B. Z. B.) Einem Telegramm aus Santo Domingo zufolge hat der frühere Gouverneur von Santiago de los Caballeros, General Behin, revoltiert. Truppen wurden gegen ihn entsandt und im Südwesten der Insel wurde der Belagerungszustand erklärt. In der Hauptstadt herrscht Ruhe.

Reichstag.

162. Sitzung vom Donnerstag, 8. März 1900, 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied Graf Pawlowitsch.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Fleischbeschau-Gesetzes.

Die §§ 1, 2 und 14a-d werden zusammen beraten. Sie lauten nach den Beschlüssen der Kommission (die Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind durch Sperren hervorgehoben):

§ 1. Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde, deren Fleisch zum Genuss für Menschen verwendet werden soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Durch Beschluß des Bundesrats kann die Untersuchungsspflicht auf anderes Schlachtvieh ausgedehnt werden. Bei Rotschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben.

Der Fall der Rotschlachtung liegt dann vor, wenn zu befürchten steht, daß das Tier bis zur Ankunft des zuständigen Beschauers verwendet oder das Fleisch durch Verschlechterung des krankhaften Zustandes wesentlich an Wert verlieren werde oder wenn das Tier infolge eines Unfalls sofort getötet werden muß.

§ 2. Bei Schlachtieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern sie keine Merkmale einer die Genüßtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben.

Eine gewerbsmäßige Verwendung von Fleisch, bei welchem auf Grund des Abs. 1 die Untersuchung unterbleibt, ist verboten.

Als eigener Haushalt im Sinne des Abs. 1 ist der Haushalt der Kasernen, Krankenhäuser, Erziehungsanstalten, Speise-Anstalten, Gefangenanstalten, Armenhäuser und ähnlicher Anstalten sowie der Haushalte der Schlächter, Fleischhändler, Gast-, Schank- und Speisewirte nicht anzusehen.

§ 14a.

Die Einfuhr von eingepökeltem oder ähnlich zubereitetem Fleisch, ausgenommen Schweinefleisch, Speck und Därme, von Fleisch in Wärsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Zur Abgrenzung ist die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 unter nachstehenden Bedingungen gestattet:

Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh ausschließlich der Kalber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden. Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Uter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszu dehnen.

Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt.

Nach Maßstab des in Absatz 2 bezeichneten Zeitpunkts ist die Einfuhr von Fleisch, ausgenommen Schweinefleisch, Speck, reine Oleomargarine und Därme verboten.

§ 14 b.

Das in das Zollinland eingehende Fleisch unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inlande bereits vor schriftlich festgesetzter Unterzucht und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Die Einfuhr von Fleisch darf nur über bestimmte Zollämter erfolgen. Der Bundesrat bezeichnet diese Ämter sowie diejenigen Zoll- und Steuerstellen, bei welchen die Untersuchung des Fleisches stattfinden kann.

§ 14 c.

Auf Wildpret und Federwild, ferner auf das zum Reiseverkehr mitgeführte Fleisch finden die Bestimmungen des § 14a und § 14 b nur in soweit Anwendung, als der Bundesrat dies anordnet.

Für das im kleinen Grenzverkehr sowie im Weg- und Marktverkehr des Grenzbezirks eingehende Fleisch können durch Anordnung der Landesregierungen Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 14a und 14 b zugelassen werden.

§ 14 d.

Der Bundesrat ist ermächtigt, weitergehende Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, als in den §§ 14a und 14 b vorgesehen sind, zu beschließen.

Es liegen folgende Abänderungs-Anträge vor: Nach Antrag von Graf Pawlowitsch (Sp.) soll im Fall der Annahme des § 2 gemäß dem Beschluß der Kommission: 1. in Abs. 1 statt der Worte „verwendet werden soll“ gesetzt werden „verwendet wird“ und die Worte: „die Genüßtauglichkeit des Fleisches ausschließenden“ gestrichen werden; 2. in Abs. 2 statt der Worte: „gewerbsmäßige Verwendung“ gesetzt werden „entgeltliche Abgabe“.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen den § 2 zu streichen; eventuell den § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage wieder herzustellen; ferner an Stelle von §§ 14a, 14b, 14c den § 14 der Regierungsvorlage wieder herzustellen und § 14d der Kommissionsbeschlüsse zu streichen.

§ 2 der Regierungsvorlage lautet: Die Untersuchung von Schafen und Ziegen sowie von nicht drei Monate alten Kalbern und Schweinen darf vor und nach der Schlachtung unterbleiben, wenn die Tiere keine Merkmale einer Krankheit zeigen und der Besitzer des Tieres das Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalt verwenden will. Ergeben sich bei der Schlachtung Erscheinungen, welche Zweifel an der Gesundheit des geschlachteten Tieres zu erwecken geeignet sind, so ist das Fleisch sobald zur Untersuchung zu stellen.

Der Rest des § 2 der Regierungsvorlage ist mit dem letzten Absatz des § 2 in der Kommissionsfassung identisch.

§ 14 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage: Fleisch, welches in das Zollinland eingeführt wird, unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inlande bereits vor schriftlich festgesetzter Unterzucht und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Die Einfuhr von Fleisch darf nur über besondere Zollämter erfolgen. Der Bundesrat bezeichnet diese Ämter, sowie diejenigen Zoll- und Steuerstellen, bei denen die Untersuchung des Fleisches stattfinden kann und ordnet an, inwieweit das Fleisch auch in zusammenhängenden Tierkörpern, Tierteilen oder in Stücken von bestimmter Größe und in natürlichem Zusammenhange mit inneren Organen eingeführt werden darf.

Wildpret und Federwild, ferner das zum Reiseverbrauch oder mit der Post eingehende Fleisch unterliegen der Untersuchung nur insoweit, als der Bundesrat sie anordnet. Für das im kleinen Grenzverkehr sowie im Weg- und Marktverkehr des Grenzbezirks eingehende Fleisch können durch Anordnung der Landesregierungen Ausnahmen von der vorgeschriebenen Untersuchung oder sonstige Erleichterungen zugelassen werden.

Abg. Gerstenberger (C.):

Wenn das Gesetz auch manche Schwächen enthält, so wird es doch der Industrie nicht schaden, der Landwirtschaft dagegen nützen. Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen, den § 2, der die Hauschlachtungen von der Kontrolle ausnimmt, zu streichen. Die Kontrolle bei den Hauschlachtungen ist aber ganz unüberwindlich. Die Beschau nimmt zwei Stunden in Anspruch und oft werden im Haushalt am Tage 10-12 Schweine geschlachtet. Man will die Bauern und vor allem das Gefinde vor Erkrankungen schützen. Das ist doch eine allzu große Fürsorge. Man kann wohl verbieten, daß zur Bierbereitung z. B. Surrogate verwendet werden, aber man kann doch nicht verbieten, daß die Leute zu Hause sich Getränke bereiten, wie sie es selbst wollen. Ich will zugeben, daß die Hauschlachtung eine gewisse Gefahr der Erkrankung mit sich bringt, dagegen giebt aber die Kontrolle keinen Schutz. Aus unseren Schlachthöfen wird trotz der Kontrolle noch oft nicht gefundes Fleisch herausgelassen. Gegen diese Gefahr giebt es nur ein Mittel, man muß das Fleisch kochen. Die Kosten der Kontrolle der Hauschlachtungen sind sehr groß, diese Kontrolle würde der Landwirtschaft eine Steuer von 6 Millionen auferlegen. (Hört! hört! im Centrum und rechts.)

Die Herren, die aber auf der einen Seite so besorgt sind für die Gesundheit der ländlichen Dienstboten, kümmern sich andererseits zu wenig um ihre eigene Gesundheit, indem sie sich gegen die Bestimmungen des § 14a wenden. Gegen diesen Paragraphen läßt sich absolut nichts einwenden, wenn man das Inland nicht schlechter stellen will als das Ausland. Höchstens könnte man sagen, es sei unlogisch, daß gegen den Sinn des Gesetzes die Einfuhr von Fleisch bis zum Jahre 1903 noch erlaubt ist. Man fürchtet die Folgen dieses Einfuhrverbots für Industrie und Handel. Ich befreite, daß eine Vertenerung der Fleischpreise infolge des Gesetzes eintreten wird. Die deutsche Landwirtschaft ist durchaus in der Lage, Deutschland in genügendem Maße mit Fleisch zu versorgen. Die Viehproduktion nimmt immer mehr zu, besonders bei den kleinen und mittleren Landwirten. Uebrigens findet ja auch am 1. Dezember ds. Js. eine Viehzählung statt und wenn sich dann — was nicht der Fall sein wird — herausstellen sollte, daß die Viehproduktion zurückgegangen ist, dann haben wir ja bis 1903 noch Zeit genug, das Gesetz abzuändern. Die Handelskammern behaupten, daß der Handel durch dies Gesetz geschädigt werde. Kann es aber eine einseitige Interessentvertretung geben als diese Handelskammern! (Sehr richtig! rechts!) die sich um das Interesse der Landwirtschaft gar nicht kümmern. — Wir wollen die Gesundheit unseres Volkes schützen, da können wir nicht ängstlich bedenken, ob wir fremde Staaten mit solchen Maßnahmen reizen. Unsere Furcht vor Repressalien fordert ja Amerika geradezu zu Repressalien heraus! Sorgen Sie lieber für die deutsche Landwirtschaft, die ist die beste Abnehmerin für die Produkte der Industrie. Ich bitte Sie, die Kommissionsbeschlüsse unter Ablehnung aller Anträge anzunehmen. (Bravo! im Centrum und rechts.)

Abg. Frese (fri. Pa.):

Herr Gerstenberger meinte, eine Preissteigerung des Fleisches sei nicht zu erwarten. Da glaube ich doch das agrarische Herz besser zu kennen. Wenn keine Preissteigerung die Folge des Gesetzes wäre, würden sich die Herren Agrarier nicht so dafür ins Zeug legen. (Lachen rechts, sehr richtig! links.) Das Gesetz bedeutet in der That eine schwere Schädigung der Arbeiter, einen ganz unerhörten Schlag gegen Handel, Seifensfabrik und Industrie. (Sehr richtig! links.) Die Folgen würden eine erhebliche Vertenerung des Fleisches und ein Volksthum mit Amerika sein. Die Nachrichten, die in letzter Zeit über die Viehstummung in Amerika herübergekommen sind, haben es auch jedenfalls bewirkt, daß die zweite Lesung so rasch nach der Kommissionsberatung anberaumt worden ist. (Lachen rechts.) Diese Eile sollte uns doch zu denken geben. (Sehr richtig! links.) — In Gunsten der Landwirtschaft sollen die allerersten Interessen des deutschen Volks geschädigt werden. Der Nutzen, den die Landwirtschaft von dem Gesetz hat, steht aber in seinem Verhältnis zu dem Schaden, der der Industrie zugefügt wird, denn nur, wenn die Industrie blüht, kann es auch der Landwirtschaft gut gehen, da Deutschland ein Industrieort ist. Amerika wird übrigens die Produktion durch dieses Gesetz mit schlechtem Verdienste Freunde begründen. Es ist ein Land, das in der Lage ist, seinen Bedarf zum größten Teil selbst zu decken. Die Konkurrenz Deutschlands hat es nur auf dem Weltmarkt zu fürchten. Es wird daher die Schädigung der Exportindustrie Deutschlands, die in diesem Gesetze liegt, vermehren, um Deutschland auf dem Weltmarkt zu verdrängen. Es wird vor allem sein Augenmerk darauf richten, den deutschen Seifensfabriken zwischen Deutschland und Amerika zu vernichten. Wir stehen jetzt vor der Beratung der Flottenvorlage. Sie machen allgemein nach Bedingungsfragen. Wie will man die finden, wenn man die niederschlägt, die sich außerordentlich verdient gemacht haben um die Hebung des Wohlstandes unseres Volks? Ich frage den Vertreter der verbündeten Regierungen: Wollen Sie ruhig zusehen, wie die Art an die Säulen des Volkswohlstandes gelegt wird? Mit den Geldern nach Sondervorteilen vertritt sich echter Patriotismus nicht. Früher hieß es: kein Kanon, keine Kasse! Jetzt sagen Sie: kein Fleischbeschau-Gesetz, keine Flotte. Ich hätte gern den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hier gesehen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Kommissionsbeschlüsse Gesetzeskraft erhalten, wird es ihm schwer werden, künftig Amerika gegenüber von freundschaftlichen Beziehungen zu sprechen. (Sehr richtig! links.)

Ich möchte dann noch an den Herrn Präsidenten die Bitte richten, über § 14a mit seinen bedeutenden Klagen einzeln abstimmen zu lassen. Was mich anlangt, so ist das Gesetz in der Form, wie es aus der Kommission gekommen ist, unannehmbar. Ich bitte Sie, es abzulehnen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Präsident Graf Vellecrum macht den Vordrucker darauf aufmerksam, daß dem Reich gegenüber die geschäftsordnungsmäßigen Fristen gewahrt sind. Als ich gestern dem Hause vorlag, dieses Gesetz heute zu beraten, hat niemand dagegen Einspruch erhoben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe ferner mit den Vertrauensmännern aller Parteien unterhandelt; einstimmig wurde der heutige Tag für die Beratung des Gesetzes festgesetzt.

Abg. Graf Altdorff (L.):

Die ganze Agitation, wie sie in letzter Zeit gegen die Vorlage von der linksstehenden Presse betrieben ist, verrät mir Angst vor Amerika. (Bravo! rechts.) Der Vordrucker meinte, die Landwirtschaft habe Rücksicht zu nehmen auf Handel und Industrie. Daß nur aber wieder Rücksicht genommen würde auf die Landwirtschaft, das hat Herr Frese leider zu sagen vergessen. Es ist mir wunderbar gewesen, welche Wandlungen die liberale Presse im Lauf der Zeit der Vorlage gegenüber durchgemacht hat. Am 15. April v. J. hatten wir die erste Lesung. Sie erbrachte mit voller Deutlichkeit den Beweis, daß die Vorlage abgeändert werden müßte, und daß die Kommissionsbeschlüsse gar nicht anders lauten konnten, wie sie jetzt lauten. Damals schwing sich die liberale Presse über die Vorlage aus, als wäre sie eine quantitas negligible. Diese Presse schwing auch noch, als die Kommissionsbeschlüsse publiziert wurden. Plötzlich entdeckte man, daß hier Geld verloren werden könnte. Da ging die Bewegung los, und an der Agitation beteiligte sich auch die sozialdemokratische Presse. Man hat plötzlich so, als lämen die Kommissionsbeschlüsse überaus schön. Die Kommission hatte das Wohl aller Stände im Auge, und von diesem Standpunkt aus traf sie ihre Abänderungen. Wie kann man da von einem agrarischen Gesetz sprechen? Die Majorität der Kommission war allerdings darin einig, daß auch die Landwirtschaft Verechtigung auf Berücksichtigung habe. Das nenne ich aber nicht agrarisch, sondern politisch, patriotisch, gerecht. Aus den ganzen Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung habe ich den Eindruck gewonnen, daß auch der Bundesrat wohl geneigt sein

wird, sich mit uns auf der gefundenen Basis zu verständigen. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn dieses Gesetz an dem Widerstand des Bundesrats scheiterte. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Ein solcher Widerstand würde bei meinen Freunden große Erbitterung erzeugen. (Sehr richtig! rechts.) Die Angstmeierei vor Amerika ist geradezu beschämend. (Lachen links.) Amerika hat uns so weit gebracht, daß weite Zweige unserer Industrie nach Amerika nicht mehr exportieren können. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der Ansicht, wenn sich der Reichstag in seiner großen Majorität über ein Gesetz mit dem Bundesrat einigt, hat sich das Ausland zu fügen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Redner legt nun im einzelnen dar, welche Stellung seine Freunde zu den Bestimmungen der Vorlage einnehmen. Er betont, in keinem Falle dürfe der kleine Grundbesitz und der landwirtschaftliche Arbeiter belastet werden; die Sozialdemokraten haben immer das Wohl auch der landwirtschaftlichen Arbeiter im Auge; wenn sie aber von Worten zu Thaten übergehen sollen, verlagert ihr Wohlwollen.

Ich bin fest überzeugt, daß die Kommissionsbeschlüsse im Plenum des Reichstags eine große Majorität finden werden. Dann hat das Wort der Bundesrat. Da muß ich sagen, ich kann keinen vernünftigen Grund finden, weshalb der Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmen sollte. Die Agitation einer gewissen Presse wird hoffentlich auf ihn keinen Eindruck machen. Der Bundesrat hat sich nicht zu fügen auf das Wort einer einzelnen Partei, sondern auf die große Majorität der staatsbehaltenden Parteien. (Lachen links.) Es wird dem Bundesrat bekannt sein, daß die Wirtschaftspolitik Deutschlands in weiten Kreisen des Volks lebhaftem Mißtrauen begegnet ist. Durch die Zustimmung zu diesem Gesetz kam er dieses Mißtrauen mit einem Schlag beseitigen. Die Verhandlung dieses Gesetzes legt die Vermutung nahe, wie es mit den künftigen Handelsverträgen werden wird. Deshalb legen wir gerade auf dieses Gesetz großen Wert. Wir geben damit dem Bundesrat eine Waffe in die Hand, daß er bei der künftigen Handelspolitik friedliche, aber auch allseitig befriedigende Wege einschlagen kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Wurm (Soz.):

Die Vorlage, wie sie die Kommission zurecht gestutzt hat, vertritt ganz ausschließlich die Interessen der an der Viehzucht beteiligten Kreise. Das ist aber bei uns in Deutschland eine verhältnismäßig kleine Interessengruppe. Auch wir müssen der Annahme oder Ablehnung des Gesetzes große Bedeutung bei. Es ist der erste Schritt auf dem Wege, der die Agrarier zu den neuen Handelsverträgen führen soll. (Sehr gut! links.)

Was zunächst die Hauschlachtung anlangt, so hat Herr Gerstenberger behauptet, daß die Kosten für die armen Bauern viel zu groß werden würden. Sie haben doch aber auch bestimmt, daß ausgewachsene Küder im Hause geschlachtet werden können ohne jegliche Kontrolle. Seit wann schlachtet denn der arme Bauer ganze Küder? Das sind die Tiere, die auf den großen Gütern geschlachtet werden. Es wird heute schon mit der Erlaubnis der unkontrollierten Hauschlachtung Mißbrauch getrieben, und Sie wollen diesen Mißbrauch nun zu einem Gebrauch stampeln, indem Sie die Bestimmung in das Gesetz bringen wollen, daß nur der gewerbsmäßige Verkauf von verdächtigem Vieh, das im Hause geschlachtet ist, verboten ist. Das sagt voraus, daß jemand fortgesetzt ein Gewerbe aus diesem Fleischverkauf macht, es hindert aber nicht, daß er das verdächtige Fleisch seinen guten Freunden und dem, der es haben will, verkauft. Durch diese Bestimmung werden die Interessen großer Volksschichten hintangeführt, vor allem die Interessen der Landarbeiter, für die Graf Altdorff vom hohen wieder sein offenes Herz offenbart hat. Obsolet verdorbenes Fleisch werden so die Bauern dem Gefinde nicht geben, aber es ist von allen Sachautoritäten zugegeben, daß gerade die Tiere, die verdächtig zu werden beginnen, zum Gebrauch im Hause schnell geschlachtet werden. Auch im deutschen Landwirtschaftsrat ist darauf hingewiesen worden.

Hier also, wo es sich um die gesundheitlichen Interessen der großen Masse des Volks handelt, haben Sie (nach rechts) den weitesten Spielraum gelassen und die einfachsten Grundzüge der Hygiene vernachlässigt. Dagegen sorgen Sie um so mehr für Ihre Gesundheit bei dem Fleisch, das vom Ausland kommt. Lediglich wird auch durch die Beschlüsse über die Hauschlachtung die ganze Landwirtschaft (sauer geschädigt). Alle Autoritäten sind sich darüber einig, daß man der Maul- und Klauenseuche nur Herr werden kann, wenn eine strenge Kontrolle jedes geschlachteten Stück Vieh vorgenommen wird. Die Grenz- und Seehäfenkontrolle allein nützt gar nichts. Ein Beweis dafür ist z. B. das in Sachsen, im Herzen Deutschlands, die meisten Fälle von Maul- und Klauenseuche vorkommen. Hier können Sie zeigen, daß Ihnen wirklich daran liegt, die Viehproduktion zu steigern, indem Sie dafür sorgen, daß sich diese Krankheiten des Viehs vermindern. Herr Gerstenberger behauptete, daß die Zeichnung zwei Stunden dauerte. Mir ist von Fachleuten berichtet worden, daß sie in einer halben Stunde vorzunehmen ist. Das lächerliche Fleischbeschaugesetz soll einen Sturm von Petitionen hervorgerufen haben. Es ist aber noch gar nicht in Kraft getreten, so daß die praktische Erfahrung, daß eine Vereinfachung durch diese Kontrolle der Hauschlachtung wirklich eintreten wird, noch nicht gewonnen werden konnte. Der Sturm von Petitionen ist von agrarischer Seite aus organisiert. Sie (nach rechts) betrachten es als ein Ziel des nationalen Stolzes, daß Sie den deutschen Markt mit den Produkten der deutschen Landwirtschaft versorgen können. Gewiß, wenn wir gesundes deutsches Vieh haben, dann sind auch wir nicht dafür, verdächtigtes Fleisch aus dem Auslande zu beziehen, aber erst müssen Sie uns den Beweis liefern, daß Sie in der Lage sind, den deutschen Markt zu versorgen. Wir können nicht glauben, daß Ihnen daran liegt, in dem Augenblick, wo Sie Maßnahmen vorschlagen, die den deutschen Viehstand schädigen.

Herr Gerstenberger bestritt, daß eine Vertenerung des Fleisches die Folge dieses Gesetzes sein würde. Als man aber an die Landwirte die Frage richtete, warum denn heute der deutsche Fleischbedarf nicht von der deutschen Produktion gedeckt wird, sagten sie: „Ja bei den Preisen lohnt es sich für uns nicht, große Aufwendungen zu machen“. Also erst, wenn man Ihnen möglichst hohe Preise verschafft, dann sind Sie bereit, so national und staatsbehaltend zu sein, um allein die Versorgung des deutschen Marktes zu übernehmen. Kein, die Fleischpreise werden unbedingt steigen und dadurch wird der Konsum sich verringern. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Beamten und das Einkommen der Handwerker, also des Proletariats und des Mittelstandes, an dessen Rettung Sie so unermüdlich arbeiten, dieses Einkommen wächst nicht, aber die Lebenshaltung dieser Volksschichten wird verschlechtert durch die Vertenerung des notwendigen Nahrungsmittels. Die Vertenerung des Fleisches bedeutet eine Schädigung des nationalen Wohlstandes und damit der nationalen Leistungsfähigkeit. Warum ist die englische Industrie der deutschen so überlegen? Weil der englische Arbeiter mehr Fleisch essen kann als der deutsche.

Sind übrigens die Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, überhaupt notwendig? Gefährdet die Einfuhr ausländischen Fleisches wirklich in solchem Maße die Gesundheit des Volks? Tatsachen liegen darüber nicht vor, daß die Kontrolle bei der Einfuhr zu ungenügend ist. Ich gebe zu, unwahrscheinlich ist, daß die Fleischbeschau bei lebendem Vieh durchgeführt wird. Geben Sie doch die Grenzperre auf und lassen Sie das lebende Vieh in den Schlachthäusern untersuchen, dann brauchen Sie die Konkurrenz von Wärsenfleisch und Konserve nicht zu fürchten. Warum wollen Sie aber die Einfuhr vollständig verbieten? Das kann ich mir nur dadurch erklären, daß Ihnen die ausländische Konkurrenz unheimlich ist und daß Sie sich den nationalen Markt selbst behalten wollen. Sie (nach rechts) glauben, der Wien muß sich, das Ausland muß sich nach Ihnen richten, und wenn wir Ihnen zeigen, daß wir gegenzug sind, müssen wir auf das Ausland zu nehmen, wie ja auch das Ausland auf uns Rücksicht nehmen muß, so nennen Sie das einen Betrug an nationalen Interessen. Nein, wer die Interessen der

großen Massen von deutschen Industrie-Arbeitern vortritt, vertritt nicht die Nation. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Auch Amerika muß Rücksicht nehmen, auch ihm liegt an der Einfuhr deutscher Produkte. Durch die bei dieser Vorlage bewiesene Rücksichtlosigkeit aber machen Sie den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich, wenn Sie die Regierung zwingen, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Sie drohen mit der Erbitterung in London, ich hoffe, die Regierung wird sich dadurch nicht schrecken lassen. Wir wollen die Gesundheit im Zustand schätzen, deshalb verlangen wir eine Gesundheitskontrolle für die Hauschlachtungen. Wir verlangen auch eine Untersuchung ausländischen Fleisches, aber wir protestieren gegen ein Einfuhr-Verbot. Schmalz und Speck sollen ja quabüßig zugelassen werden. Auf diesem Gebiete sind Sie (noch rechts) nicht leistungsfähig, da macht Ihnen das Ausland keine Konkurrenz. Für uns ist bei allen solchen Fragen in erster Linie der **Wohlfahrt des Kontinenten** maßgebend. Im Interesse der Kontinenten protestieren wir dagegen, daß die Regierung von denjenigen Aufstellungen abweicht, die sie hier bei der ersten Lesung vorgetragen hat. Damals erklärte sie die Fleischzufuhr vom Auslande nicht unterbinden zu wollen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich in dieser eminent wichtigen Frage der Volksnahrung nicht von den Agrariern ins Schlepptau nehmen läßt. (Bravo! links.)

Abg. Sieg (natl.):

Der **Großgrundbesitzer** könnte die Kontrolle der Hauschlachtungen ganz zu tragen. Er läßt so wie so durch den Schlächter schlachten. Aber die Fleischbeschnur für alle Hauschlachtungen ist unmöglich. Woher sollen die Kräfte dazu genommen werden? Sechsengefahr ist nicht zu befürchten. Die nationale Produktion am Fleisch ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen; der Konsum hat nicht abgenommen. Schweinefleisch ist so billig, wie schon lange nicht, obwohl ein Schweine-Einfuhrverbot besteht. Die Einfuhr beträgt nur 1 bis 2 Proz. des ganzen Fleischkonsums und trotzdem stellt man es so dar, als ob durch das Gesetz die ganzen Segnungen der Socialpolitik in Frage gestellt wären. Wenn wirklich das Fleisch um 5 Pf. teurer werden sollte, das deutsche Volk wird daran nicht zu Grunde gehen. Die Landwirtschaft vertritt hier durchaus nicht einseitige Interessen. Ich gebe darin dem Grafen Altdorff recht.

Die Einwände des Herrn Frese waren sehr schwächlich. Wie kommt er dazu, das **Flottengesetz** mit der Vorlage in Verbindung zu bringen? Herr Frese ist aus dem Auslande der arbeitenden Klassen. Ich halte diese Bemerkung nur für eine Konzeption, die er den Arbeitern der großen Seestädte gemacht hat. Sonst kann ich mir eine solche Kennerung überhaupt nicht erklären. Der Abgeordnete Gerstendörfer hat ganz zutreffend der Stimmung in landwirtschaftlichen Kreisen Ausdruck gegeben. Der arbeitenden Bevölkerung schadet die Vorlage nichts, denn Speck und Schmalz sind nach wie vor zugelassen. Ich bin sehr gespannt auf die **Faltung des Bundesrats**. Ich kann mir nicht denken, daß er sich ablehnend verhalten könnte.

Abg. Bach-Roburg (fr. Vp.):

Mein Antrag will den Entwurf etwas verbessern, wenn mir derselbe auch durchaus nicht besonders gefällt. Herr Gerstendörfer behauptete, die deutschen Handelskammern seien einseitige Interessenvertretungen. Die Handelskammern haben stets das Interesse des ganzen deutschen Volks wahrgenommen. (Oho! rechts.) Die Bestimmungen über die Hauschlachtungen enthalten eine große Gefahr für die Landwirtschaft und auch für die Städte, in die das kranke Fleisch als sogenannter Baumstamm auf Wagen hineingekarrt werden kann. Ich habe beantragt, die Worte im § 2 die **Gesundheitsfähigkeit des Fleisches** auszusprechen zu streichen, denn der Bauer ist absolut nicht in der Lage zu entscheiden, ob eine Krankheit die Gesundheitsfähigkeit des Fleisches auslöscht. Weiter habe ich beantragt, daß kein für ungenießbar befundenes Fleisch gegen **Entgelt** abgegeben wird, und nicht erst die gewerbmäßige Verwendung verboten wird, denn wenn Sie schon die Hauschlachtungen von der Kontrolle ausnehmen wollen, so muß jedenfalls dafür gesorgt werden, daß das im Haus geschlachtete Fleisch nicht noch in andere Kreise dringt. Nur auf diese Weise kann die weitere Verbreitung der Viehseuchen verhindert werden. Für den Fall also, daß Sie den § 2 annehmen wollen, bitte ich Sie, ihn wenigstens in der von mir vorgeschlagenen Weise zu verändern.

Abg. Holz (Sp.):

Die Rede des Herrn Abg. Frese hätte besser in Amerika gehalten werden sollen als hier im Reichstag. (Oho! links.) Herr Wurm möchte die Grenzen womöglich ganz öffnen, dadurch würde die deutsche Landwirtschaft aber vollkommen ruiniert; doch etwas anderes bezweckt ja auch wohl Herr Wurm nicht. — Ich gebe zu, daß, wenn wir den heimischen Markt vorzuziehen wollen, die Produktion eine **rentable** sein muß; das bedingt aber doch nicht, daß sich die Preise steigern müssen. Während die Arbeitslöhne gestiegen sind, sind die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte gesunken. Sie sollten der Landwirtschaft die **kleinen Vorteile** gönnen, die ihr dies Gesetz bietet. Eine erstarke Landwirtschaft wird später spielen ihre Aufgabe erfüllen können, das deutsche Volk ausreichend mit Fleisch zu versorgen. — Bei den Hauschlachtungen liegt absolut kein Grund zur Kontrolle vor. Hier ist Konsumer und Lieferant des Fleisches dieselbe Person. Es ist also ausgeschlossen, daß in böswilliger Absicht ungekündetes Fleisch zum Verzehren gegeben wird. Auch für seine Arbeiter wird der Besitzer natürlich das schlechte Fleisch nicht verwenden. Arbeit ist heute ein so teurer Artikel, daß jeder Unternehmer möglichst darauf bedacht sein muß, sich gute Arbeitkräfte zu erhalten. — Dem Abg. Bach erwidere ich, daß der Besitzer des Tieres viel **besser** in der Lage ist, die Gesundheit seiner Tiere zu beurteilen, als irgend ein Tierarzt. Er hat ja auch das größte Interesse daran, den Genuss von trockenem Fleisch in seinem Haushalt zu verhindern. — Man fürchtet von diesem Gesetz **Repressionen** vom Auslande. In einem ständigen Volk müssen wirtschaftliche Fragen aber aus dem Standpunkt des Volkes des eigenen Landes aus beurteilt werden. Ich hoffe, daß Reichstag und Bundesrat diesem Gesetze ihre Zustimmung erteilen werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann-Hall (född. Sp.):

Bei der Vorlage muß der hygienische Gesichtspunkt in erster Reihe stehen. Hygienische Maßnahmen sind mit Erfahren für den Einzelnen verbunden, die aber getriggen werden müssen. Natürlich müssen die Interessen der Konsumenten, der Zwischenhändler und Produzenten dabei gegenseitig objektiv abgewogen werden. Das ist aber die Regierungsvorlage in ausreichendem Maße. Die Hauschlachtungen müssen ebenso wie die anderen Schlachtungen behandelt werden. Das erfordert die Gesundheit des Volks. Eine Autorität, wie Damman, stellt diese Forderung auch auf und diese Autorität sollte man nicht beiseite schieben, weil man irgend welche Beschäftigungen fürchtet. Die Tierheilkunde hat der Landwirtschaft die größten Dienste geleistet, man sollte also jetzt die Forderungen, die sie aus sanitären Gründen stellt, ernstester Beachtung würdigen.

Abg. Dr. Vielhaben (Antisemit):

Herr v. Bülow sagte in seiner großen Plattenrede, Deutschland lasse sich von keiner fremden Macht auf die Fänge treten. Der Bundesrat wird ja nun Gelegenheits haben, zu betreiben, ob diesen schönen Worten auch Taten folgen sollen. — Deutschland darf sich durch amerikanische Drohungen nicht schrecken lassen. Herr Altdorff fragte, woher der plötzliche Sturm komme, die Beschlüsse seien doch längst bekannt. Er hätte nur offen sagen sollen, wie es sich verhält: als die Juden die Gefahr merkten, gingen sie an zu schreien. — Was die einzelnen Paragraphen anlangt, so bin ich gegen die Kontrolle der Hauschlachtungen. Der Bauerstand ist entwidelt genug, um sich jetzt zu sagen, mein Haus ist meine Welt; darin habe ich allein zu bestimmen. Ich wundere mich, daß gerade die Kreise, die sonst immer für die Freiheit des Einzelnen eintreten, dem Bauer die Freiheit in seinem Hause nicht lassen wollen. — Was den § 40a anlangt, so halte ich die Hebergangszeit für zu lang bemessen und bin der Ansicht, daß auch Speck und Schmalz nicht eingeführt

wenden dürfen. Die Kommissionsbeschlüsse sind jedenfalls das mindeste, was wir verlangen müssen.

Ein **Veränderungsantrag** wird hierauf **angenommen**.

In diesem Augenblick tritt der Reichszentralrat Fürst Hohenlohe den Saal. (Weiterleit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Studt.

Präsident v. Kröcher teilt mit, daß er für den 20. März der Akademie der Wissenschaften den Sitzungssaal zur Feier des **200jährigen Bestehens der Akademie** überlassen hat. — Von der Akademie ist ein Dankschreiben eingegangen.

Die zweite Staatsberatung wird beim Auktus-Stat fortgesetzt. — Die Diskussion über das Gehalt des **Ministers** dauert noch fort.

Abg. Dr. Deumer (natl.) bringt Hebergriffe von katholischen Schulpfektoren im Wahlkreis Duisburg-Essen zur Sprache.

Abg. Dr. Vorsch (C.)

Hält die angeführten Fälle nicht für Beweise für eine intolerante Behandlung. Redner führt Stellen aus einer Rede an, die ein evangelischer Professor für die Plattenvorlage gehalten und in der er davon gesprochen habe, daß die Drohungen des römischen Papstes im Reichstag darüber zu entscheiden hätten, ob Deutschland eine Seemacht werden solle oder nicht.

Abg. Dr. Jazdzewski (Pole)

bezweifelt, daß der Minister mit seiner pädagogischen Methode in Polen Erfolge erzielen werde. Neuerdings werde es den Eltern so gar unmöglich gemacht, ihren Kindern polnischen Unterricht privatim erteilen zu lassen.

Minister Studt weist das Urteil des Vorredners über die Tyrannie der Regierung entschieden zurück. Die Agitation der Polen sei nicht durch die Haltung der Regierung, sondern die Haltung der Regierung durch die Agitation der Polen hervorgerufen worden. (Lachen bei den Polen.) Die Regierung werde vom Boden des Rechts nicht abweichen. Alle schändlichen Maßnahmen sollten vermieden werden. Zum Schluß betont Redner, daß die deutschen Katholiken vor der Polonisierung geschützt werden müßten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

feiert die Verdienste des Ministers Basse um die Volksschule. In der polnischen Fraktion hier saßen Abgeordnete, die die polnische Volksschule auf das tiefste anzusehen verstanden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Abg. Vorsch habe eine Rede des Professors Benschlag eifert, um zu beweisen, daß auch evangelische Seite Intoleranz vorhanden sei. Herr Benschlag habe seine Angriffe nicht gegen den Katholizismus, sondern gegen den Ultramontanismus gerichtet. (Lachen im Centrum.)

Abg. Dr. Vorsch (C.)

Es sei eine alte Fälsch der Nationalliberalen, immer vom Ultramontanismus zu sprechen, wenn der Katholizismus gemeint sei.

Abg. Dr. Barth (fr. Vp.):

Wichtig als die konfessionellen Zankereien ist denn doch der **Fall Kronz**. Ein großer Teil der Rechten verläßt den Saal. Der Minister hat gestern erklärt, er fühle sich nicht veranlaßt, auf die Gründe der Relegation des Dr. Kronz näher einzugehen. Ich bezweifle diese Weigerung um so weniger, als die Gründe ja im Druck vorliegen. Herr Dr. Kronz hat alle diese Aktenstücke ja veröffentlicht. Sie sind außerordentlich interessant und gerade die offizielle Begründung des Urteils des Staatsministeriums giebt Anlaß zu eingehender Behandlung. Ich muß dem Minister angedeihen, daß die Frage der Freiheit der Wissenschaft hierbei keine direkte Rolle spielt. Die lehrmäßige Tätigkeit des Herrn Dr. Kronz ist gar nicht Gegenstand der Prozedur gewesen; das Disziplinargesetz betrifft aber auch das Verhalten der Privatdozenten außerhalb ihres Amtes. Im Falle Kronz aber handelte es sich gar nicht um bestimmte Handlungen außerhalb des Amtes, sondern nur um die Geltendmachung einer bestimmten **politischen Ueberzeugung** und zwar in einer Form, die bei der Fakultät selbst keinen Anstoß erregt hat. (Sehr richtig! links.) Das Urteil erster Instanz stellt Herrn Dr. Kronz ein glänzendes Zeugnis aus; es nennt ihn einen ausgezeichneten jungen Gelehrten und tadelloßen Privatdozenten. Also war auch sein Verhalten außerhalb seines Amtes tadellos. Daran knüpft auch das Urteil des Staatsministeriums an. Es sagt ausdrücklich, daß der Anstoß der Fakultät nicht beigetragen werden könne, wonach die Beibehaltung socialdemokratischer Gesinnung mit dem Amt eines Privatdozenten nicht im Widerspruch stehe, so lange die Grenzen des Tactes und Anstandes in der Agitation nicht verletzt werden. Die Anstoß des Ministeriums ist: Was das Verhalten außerhalb des Amtes auch noch so tadellos sein, trotzdem muß er und zwar mit der höchsten Strafe bestraft werden, weil er welches Vergehen begangen hat? **Das Vergehen, einer bestimmten politischen Partei, der Socialdemokratie, anzugehören, und als anständiger Mensch aus seiner politischen Ueberzeugung sein Gehl zu machen.** (Hört, hört! links.) Dieser Umstand allein genügt. Die Art seiner Agitation hat bei der Beurteilung gar keine Rolle gespielt. Ein offizielles Blatt, der „**Hamb. Korresp.**“, in dem, weil diese Art der Begründung in der weitem Öffentlichkeit starken Bedenken begegnete, mit der Behauptung nachzuhelfen. Herr Dr. Kronz habe nun längst ein Hoch auf die rote internationale, revolutionäre Socialdemokratie ausgesprochen. Herr Dr. Kronz hat diese Behauptung in einer öffentlichen Erklärung als unwahr bezeichnet. Trotzdem wird versucht, diese falsche Auffassung weiter zu verbreiten. Mit um so größerer Schärfe muß hervorgehoben werden: Herr Dr. Kronz ist nur deshalb relegiert worden, weil er sich zur socialdemokratischen Partei rechnet. Ich frage: Ist das Staatsministerium in der That bereit, jemand bloß deshalb aus seinem Amte zu entfernen, weil er Socialdemokrat ist. Wäre Herr Dr. Kronz revociert worden, wenn er einer andern Partei, selbst den Polen, angehörte? Wo ist in uniret Verfahren, wo in uniret gesamten Gelehrtenwelt auch nur eine **einzigste Rechtsnorm vorhanden, die das Ministerium be-rechtigt, einen Socialdemokraten anders zu behandeln, als das Mitglied irgend einer anderen Partei?** (Lebhafter Beifall links.) Es liegt hier eine **totale Verletzung des Hauptgrund-satzes eines Rechtsstaats vor.** (Ernster Beifall links.) Nicht noch Wilt für die einzelnen Bürger behandelt werden, sondern nur auf Grund ausdrücklicher Rechtsnormen. Solche Rechtsnormen sind nicht mehr vorhanden, seit das Socialistengesetz gefaßt ist. **Auch die Socialdemokraten haben einen Anspruch darauf, von der Staatsgewalt unparteiisch behandelt zu werden.** (Bravo! links.) Die Rechte wirkt ein: ja die Socialdemokratie will ihre Ziele gewaltlos erreichen. Auch der Staatsanwalt Essler hat in Disciplinar-verfahren versucht, Herrn Kronz das **Wdhener Manifest** an die Reichshöhe zu hängen. Der Versuch ist aber so vollständig gescheitert, daß später nicht mehr die Rede davon war und auch das Urteil des Staatsministeriums kein Wort davon enthält. Das Staats-ministerium weiß ebenso gut wie wir, daß die Zeiten vorbei sind, wo die Socialdemokratie revolutionären Trümmereien nachging. Die Partei, wie wir sie heute vor uns sehen, hat sich selbst formell dahin ausgesprochen, daß sie ihre **Ziele**, und mögen sie noch so weit gehen, nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern **auf gesetzlichem Wege** erreichen will. Ob die Socialdemokratie ihr Ziel erreichen wird, darüber mag das Urteil verschieden sein. Jedenfalls steht es aber fest, wo sie sich auf gesetzlichen Boden gestellt hat, auch selbst an jedem Ein- und von Recht, einen Angehörigen der Socialdemokratie außerordentlich zu behandeln. Das Urteil wirkt dem Herrn Dr. Kronz vor, die Bestrebungen der Socialdemokratie, die auf den **Umsturz der Rechtsordnung** gerichtet sind, unterstützt und gefördert zu haben. Ja, welche Partei wünscht dem nicht, maßgebenden Einfluß zu erlangen? Hat nicht das

Centrum den Umsturz der Rechtsordnung der Mächtig-gehung angeht? Stürmt nicht der **Bund der Landwirte** gegen die bestehende Rechtsordnung der **Handelsverträge**? (Aufse rechts: Aber Barth! Weiterleit.) Die Socialdemokratie hat gegen ein unfähigeres Programm, als der Bund der Landwirte. Daran kommt es aber nicht an, sondern nur darauf, ob sie gesetz-liche Mittel anwendet. Weil Dr. Kronz Socialdemokrat ist, wird er also für unwürdig erklärt, Privatdozent zu sein. (Sehr wahr! rechts. Weiterleit links.) Diese Stellung hat die philosophische Fakultät nicht eingenommen. Diese Fakultät, der Kröcher angehört, die an wissen-schaftlicher Bedeutung dem Herrn Vorschenerfer doch noch überlegen sein dürften (Weiterleit links), haben Herrn Dr. Kronz für durchaus würdig erklärt, ihr Mitglied zu sein. Sie hat unisono aus-gesprochen: Kronz ist ein Mann von Ehre vom Scheitel bis zur Sohle und durchaus würdig, zu uns zu gehören. Ja die Fakultät hat sogar geklagt, in dieser Beziehung eins zu sein mit den An-schauungen des Staatsministeriums. Erst am 7. Februar 1890 ist sie belehrt worden, daß das Kultusministerium diesen Standpunkt nicht teile. Bis dahin war also das Kultusministerium derselben Ansicht und erst seitdem scheint ein Umschwung eingetreten zu sein. **Das Staatsministerium mußte erst die Fakultät be-lehren, welche Begriffe von Würde sie haben müsse.** (Weiterleit links.) Ich frage mich: Ist auf Grund dieser That-sache nicht eigentlich mehr ein Disziplinarverfahren gegen **famliche Professoren** der philosophischen Fakultät vorzugehen? (Weiterleit.) Wenn sie so wenig über den Begriff „Würde“ orientiert sind, dann haben sie über die Grundanschauungen ihres Staats-lebens eine so unklare Vorstellung, daß konsequenterweise die **ganze Fakultät wegrasiert** werden müßte. (Große Heiterkeit und Beifall links.) Was hier der Socialdemokratie passiert, kann morgen jeder andern Partei passieren. Herr v. Stumm hat es schon längst auf die Antisocialdemokraten Schmolzer, Wagner und Sombart, die „**Wölfe im Schafspelz**“, abgesehen. Schon aus Gründen politischer Opportunität hätte das Urteil unterbleiben müssen, das der Social-demokratie einen **wirklichen politischen Agitator** zugeführt hat. Vorher war Dr. Kronz ein stiller, ruhiger Gelehrter. Ob er jetzt leidet oder nicht, ist für die Erhaltung des Staats sehr gleichgültig. Wie wirkt nun aber dieses kleinliche polizeiliche Mittelchen? **Vor aller Welt wird festgestellt, daß gegen die Socialdemokratie in kleinlicher Verfolgungsweise vor-gegangen wird.** (Bravo! links.) Das muß der Regierung die Sympathien aller rechtlich Denkenden in unserm Vaterlande nehmen. (Bravo! links. Oho! rechts.) Gerechtigkeit geschieht auch dem Gegner. Es ist ein nobile officium des Volksvertreters, sich auch derer an-zunehmen, die nicht zur eignen Partei gehören, wenn sie ungerecht behandelt werden. (Lachen rechts.) Es ist traurig, daß Sie kein Gefühl dafür haben. Wenn dies Gefühl mangelt, der **leidet an einem sittlichen Fehler**. . . (Unterbrechungen rechts. Aufse: Sie sind Sittlichkeit!) Was ist das für eine Manier, in solchem Ton derartige Bemerkungen zu machen! (Lebhafter Beifall links. Ernster Auf rechts: Beden Sie doch nicht so: Sie sind Sittlich-keit!) . . . (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Krause:

Ich bitte, solche Zwischenrufe, die nicht hierher gehören, zu unterlassen.

Abg. Dr. Barth (fortfahrend):

Ich glaube, dem Zwischenrufer einen Liebesdienst zu erweisen, wenn ich es unterlasse, ihm auf seine Verkennung die Antwort zu geben, die er verdient. (Auf rechts: Böbelhaft!) Allmählich hat sich die Socialdemokratie daran gewöhnt, an den positiven Aufgaben des Staatslebens mitzuarbeiten. Das ist ein großer Fortschritt. (Beifall links.) In vielen Kommunen arbeiten die Arbeiter an den städtischen Geschäften mit. Der **socialdemokratische Handelsminister** in Frankreich hat wesentlich dazu bei-getragen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, gegenüber den monarchistischen Umwälzern. (Lachen rechts.) Das Urteil des Bundesrats ist doch nicht ohne Bedeutung. Was soll es von uns denken, wenn in so kleinlicher Weise bei uns vorgegangen wird? Bei uns hat die **ästhetische Feinsichtigkeit** eines ehemaligen Unteroffiziers darüber zu entscheiden, ob ein Bild von Büllin ausgehängen werden darf. Bei uns wird ein ganzes Staats-ministerium gegen einen Dozenten der Pöpsel mobil gemacht. Das mag in einem Duodezstaat passen, das **schiebt sich nicht für Preußen**, das wir als Kulturstaat geschätzt wissen wollen. (Lebhafter Beifall und Handclatschen links. Wiederholtes Zischen rechts.)

Abg. Graf Limburg-Silrum (L.):

Gegen solche Ausfälle, wie sie Dr. Barth gemacht, läßt sich nicht ruhig polemisieren. Er hat uns indirekt sittlichen Mangel vor-geworfen. Solch persönliche Invektiven machen jede sachliche Dis-kussion unmöglich. Der Vergleich der Socialdemokratie mit dem Centrum zur Kulturkampfzeit war doch ganz verfehlt. Ich habe ja auch im Kulturkampf leider zu viel Heiterkeit im Centrum mitgemacht, aber das muß ich doch sagen: Das Centrum hat auch damals nie aufge-hört, eine streng monarchische Partei zu sein. Die Socialdemokratie aber will Religion und Monarchie beiseitigen, und deshalb muß sie **anders behandelt werden**. Ich gebe dem Abg. Barth zu, daß die Social-demokratie augenblicklich mit großer Geschäftigkeit arbeitet, daß sie augenblicklich nur das Mögliche zu erreichen sucht. Aber die Ge-schichte lehrt doch, welche Gefahr gerade in diesem langsamen Vordringen, in dieser Vernichtung aller gegebenen Mittel liegt, um allmählich alle Grundgesetze des Staats und der gesellschaftlichen Ordnung zu untergraben. Wenn die Socialdemokratie sich stark genug fühlt, dann wird sie sich ohne den gesetzlichen Boden behelfen. (Sehr wahr! rechts.) Wenn sich die Socialdemokratie immer stärker organisiert und die Staatsgewalt immer schwächer wird, bis schließ-lich etwa Herr Dr. Barth Minister ist, dann wird sie ihm den Dank dafür dadurch erstatten, daß sie **ihn aufhängt** und sich an seine Stelle setzt. (Weiterleit und Beifall rechts.) Die Staatsregierung hat im Fall Kronz ganz recht getan. Sie hat offen proklamiert, daß ein Mann, der sich zur Socialdemokratie be-kennt, nicht würdig ist, Beamter zu sein, daß es ein Unrecht gegen Staat und Vaterland ist, Beamter zu sein. (Bravo! rechts.) Leider wird diese Milderung zu bewahren Grundgesetze nicht von allen Vertretern der Staatsregierung geteilt. **Wenn man den Grundfals aufstellt, die Socialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung, so kann ich das nur bedauern.** Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn man solche Reden wie die des Dr. Barth hört. (Beifall rechts.) Opportunitätsrücksichten sind Gründe einer schwachen Regierung. Es ist ganz gleichgültig, ob die Socialdemokratie einen Agitator mehr bekommt. **Bei der Socialdemokratie sind so viel geschme und kluge Leute, daß es auf einen mehr nicht ankommt.** Die Politik ist falsch, die Socialdemokratie als gleichberechtigte Partei zu behandeln. So wird man nicht mit ihr fertig. Das kann nur geschehen, wenn erstens die arbeitende Klasse zufrieden gestellt und zweitens der Socialdemokratie vom Staate energisch entgegengetreten wird. (Bravo! rechts.) Ich freue mich, daß im Fall Kronz die Staatsregierung die principiell richtige Lösung gefunden hat. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Schaube (L.):

Meine Partei stimmt mit dem Herrn Vorredner durchaus überein. Herr Dr. Barth ist auf dem besten Wege, ins Lager der Social-demokratie überzugehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Herr v. Jedlich (freil.):

Dr. Kronz ist nicht nur wegen seiner socialdemokratischen Ge-sinnung, sondern wegen seiner socialdemokratischen Agitation relegiert worden. Das Staatsministerium ist in seinem Urteil nur den Grundgesetzen des höchsten preussischen Verwaltungsgerichtshofes, des Ober-Verwaltungsgerichtshofes, gefolgt, das in konstanter Rechtsprechung anerkannt hat, daß jede außerordentliche Tätigkeit zu Gunsten der Socialdemokratie einen Beamten unwürdig zu machen, sein Amt weiter zu bekleiden. (Sehr richtig! rechts.) Herabgesetzt kann sich die philosophische Fakultät nicht fühlen, denn dazu sind eben die höheren Instanzen da, um Irrtümer der unteren zu korrigieren. Den spießbürgerlichen Optimismus des Dr. Barth

Aber die Socialdemokratie darf die Regierung nicht teilen. Gerade dieser Optimismus der Linken hat die Socialdemokratie groß gemacht. (Bravo! rechts.)

Nach weiteren unwesentlichen Ausführungen schließt die Diskussion. Der Titel: Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Die Fortsetzung der Beratung wird sodann auf Freitag, 11 Uhr, verlegt. Schluss 4 1/2 Uhr.

Verfassungen.

In vier gut besuchten Versammlungen nahmen die Tapezierer zu der Frage: Wann stellen wir unsere Forderungen? Stellung. In diesem Saal, der überfüllt war, referierte B. L. In kräftigen Zügen berichtete er über den Gang der eingeleiteten Bewegung. Es gilt jetzt, den Zeitpunkt zu ergreifen. Ein Zurück giebt nicht mehr. Aufgabe der Tapezierer muß es sein, rasch und sicher zu handeln. Kurz und treffend schilderte er die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Die Steigerung der Steuern, der Lebensmittel-

preise usw., alles dieses steht gar nicht mehr im Einklang mit unseren Löhnen. Es ist nunmehr an der Zeit, endlich einmal andre, bessere Verhältnisse zu schaffen. Bereits fangen die Unternehmer an, die Vertrauensleute des Verbandes zu mahregeln, wohl wissend, daß die Tapezierer einen Kampf wie den jetzigen noch nicht gehabt haben, aber wir wissen auch, was für uns bei diesem Kampf auf dem Spiel steht. Nebenbei muß nunmehr, daß am Donnerstag nachfolgende Forderungen, welche in der Resolution niedergelegt sind, den Unternehmern zu unterbreiten sind, und wo dieselben nicht bewilligt werden, ist am Sonnabend die Arbeit niederzulegen und Montag früh nicht mehr anzufangen. (Lebhafte Beifall.) Die Forderungen sind folgende:

1. Minimalstundenlohn 60 Pf.
2. Erhöhung sämtlicher Accordpreise um 20 Proz.
3. Sonnabend und Montag eine Stunde früher Feierabend.
4. Abschaffung der Überstunden, eventuell pro Stunde ein Zuschlag von 20 Pf. sowohl für Lohn- als Accord-Arbeiter.
5. Die Werkstatt muß jeden Tag ausgefegt und jede Woche einmal nah gereinigt werden. Ebenfalls ist für Waschanlagen und Hand-

tücher zu sorgen. 6. Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Gehilfen, welche jetzt schon zu höheren Lohnsätzen arbeiten, dürfen durch diese Preisniedrigerungen keinen Lohnausfall erleiden.

Die Diskussion wurde im Sinn des Beschlusses geführt und die Resolution einstimmig angenommen.

In Westen bei Jähle referierte Leo Schmidt vor einer starkbesetzten Versammlung im Sinne der Resolution. Auch hier wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

In der Norddeutschen Bauerei referierte Wöhrle und in den Sprechsaal in Charlottenburg Ebner. Auch hier wurde der Resolution zugestimmt.

Niddorf. Hier tagte am 7. d. M. eine Versammlung, die sich mit der Petition des Arbeitervereins zur Novelle des Unfallversicherungs-Gesetzes einverstanden erklärte. Es folgte dann ein Bericht über den Tischlerstreik, dem die Versammlung ihre Unterstützung zusagte. Ebenso wurde von einem ausständigen Richter bei der Willkühr in Niddorf erwidert, auch diese Ausständigen zu unterstützen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 9. März.
Cyberhaus. VIII. Sinfonie-Abend der 1. Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Probenlandbat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Aulaf XI. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Amphitruon. Lotentanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Ein Aeltergeheimnis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Macbeth. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die schöne Galathee. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Zur Himmelfahrt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Die Dame von Raym. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Drei Paar Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Dufel Cohn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vasage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Schuw“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Macbeth. Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespears.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Sonnabend nachmitt. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.

Central-Theater

Direktion: José Ferracry.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe. (La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturgh. Musik von G. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntagnachmittag 4 Uhr zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.** Von C. Blücher.

Carl Weiss-Theater

Dr. Frankfurterstr. 132.
Von Stufe zu Stufe.
Anfang 8 Uhr.
Vorgeschichte haben Gültigkeit.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: **Beste Kinder-Vorstellung.**

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel Emil Richard.
Novität:
Die Reise nach Amerika
Sollstich
mit Gesang in 5 Akten v. A. Philipp.
Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: **Kiesenschlagerfolg!**
Im Himmelfahrt.
Thomas, Eichelberg, Heimerding, Junfermann, Baumüller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Im Himmelfahrt.**

Cirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit!
Heute Freitag, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr: **Humorisch-Gala-Abend.**
Wort: „Große Heiterkeit.“
Zum 120. Male: **Die Camorra.**
Auerb.: Kinne u. Kautzberg Reiten.
50 R. Bahn. Die Wagners-Troupe, Gitter-Krönchen. Der Graf A. Schmetters-Lingsänger.

Neue Freie Volksbühne

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die bereits wieder abgelegte

Opern-Vorstellung

besonderer Umstände halber dennoch stattfinden

Sonntag, 11. März, nachm. 2 1/2 Uhr,

Theater des Westens, Kantstr. 12.

Der Troubadour.

Oper in 5 Akten von Verdi.
Billet a 1 M. (auch für Nichtmitglieder), nur gute Plätze (3. Rang ausgeschlossen), sind in folgenden Zahlstellen zu haben:

Norden: E. Schmidt, West, Treddowit. 22. Lühr, Adstr. 38 II.
Nordost: W. Schroll, Bräuer, Landwehrstr. 3. H. Neff, Georgenstraße 24a I.
Nordwest: Herm. Becker, Gohlisstr. 9. Westen: Arndt, Seemannstr. 57 II. Südwest: C. Wering, Joffenstr. 32. J. Pech, Mühlstr. 129 (Schuhplattler). Süden: H. Bobbin, Kommandantenstr. 62. Südost: Th. Stampel, Rortonnenstr. 20. H. Köhn, Reß, Raunaystr. 83. H. Kaufhold, Brangelstr. 52. Osten: Aug. Bölske, Reß, Rübendörferstraße 18 (Wde der Roppenstraße).
Ebenfalls da sind einige 3. Rang (Sitzplätze) zum Preise von 50 Pf. zu haben.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra
und
8 erstklassige Specialitäten.
Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10-2 Uhr im Theater sowie beim „Invalidentank“ und „Künstlertank“.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr 30:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen
Weiber-Parade.
Vorher: Das große März-Specialitäten-Programm:
The 8 Diamonds,
Deltorelli Trio, Fred Gillet,
Sandor Trio, Georg Kaiser,
The Dayton, Mary Wolf
u. c.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen 7 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 9. März, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Ganz ergrauttes Programm.
Neu! Neu! u. a.: Neu!
Der phänomenale Reichtümer
Mister Wilkes Loyd,
der Beste der Gegenwart.
Neu! Neu!
? The two Martinecks ?
Die neuesten anerkannt
unvergleichlich besten Original-
Dressuren des Dir. Ad. Schumann.
Zum Schluss zum 35. Male:

Dr. Faust.

Eine romantisch-phantastische Handlung
in drei Akten von Goethe
bearbeitet A. Stoms.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm.
3 1/2 Uhr: Im Weihnachtsbazar. Abends
7 1/2 Uhr: Dr. Faust. Nachm. 1 Kind frei.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 10.
Der jüngste Lieutenant.
Vollst. mit Gesang in 3 Akten
v. Jacobson. Musik v. Lehndardt.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Passage-Panopticum.

Gedöfnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Täglich:
* Theater variété. *
Auftreten des
indischen Fakirs
Kalakutta
- und des Zauberkünstlers -
Mr. Jérôme.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang: 8 Uhr.
Wochentag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Hirschfleisch

25, 30, 40 Pf.
Blatt 50 Pf.
Reintier, Kaninchen, Gänse, Hühner,
Enten, Tauben, Schneehühner 1,25.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Achtung, Vertrauensleute!
Die Konferenz für den Norden findet Sonnabend, den 10. März nicht statt.
Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der **Heizungsmonteur, Rohrleger und Helfer**
in Feuersteins Salon, Alte Jakobstraße 70.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Friedrich Schlegel** über: „Unternehmer-Berände und Arbeiter-Organisationen.“ 2. Diskussion. 3. Berichts-Angelegenheiten. 111/8
Neue Zahlstellen sind errichtet worden bei **Gleimert, Schüller, 29; Tolksdorf, Götterstr. 23; Trabert, Königs-Wasserbau, Kottbuserstr. 10.** - Die Zahlstelle in **Tempelhof** befindet sich jetzt bei **Rogale, Berlinstr. 101.** Die Zahlstelle bei **Grundmann, Raunaystr. 78**, ist aufgehoben.
Die Ortsverwaltung.
Produktiv- und Einkaufs-
„Vorant“ Genossenschaft für Radfahrer.
Montag, den 12. März, abends 9 Uhr:
Monats-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. [900/2

Am 6. d. Mts. hat mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schneidermeister 27808

Hermann Effner.

Beeridigung: Sonntag, den 11. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Begräbnisplatzes der Freiwilligen Gemeinde (Pappel-Allee).
Klara Effner nebst Kindern.

Kranen-Unterstützungsbund der Schneider.

Unter Mitglied
Hermann Effner
ist am 6. März verstorben. Die Beeridigung findet am Sonntag, den 11., nachmittags 3 Uhr auf dem Begräbnisplatz der Freiwilligen Gemeinde (Pappel-Allee) statt.
186/6 Die Ortsverwaltung.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Freitag, den 9., und Sonnabend, den 10. März:
Wegen Vereins-Festlichkeit geschlossen!
Sonntag und folgende Tage: **Große Spezialitäten-Vorstellung.** Nur erstklassige Künstler!
Neu! **James Kapell.** Neu! elektr. musikalische Demonstration. Um 8 1/2 Uhr: **Winfiler und Fröbel** in der hochdramatischen Gesangsduette **Der seltsame Zwiebelmann.** Anfang 7 1/2 Uhr. Konzert 6 1/2 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Freitag und Sonnabend:
Keine Soiree.
Sonntag, den 11. März:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Präsident Kröger
(neu bearbeitet).
Sorgfältiges Programm.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.

Frauenleiden

heißt mit vorzähl. Erfolge
Frau Grundmann,
prakt. Naturheilkundige. - Sprechst. im Frauenheilkreis
Köpnickerstr. 72, Brückentstraße
Dienstags u. Freitags 10-7 u. Charlottenb. Naturheilkundl. Berlinerstr. 40. (Nähe Rote) täglich 8-10, 3-5. [38492]
Konsultation mit Untersuchung 1,50.

Prima Schnitzel

a Pfd. 1 Mark,
Lieser a Pfund 45 Pf.
Liebsch, Prinzenstr. 25.

Charlottenburg.

H. Schmerberg (34078)
Wilmersdorfer-Str. 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Oberländer werden schmerzlos getauscht.

Wasserkloß-Schuhe u. Stiefel

verleiht **Neumann, Wrangelstr. 77, früher Sorauerstr. 25.**

Centralverband d. Zimmerer Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, in Reckers Festsaal (oberer Saal), Köpenickerstr. 20:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag über: Die Bedeutung der Frau in der Arbeiterbewegung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensitzen.**
Gäste, Damen und Herren, sind willkommen.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Ausserordenliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Antrag **Powack** auf Unterstützung der freitenden Tischler aus der Vereinskasse. 2. Abrechnung vom Rosenball. 3. Unterstützungs-gesuch und Vereinsangelegenheiten. 198/5
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Verband der Sattler, Tapezierer und verwandten Berufsgenossen. (Filiale Berlin I.)

Sonnabend, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Rohstraße 3:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Beiträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Verschiedenes.
Filiale II. **Treibriemen-Sattler.**
Sonnabend, den 10. März, abends 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
156/17
Tagesordnung:
1. Verbands-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Filiale III. Täschner und Kofferarbeiter.

Dienstag, den 13. März, abends 9 Uhr, bei Roll, Wabertstraße
Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.
Filiale IV. **Militär-Sattler.**
Sonnabend, den 10. März, abends 9 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Beiträge zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Die Vorstände.

Gr. Streich-Konzert,

ausgeführt von einer 20 Mann starken Kapelle unter Leitung ihres Dirigenten **Herrn W. Gutmann.**
Veranstaltet zu Ehren der anlässlich der Generalversammlung in Berlin anwesenden Delegierten.
Abgehalten im
großen Saale des neuen Gewerkschaftshauses, Engel-Nier 15.
Festrede, gehalten v. Reichstags-Abgeordneten J. Auer.
Gesangsvorträge des Gesangsvereins der Sattler.
Nach dem Konzert: **Gr. Ball.** Eintritt 30 Pf.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang des Konzerts 6 Uhr.
Programme an der Kontrolle gratis.
Das Komitee.

Accumulatoren- und Elektricitäts-Werke-Aktiengesellschaft

vormalig W. A. Boese & Co.
3. ordentliche General-Versammlung.
Wir beehren uns hiermit, unsere Aktionäre zu der
Sonnabend, den 7. April er., vormittags 10 Uhr,
im Sitzungssaal der Gesellschaft hier Köpnickerstraße 154 stattfindenden
3. ordentlichen General-Versammlung ergebenst einzuladen.
Gegenstände der Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstands nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz, sowie des Prüfungsberichts des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und Gewinnverteilung.
3. Erteilung der Entlassung an Aufsichtsrat und Vorstand.
Die Aktionäre, welche in der General-Versammlung das Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Couponbogen spätestens am letzten Tage vor dem Versammlungstage
in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft, oder bei einem deutschen Notar, oder bei einer der nachbenannten Stellen:
in Berlin bei der **Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.,**
in Berlin bei dem Bankhause von **Koenen & Co.,**
in Frankfurt a. M. bei der **Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co.,**
Kommandite Frankfurt a. M.,
in Frankfurt a. M. bei der **Pfälzischen Bank,**
in Frankfurt a. M. bei der **Bank für industrielle Unternehmungen,**
in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause **Bass & Herz**
zu hinterlegen.
Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche bis zum dritten Tage vor dem Versammlungstage an obigen Stellen auf Grund der bei diesem oder beim Notar erfolgten Hinterlegung verabfolgt werden.
Berlin, den 8. März 1900.
Direktion der Accumulatoren- und Elektricitäts-Werke-
Aktiengesellschaft vorm. W. A. Boese & Co.
E. Bartsfeld. K. Kunze.

Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, in Duarg's Festsaal, Grand Hotel Alexanderplatz (Eingang Alexanderstr. 46-48): Außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke, Sonnabend, den 10. März 1900: 12. Stiftungs-Fest des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Für Dampfpartien und Ausflüge! „Zum Sporthaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen. Neu eröffnet! Gänzlich renoviert! Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferiege, Seetee und Gesellschaften bitte recht zeitig anmelden.

Natur-Heilverfahren. Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. R. Wagner, Ballstraße 23.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Blasen- und Hornleiden ohne Berufshörung. Sprechstunden 9-2, 5-9.

Über 2000 Stück Hinterschinken a Pfund 75 Pf. Extrafine Ware offeriert 3790L. I. A. Partenheimer, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 19a. Rollschinken a Pfund 70, 80 und 90 Pf. Plenie-Vorderschinken a Pfund 55 Pf.

Falbe, 44, Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Berufshörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends.

Nur 4 Mark. Reihe, sehr groß zu Knabenanzügen, Stelle zu Herrenanzügen, schöne Muster, 7-10 Mark. Für 10 Mark 8. Chevrolet, auch Naumanganzüge, Balletanzüge, Spitzenrock, so lange der Vorrat reicht im Kleiderkostlager.

Oscar Arnold, Hut-Engroslager nur Dresdenerstr. 116. Herrenhüte, weib. ... 1.50 2.- 2.50 3.- 3.50 4.- Mk. ... Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Hutlager 3,45 A. Rosenblum 3,45. Eröffnung der 8. Filiale Spandauer Brücke 6 am Sandeichen Markt. Erste Filiale: Friedrichstraße 91/92. Masken-Garderobe. Große Auswahl. Billigste Preise. Verein Preisermäßigung. Fr. Panknin, Cranienstraße Nr. 178 II. Halberstraße 91, Ecke Cranienstraße.

Arbeiten Sie nur bei echtem Auerlicht und lassen Sie durch unser Personal das Nachsehen und Reinigen der Apparate besorgen, dann werden Sie sich nicht mehr über schlechte Beleuchtung beklagen. Fördern Sie Prospekte. Auergesellschaft, C., Wolkenmarkt 5.

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Restauration im SO. Frankfeld... Möbel, Bar und Zeitungsraum... Betten, Steppdecken... Remontierarbeiten... Teppiche... Kautschukhülle und Weichlein...

Borjährlige elegante Herren... Fahrrad verkauft Groß, Räderstraße 12... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Kanarienhähne, edle Buchweizen... Gute Betten... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Elektrotechnik... Augustabad... Pfandheine... Hüten repariert... Buchbinder-Arbeit... Vereinstimmer... 12 Vereine...

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Farbmalerei... Stanzerei... Formverleiher... Grundriß... Klavierlehrer... Metallarbeiter... Fleischer... Lehmädchen...

Lehmädchen... Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehoben... Tischlergesellen... Säbentische Endarbeit... Laeksieder, Oel- und Spritlackfabrikation...

Zur heutigen Stichwahl!

Heute Freitag findet im 44. Kommunal-Wahlbezirk die Stichwahl zwischen unserm Parteigenossen Theodor Glode und dem bürgerlichen Wählermeister Wolf statt. Es ist bekannt, welche ganz besondere Bedeutung diese Wahl hat, es ist bekannt, daß die Antisemiten nicht ohne Grund ihre Hoffnung auf die Selbstentmannung der mieterparteilichen und freisinnigen Wähler setzen. Die eigentümlichen Verhältnisse im 44. Wahlbezirk kennzeichnen sich in dem Zwang, der auf alle Wähler ausgeübt wird, die man für Wolf zu gewinnen trachtet, sie treten ferner darin hervor, daß der zur Rede und Gegenrede in öffentlicher Versammlung unfähige Herr Wolf in intensiver Hausagitation die Wähler zu beeinflussen sucht. Diese immerhin wirkungsvolle Agitation erfordert umfassende Maßnahmen von unserer Seite. Sie erfordert zunächst, daß unsere Parteigenossen im Wahlbezirk selber mit vollem Eifer sich der Agitation widmen; vor allem wollen daher die Parteigenossen, welche als Geschäftsleute u. a. abkömmlich sind, sich Freitag früh 8 Uhr bei Pfarr, Pultitzstr. 10, dem Central-Wahlkomitee zur Verfügung stellen. Aber auch die Hilfe der nicht im Bezirk wohnenden Genossen ist notwendig, wenn das Mandat der Reaktion entrissen werden soll. Thue daher jede seine Pflicht. Das Central-Wahlkomitee befindet sich beim Genossen J. Pfarr, Pultitzstr. 10.

Die Wahl findet statt im „Artushof“, Perlebergerstr. 26. Die Wahlhandlung dauert von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. Das Wahlkomitee.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans begrüßte zunächst den Beisitzer Stadtv. Seibert feierlich zu seinem 70jährigen Jubiläum als Stadtverordneter.

Es sind wiederum einige Ausschüsse eingesetzt worden. Zunächst berichtet Stadtv. Friedemann über die folgende Petition.

Der frühere Straßenreinigungsarbeiter Hermann Wöttcher, Wartenburgstr. 27, jetzt 50 Jahre alt, 24 Jahre lang im Dienst der Feuerwehre und der Straßenreinigung, bezieht seit 1898 als dauernd krank eine laufende Unterstützung von 500 M. Er hat 39 Wochen lang von der Krankenkasse der städtischen Straßenreinigung Krankengeld erhalten und ist dann statutenmäßig von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden. Gegen diesen Ausschluß ist seine Beschwerde gerichtet. Der Petitionsausschuß hatte schon im November v. J. Uebergang zur Tagesordnung beantragt; es wurde jedoch Bericht erstattung verlangt, und so hat sich der Ausschuß nochmals mit der Sache zu beschäftigen gehabt. Im Ausschuß ist ein Antrag auf Ueberweisung zur Verlesung abgelehnt, und der Ausschußantrag geht nun dahin, die Petition dem Magistrat zur Verfügung zu überweisen, wonach der Magistrat in eine nochmalige Erwägung einzutreten hätte.

Für den Ausschlußantrag tritt aus der Versammlung nur Stadtv. Rosenow ein, wogegen die Stadtv. Rentel und Wallach den Uebergang zur Tagesordnung empfehlen.

Mit schwacher Mehrheit wird der Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Darauf beginnt die Specialberatung des Stadthaushalts-Etats für 1900 an der Hand der Berichte des Etatsausschusses.

Die Special-Etats-Grundstücke in der Stadt, Ländliche Grundstücke, Mietsgrundstücke, Kallsteinbruch zu Müdersdorf, Berechtigungen, Landstammenschule, Blindenanstalt, Fortbildungs-Unterrichtswesen, werden vom Referenten Stadtv. Rommjen zur unveränderten Feststellung nach dem vorgelegten Entwurf empfohlen.

Ueber die Etats der Krankenhäuser usw. berichtet Stadtv. Kallisch. Zu denselben liegen folgende Anträge der Stadtv. Singer und Genossen vor:

- 1. Die Veranlagung erlaubt den Magistrat, die Verpflegungssätze in den städtischen Krankenhäusern wieder auf 2 M. pro Tag für Erwachsene und 1,50 M. pro Tag für Kinder herabzusetzen;
2. die Veranlagung erlaubt mit Rücksicht auf die alljährlich wiederkehrende Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser den Magistrat um Einbringung einer Vorlage, durch welche die Beschaffung geeigneter Räume zur Unterbringung erkrankter Personen sicher gestellt werden soll.

Stadtv. Dr. Freudenberg: Ich empfehle beide Anträge dringend zur Annahme. Vor 3 Wochen erklärte der Magistrat, die bekannten alarmierenden Zeitungsnachrichten seien durchaus unberechtigt gewesen. Es ist inzwischen regelmäßig den Zeitungen ein Bericht über die freien Plätze zugegangen. Trotzdem hat sich die allgemeine Meinungsbildung nicht in vollem Maße gelegt. (Rufen, Rufe: Ansturm!) Wären die Zeitungen übrigens etwas mehr orientiert gewesen, so hätten sie die Sache wohl noch mit größerem Nachdruck verfolgt. Die städtische Verwaltung hätte den Mangel an Betten bezüglichen ausgleichen müssen. Aber erst 1897 ist der erste Schritt in dieser Beziehung geschehen durch die Eröffnung des Gipsstrassen-Krankenhauses. In den Krankenhäusern am Urban, Friedrichshain und Moabit findet die Entlassung morgens 8 Uhr statt, so daß morgens 9 Uhr der Rettungsgesellschaft schon hätten authentische Zahlen zur Verfügung gestellt werden können; wenn sie also den Bescheid bekam, es seien keine Betten frei, so sind eben auch keine frei gewesen. Die Mitteilungen des Stadtrats Rallisch entsprechen also in diesem Punkte nicht den Tatsachen. Die Zurückweisung hat sich auch nicht bloß auf „leichte“ Fälle erstreckt. Galtten Sie Hautkrankheiten für leichte Fälle? Gerade wenn ein Hautkranker die Krankenhauspflege in Anspruch nimmt, ist aller Grund vorhanden, seinem Ersuchen zu entsprechen. Der Stadtrat weigerte sich damals auch gewissermaßen, die beiden Pavillons im Friedrichshain sofort in Benutzung nehmen zu lassen; er wollte lieber noch Betten in die Säle einschleusen. Das Krankenhaus Moabit steht schon bei normalen Zeiten bezüglich des Normalraums für ein Krankentbett nicht mehr auf der Höhe der heutigen Hygiene. Ein Arzt aus einem städtischen Krankenhaus hat den Ausdruck gethan: Wie sind ja jetzt die reinen Kaufschmeißer geworden! (Große Lärme.) Mit dem Einschleusen von Betten wäre also nichts gelhan. Unsere ersten Anträge haben wir jetzt ohne Zeitbeschränkung erneuert. Die Schlußfrist der Erhöhung der Krankenhausbudgets hat seiner Zeit Herr Dr. Reumann ganz vorzüglich auseinandergesetzt. Ich weise außerdem auf die trefflichen Ausführungen hin, welche der Oberbürgermeister von Charlottenburg bei der Verhandlung über die gleiche Angelegenheit gemacht hat; ich stelle endlich fest, daß der Kranke, der nicht gleich zahlen kann, das Wahlrecht noch 7 Monate länger verliert als es bisher der Fall war. Die Krankentassen erfahren durch die Erhöhung eine Mehrbelastung von 350.000 M. oder 80 Pf. pro Kopf; und gerade die am schlechtesten dastehenden Klassen werden durch die Maßregel am stärksten betroffen, sie müssen die Beiträge erhöhen. Die Stadt hat doch kein Interesse daran, diese schon notleidenden Klassen noch weiter zu schädigen. Die Schädigung der Klassen bedeutet eine Schwächung der Stadt, denn sie bewirkt, daß die Klassen sich mit der Mindestleistung begnügen müssen, die Unterstützung nur 18 Wochen zahlen können und die Kranken, wenn ihre Krankheit länger dauert, der städtischen Armenpflege verfallen lassen müssen. — Durchaus ungenügend ist die Art der Bekanntmachung wichtiger Veränderungen in den Berliner Krankenhäusern. Die Ärzte, aber auch die ganze Bevölkerung haben darunter zu leiden. Ärzte haben die

städtischen Krankenhäuser Geistesranke vorübergehend aufgenommen; daß diese Bestimmung aufgehoben ist, ist nicht bekannt gemacht worden, ebensowenig, daß die Diphtheriestation am Urban während des Umbaus dieses Krankenhauses geschlossen ist.

Stadtrat Straßmann: Die Erhöhung der Kranken-Verpflegungssätze ist veranlaßt worden, um der Ueberfüllung der Krankenhäuser nach Erhöhung der Sätze in der Charité entgegenzuarbeiten. Die Reduktion der Betten in der Charité geschieht nur allmählich. Solange leichte Fälle da sind, müßte sie zu Gunsten der schwereren zurückgewiesen werden. Die Pavillons sind bisher nicht gebraucht worden und es sind auch keine Betten eingeschoben worden, weil es bisher nicht nötig war. Auf bessere Bekanntheit der Verordnungen an die Ärzte kann ja vielleicht Rücksicht genommen werden. Im Urban und im Friedrichshain besteht noch eine Zelle für eine halbtägige oder nächtliche Unterkunft von Geisteskranken. Selbstverständlich kann während des Umbaus des Diphtheriepavillons keine Aufnahme Diphtheriekranker stattfinden. Es wäre ganz unzumutbar gewesen, Privathäuser für Kranke einzurichten, und wir werden auch in Zukunft nicht darauf eingehen.

Stadtv. Freudenberg: Wir wollen gar nicht, daß Mieträume für diesen Zweck genommen werden. Seit 16 Jahren geht diese Frage im Winter durch die Wälder, hat doch Stadtrat Rallisch ausdrücklich erklärt. Wir stellen jetzt schon den Antrag, damit die Verwaltung nicht im kommenden Winter wieder sagen kann, sie könne kein Krankenhaus aus der Erde stampfen. Die ganze Wauzeit des Krankenhauses Moabit hat drei Monate gedauert. Es ist auch nicht wünschenswert, wenn Diphtheriekranker lange Spazierfahrten durch die ganze Stadt machen müssen. Die Reduktion der Betten in der Charité ist ganz plötzlich erfolgt von 1856 auf 1454. Hätte die Stadt die Erhöhung nicht mitgemacht, dann wären die Privat-Krankenhäuser nicht gefolgt, und dann hätte die Charité schon mit Rücksicht auf ihren Lehrzweck wieder zurücktreten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent bestreitet die Richtigkeit der tatsächlichen Angaben des Dr. Freudenberg; die Kranken würden nicht morgens 8 Uhr, sondern erst nach der Visite des Arztes entlassen.

Beide Anträge werden abgelehnt, die Etats der Krankenhäuser Friedrichshain, Moabit, Urban und Gipsstrassenstraße unverändert genehmigt.

Die Etats für die Jren- und Jdotenanstalt in Dalldorf, für die Jrenanstalt Herzberge, für die Anstalt für Epileptische „Waldgarten“ bei Niedersorf werden ohne Debatte genehmigt, desgleichen der Etat der Bade-Anstalten, wobei die Resolution angenommen wird, den Magistrat zu ersuchen, schleunigt auf die Errichtung einer Volks-Bade-Anstalt im Stadtteil Wedding Bedacht zu nehmen.

Um Etat für die Desinfektionsanstalt in der Reichendergstraße liegt der Antrag Singer vor:

Den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, nach welcher künftig die Desinfektion in allen den Fällen unentgeltlich sein soll, in welchen sie ärztlicherseits für notwendig erklärt wird.

Stadtrat Straßmann: Der Antrag hat nur Berechtigung, wenn er zur Entlastung der minderbegüterten Bevölkerung führen soll. 63 Proz. aller Kosten werden schon jetzt niedergezahlt; den Wohlhabenden brauchen wir ein solches Benefizium, wobei wir immer noch 150.000 M. zuzulegen, nicht zu teil werden zu lassen. Das Krankenzimmer wird unentgeltlich desinfiziert.

Stadtv. Dr. Freudenberg: Es wird bei uns in Berlin fast nur bei Diphtherie desinfiziert, wo eben der Zwang entscheidet. Bei Scharlach, Masern usw. scheint so gut wie gar nicht desinfiziert zu werden. Nach dem Etat sollen von 75 Beamten der Anstalt 27 Lohnzulagen erhalten, durchschnittlich 30 M. Das ist doch keineswegs sehr opulent. Die Wagensfahrten, welche die Leute machen müssen, sind auch nicht zu den Lichtseiten ihres Berufs zu rechnen, und sie müssen warten, bis der Wagen sie abholt. Liegen sich nicht Fahrräder und Automobile hier in Dienst stellen? Der Posten von 22.000 M. für die Zufuhrkosten macht den achten Teil der Gesamtausgaben aus.

Stadtrat Straßmann: Die Desinfektoren haben von 9-3 Uhr Dienst, worin die Hin- und Rückfahrt eingerechnet sind. Die Leute bekommen 3,50 M. täglich, und der Satz steigt bis 3,85 M. (Weiterer Ruf: Ungehauer!); sie bekommen auch die Sonntage bezahlt und haben Dienstkleidung. Sie haben keine leichte Arbeit, werden aber auch entsprechend belohnt (Rufe: na ja).

Stadtv. Friedemann: Es ist doch anzunehmen, daß der Zwang der Begleichung häufig dahin führt, daß eine im Interesse der Allgemeinheit wünschenswerte Desinfektion unterbleibt. Aus diesem Grunde stimme ich für den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt, der Etat der Desinfektionsanstalt unverändert genehmigt.

Ueber die Etats des Arbeitshauses in Rummelsburg, des Städtischen Obdachs, der Heimstätten referiert Stadtv. Friederici.

Dazu ist der Antrag Singer gestellt:

Den Magistrat zu ersuchen, schon für diesen Sommer Vorfrage dahin zu treffen, daß während der warmen Jahreszeit eine dem starken Andrang der Patienten entsprechende stärkere Belegung der Heimstätten stattfinden kann.

Stadtv. Freudenberg: Den 6-7000 Plätzen in unsern Krankenhäusern stehen nur 270 Plätze für Gemeinde in den Heimstätten gegenüber, eine durchaus ungenügende Zahl. Die Patienten müssen ganz unverhältnismäßig lange auf Aufnahme warten, in manchen Fällen bis zu einem Vierteljahr. (Hört, hört!) Da muß Abhilfe geschafft werden. Ueber die Heimstätten in Warschau ist in der Presse Klage geführt worden. Es soll dort eine Ausnahmslage entstanden sein und daher rühren, daß für täglich auszubehende 40 Patienten nur 10 Betten vorhanden sind. Ferner soll die Oberinwester der Heimstätte einem Kranken wegen ungebührlichen Betragens die Milch entzogen haben.

Stadtrat Straßmann: Heinersdorf und Wankenburg sind niemals überfüllt gewesen. Die Jungenheimstätten werden demnach nicht in den Blick genommen, und dieser soll baldigst eine in Gütergog folgen. In Warschau wird von jetzt an jeder Kranke seinen eigenen Bademantel haben. Daß die Entziehung der Milch, welche nach dem Abendbrot zur freien Verfügung steht, sowie Entziehung von Nahrungsmitteln als Strafe nicht mehr Platz greifen darf, habe ich verfügt.

Auch dieser Antrag Singer wird abgelehnt.

Stadtv. Rosenow beantragt, den Magistrat zu ersuchen, in das Extra-Ordinarium des Etats der Park- und Gartenverwaltung 1000 M. zur Instandsetzung des Märgelassen-Friedhofs im Friedrichshain mit gärtnerischem Schmuck einzusetzen. Im Ausschuß habe man den Antrag abgelehnt, der Magistrat habe sich auf den Dispositionsfonds zurückgezogen und wolle sich erst den Zustand des Friedhofs näher ansehen. Man könne aber einen leisen Zweifel nicht unterdrücken, daß der Magistrat eventuell zu dem Resultate kommen werde, daß überhaupt nichts geschehen soll. Es handle sich hier trotz alledem um eine Ehrensache der Märgelassen!

Stadtrat Wielenz: Der Friedhof befindet sich keineswegs in einem desastrierten Zustande, und es ist vielmehr über die üblichen 400 M. in Etat nichts mehr erforderlich. Vielleicht bedarf es überhaupt keiner besonderen Anlage. (Hört! hört!) Von einer neuen Umzäunung, von einer neuen Mauer u. dgl. ist ja doch nicht mehr die Rede.

Stadtv. Kallisch: Auch ich halte den Zustand des Friedhofs nicht für schon und vermisse vor allem das Gitter. Da es auch nicht auf die principielle Seite der Sache ankommt, stelle ich folgenden Antrag:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Erklärung des Magistratsdecretens, den Friedhof noch während des

laufenden Jahres in einen würdigen Zustand zu versetzen, und ersucht den Magistrat, ihre baldigst Plan und Kostenanschlag vorzulegen.

Stadtv. Singer: Ich darf dem Herrn Stadtrat versichern, daß wir den Platz uns nicht erst anzusehen brauchen, wir kennen ihn, und haben die Abhaltung eines Lokaltermins nicht nötig. Wenn er nicht für notwendig erachtet, an dem Platz irgend etwas vornehmen zu lassen, so entspricht diese Auffassung nicht den Empfindungen und Ansichten, welche in dieser Versammlung wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sind. Wollen wir die Vorgänge bezüglich des Friedhofs richtig illustrieren, dann thäten wir am besten, ihn in dem jetzigen Zustand zu belassen, dann würde er ein Monument von unserer Zeiten Schande sein. Der jetzige Zustand des Friedhofs mag denen genügen, die sich überhaupt nicht gern an die Märztage von 1848 erinnern lassen, die da wollen, man spräche nicht mehr davon, weil es irgendwo mitleidig aufgenommen werden könnte, und wir haben ja auch in unserer Verwaltung Männer, die mit dem Grafen Brandenburg der Meinung sind: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. (Weiterer Ruf: Wenn wir auch nicht den Wunsch haben, daß äußerlich noch etwas geschieht, so wollen wir doch wenigstens auf unserm Grund und Boden, wo Polizei und Ministerium „mir to seggen bewunden“, eine entsprechende Ausschmückung haben. Der Platz sieht schon aus, wenn das Boll von Berlin am 18. März ihn schmückt. In andren Zeiten aber, wenn die Herren Obergärtner es nicht schnell genug fertig bekommen können, die Kränze und Schleifen zu entfernen, dann macht er den tristen Eindruck der Armenfriedhöfe. Diesen Zustand möchten wir nicht konstatieren. Die gestellten Anträge genügen mir nicht. Ueber der Antrag Rosenow nach der Antrag Kallisch haben Aussicht auf Ausführung durch den Magistrat. Aber die Versammlung kann doch den Magistrat nachgiebig machen, indem sie selbst eine bestimmte Summe in den Etat einsetzt. Dann stellt sie den Magistrat vor die Frage, ob er die Summe nutzen oder den Etat ablehnen will. Daß die Versammlung zur Einstellung sein Recht hätte, muß ich durchaus bestreiten. Genehmigen wir heute den Etat, dann stehen doch die 1000 M. noch nicht darin; die bloße Resolution Rosenow hat keinen praktischen Zweck. Herr Kallisch will eine besondere Vorlage; auch da hängt alles vom Magistrat ab. Im Etat stehen Summen für Regulierung von Plätzen und Straßen, ohne daß wir bezügliche Vorlagen erhalten haben, so 180.000 M. für die Regulierung des Schloßplatzes. (Hört, hört!) Geld in Vorrat sollte überhaupt nicht bewilligt werden. Ich beantrage, 3000 M. in den Etat einzusetzen; ich bin überzeugt, daß der Magistrat auch damit den Etat acceptiert und die Summe verwendet wird für den Zweck, den wir für durchaus notwendig erachten. Wenn wir auch keine Denksteine setzen, keine Thore bauen können, so können wir doch den Platz, wo die teuren Toten ruhen, würdig ausstatten.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat hat erklärt, er wird den Friedhof angemessen gärtnerisch herstellen. Es wird ausgegeben werden, was das kostet, ob im Etat 400, 1000 oder 3000 M. stehen. Sagen Sie — man scheint sich ja überstampfen zu wollen — 30.000 Mark ein, mehr als die Kosten verständig betragen, wird nicht ausgegeben. Eine Verpflichtung, Geld auszugeben über das hinaus, was Sachverständige anerkennen werden, kann ich nicht eingehen. Die drei Anträge haben ihren Zweck wohl bereits erfüllt. Einen Druck auszuüben ist nicht notwendig. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow: Der Magistrat scheint durch sein Verhalten diese Friedhofsdematte verweigern zu wollen. Ich werde allerdings das Meinige thun, die Sache nicht verstampfen zu lassen. Der Antrag Singer ist nicht gangbar, denn nach dem Belieben des Kommentar kann die Versammlung Ausgaben nicht selbständig in den Etat stellen.

Stadtv. Singer: Diese Rechtsauffassung kann ich nicht teilen. Wenn wir selbständig eine Summe einsetzen, wird damit das Recht des Magistrats, zuzustimmen oder abzulehnen, nicht berührt. Man wendet eben auch im Verwaltungswege Mittel an, um einen widersprüchlichen Geuer durch derartige Verkopplungen vor eine bestimmte Alternative zu stellen. Der Oberbürgermeister sagt, die Sache wird gemacht werden. Sie hätte bei einigen guten Willen schon fertig sein können. Wir haben ein volles Recht, aus dem Verhalten des Magistrats zu schließen, daß noch gewisse Widerstände vorhanden sind. Die Versammlung muß selbständig zum Ausdruck bringen, was ihr als das Notwendige erscheint, nämlich eine Ausschmückung des Platzes, welche über jene 400 M. hinausgeht. Ich empfehle nochmals meinen Antrag.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Magistrat hat die Sache nicht verzögert. Wären wir im vorigen Jahre an den Friedhof herangegangen, dann hätte ich die Reden hier nicht hören mögen, welche dem Magistrat eigenmächtiges Vorgehen und die Unterstellung vorgeworfen hätten, daß es ihm mit der Lage nicht ernst sei. Der Dezerment stimmt mit mir darin überein, daß ein schöner gärtnerischer Schmuck geschaffen werden soll. Dabei schliche ich auch die Umzäunung ein. Der jetzige Gelderzustand bedarf sicherlich einer Aufbesserung. Aber sehen Sie die Position noch so hoch ein, eine Verpflichtung für den Magistrat, das Geld auch auszugeben, erwächst daraus nicht. Damit schließt die Debatte.

Stadtv. Rosenow ändert seinen Antrag dahin um, daß 3000 M. in den Etat eingesetzt werden sollen; Stadtv. Singer zieht darauf seinen Antrag zurück.

Der Antrag Kallisch wird mit schwacher Mehrheit angenommen. Von der Abstimmung über den Antrag wird abgesehen.

Im übrigen wird an dem Etat der Park- und Gartenverwaltung nichts geändert.

Anherben wird für die Vorlage betreffend die Neu- und Umpflasterung der Straßen für 1900 ein Ausschuß eingesetzt.

Ein dringlicher Antrag Schwabe bezweckt die Stillsetzung von 100.000 M. zur 200jährigen Jubelfeier der Akademie der Wissenschaften. Der Antrag wird einem Ausschuß überwiesen. Schluß 9 1/2 Uhr.

Der Etatsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung

erlebte in der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung eine Reihe von Special-Etats nach dem Vorschlag des Magistrats ohne wesentliche Änderungen. Im Etat für „Geschäftsbedürfnisse und Prozeßkosten“ verlangt der Magistrat 8000 M. statt 5000 M. in Vorkehr für Unterhaltung und Vermehrung der Magistratsbibliothek und des Archivs. Begründet wird diese Mehrforderung mit der Teilung der Bibliothek und der Notwendigkeit, die umfassende Literatur zum Bürgerlichen Gesetzbuch anzuschaffen. Stadtv. Bruns beantragte eine Resolution, worin der Magistrat aufgefordert werden soll, noch im Etat für 1900 eine Summe von 15.000 M. einzusetzen, die zur notwendigen Ergänzung des Bücherbestands der städtischen Bibliothek in der Zimmerstraße zu dienen habe. Der Ausschuß lehnte die Resolution ab. Beim Etat der Wasserwerke bemängelte Stadtverordneter Vorkmann, daß von den städtischen Werken an Kranke oder invalide Arbeiter, oder an Witwen verstorbener städtischer Arbeiter völlig ungenügende Unterhaltungen gezahlt würden. Als ein Beispiel solcher Ungerechtigkeit führte Redner die Unterstützung eines früheren Maschinenputzers an, der jetzt 60 Jahre alt ist, und infolge eines Betriebsunfalls in städtischen Werken einen Arm verloren hat, während der andre ihm noch geliebte Arm infolge eines Falles fast gebrauchsunfähig ist. Ferner leidet der Mann an Rheumatismus, auch fehlt ihm die Sehkraft des einen Auges; seine Ehefrau ist wegen anhaltender Krankheit nicht fähig, einem Erwerbe nachzugehen, und von den Kindern können Unterstützung an die Eltern nicht abgegeben werden. Dieser Arme, der in Betriebe der Stadt Berlin zum Krüppel geworden ist, erhält jährlich 300 Mark! Stadtv. Vorkmann und Bruns forderten in einer vom Ausschuß einstimmig angenommenen

Resolution des Magistrat auf, die in Aussicht gestellte Vorlage bezüglich der Pensionskasse der städtischen Arbeiter baldmöglichst an die Stadterordneten-Versammlung gelangen zu lassen. Eine von anderer Seite eingebrachte Resolution, nach der einem besondern ständigen Ausschuss der Stadterordneten-Versammlung alle Unterförmungsachen zur Vorprüfung überwiesen werden sollen, wurde abgelehnt. Beim Markthallen-Etat fragte Stadtv. Borgmann den Magistrat, ob die seit längerer Zeit leerstehende Markthalle auf dem Gesundbrunnen an die socialdemokratische Partei zu Vermietungen vermietet werden würde. Vom Magistrat wird darauf erklärt, daß grundsätzlich gegen solche Vermietung nichts einzuwenden sei. Die nächste Sitzung ist am Montag.

Ueber den Einheitspreis des Gases wird der Magistrat in einer auf nächsten Sonnabend, vormittags 11 Uhr, anberaumten außerordentlichen Sitzung endgültig Beschluß fassen.

Lokales.

Dritter Wahlkreis. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 11. März, eine Besichtigung des Gewerkschaftshauses am Engel-Nfer stattfindet. Treffpunkt daselbst vormittags 10 Uhr.

Die Stadterordneten-Versammlung

Beschäftigte sich gestern hauptsächlich mit dem Stadthaus-Etat pro 1900, dessen zweite Lesung begonnen wurde. In flottem Tempo wurde eine ganze Reihe Einzel-Etats durch debattelose Annahme erledigt. In einer Debatte kam es erst beim Krankenhaus-Etat. Von socialdemokratischer Seite waren hierzu zwei Anträge gestellt worden, die die Beschaffung und Bereitstellung geeigneter Räume zur Aufnahme von Kranken bei Eintretender Ueberfüllung der Krankenhäuser und die Wiederheraussetzung der am 1. Januar 1900 erhöhten Pflegegelder zum Gegenstande hatten. Genosse Dr. Freudenberg begründete diese Anträge. Um den Eindruck seiner ruhigen und klaren Ausführungen abzuschwächen, erging man sich auf derjenigen Seite der Versammlung, die solchen Forderungen principiell ablehnend gegenüber steht, in Unterbrechungen der allergeringsten Art. Die Anträge wurden nach einer recht schwachen Entgegnung des Magistratsvertreters Stadtrat Strahmann mit großer Mehrheit abgelehnt. Dasselbe Schicksal hatte beim Etat der Desinfektionsanstalt ein von unseren Genossen gestellter Antrag, der die oft angestellte Forderung einer allgemein unentgeltlichen Gewährung der Desinfektion von neuem aufstellte. Genosse Freudenberg wies in seiner Begründung des Antrags zugleich auf die Lage der Angefallenen der Desinfektions-Anstalt hin, aber Herr Stadtrat Strahmann erklärte in seiner Entgegnung, daß Bezahlung und Arbeitszeit dieser Angestellten zu Ausstellungen keinen Anlaß geben könnten. Beim Heimstätten-Etat kam ein Antrag unserer Genossen, der sich mit dem Raumangel in den Heimstätten beschäftigte, zur Erörterung. Auch hier brachte Gen. Freudenberg zugleich einige andre Wünsche zur Sprache. Da es sich bei diesem Antrage ebenso, wie bei den vorher erwähnten Anträgen, um eine Angelegenheit handelte, die das Interesse der minder bemittelten Bevölkerung berührt, so verstand es sich von selber, daß auch er vor den Augen der Mehrheit der Versammlung keine Gnade fand. In bereits vorgerückter Stunde gab es beim Parl.-Etat noch über den Märgelassen-Friedhof eine Debatte, die wieder einmal das Einsetzen aller derjenigen bilden wird, die jegliche politische Erörterung von der Stadterordneten-Versammlung fernhalten möchten. Auf die Ausführungen des Stadtv. Nejerow und unseres Genossen Singer antwortete Ober-Bürgermeister Kirchner in einem spöttischen Tone, der ihn zwar nach oben hin empfehlen wird, aber zu dem Ernst der Sache doch recht wenig paßt.

Wie das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes mitteilt, wird vom 1. April d. J. ab das von der städtischen Fleischschau unterzogene, von außerhalb hier eingeführte frische Fleisch zwar mit denselben Stempeln wie bisher, zur Unterscheidung von dem auf dem hiesigen städtischen Schlachthofe untersuchten Fleische, aber unter Verwendung giftfreier roter Stempelfarbe gekennzeichnet.

Die Paketfahrt-Gesellschaft wird an ihre Annahmestellen-Inhaber die kleinen für Brief- und Druckfachenverkehr bestimmten Wertzeichen nur noch bis zum 23. d. M. ausgeben. Die Beförderung der eingelieferten Briefe findet bis zur letzten Bestellung am 31. März 6 Uhr abends statt. Da die Briefbeförderung um diese Zeit geschlossen wird, werden die an den Häusern befindlichen bekannten roten Kästen am letzten dieses Monats, morgens, entfernt und von dieser Zeit ab Briefe auch von den Annahmestellen nicht mehr angenommen werden. Die dann noch im Besitz des Publikums befindlichen roten Kästen können zur Fraktionierung von Paketen verwendet oder ebenso wie Karten und Briefumschläge innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist an die Direktion der Paketfahrt-Aktiengesellschaft zurückgeliefert werden.

Die Ausgabe der Briefmarken und Postkarten zu zwei Pfennig wird zu Ende dieses Monats erfolgen, da diese Wertzeichen zum 1. April notwendig werden. Zunächst gelangen Stempel der älteren Art zur Ausgabe, die genau dem Bilde der bisherigen Drei- und Fünfpfennigmarken entsprechen. Die Farbe der dunkelblau. Auch Postkarten mit Antwort zu zwei Pfennig gelangen zur Ausgabe.

Ein bedauerlicher Fall von Brüchepädagogik wird aus der 22. Gemeindefaule in der Dammwegstraße gemeldet. Dort hat ein Lehrer S. einen Anaben der Klasse 1c aus geringfügiger Ursache derart am Hals gewürgt, daß der Schüler sich in ärztliche Behandlung begeben und von der Schule fernbleiben mußte. Der Mißhandelte ist, wie noch bemerkt sei, einer der begabtesten Anaben und wegen seines Fleißes mehrfach in der Schule prämiert worden. Die geschilderte eigentümliche Erziehungsmethode soll von dem Lehrer auch an andern Kindern geübt worden sein und zwar an einem zweiten Schüler mit so unglücklichem Erfolge, daß das Kind ebenfalls in den nächsten Tagen nach der Mißhandlung nicht im stände war, die Schule zu besuchen. Selbstverständlich ist die peinliche Angelegenheit der Behörde unterbreitet worden.

Von Herrn Chr. Tischendorf erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift: Im „Vorwärts“ vom Freitag wird mitgeteilt, daß der Saal von Herrn von der Bürger- und Mieterpartei für heute abend gemeinsam gemietet wäre. Das ist ein Irrtum. Wir haben den Saal nur für Donnerstag, den 15. d. M., bestellt und haben mit der dortselbst heute, Freitag, stattfindenden Versammlung nichts zu thun. Von einer „gemeinsamen Sache“ mit der sogenannten parteilosen Bürgervereinigung kann demnach keine Rede sein.

Ein bedeutendes Fallissement ist aus dem Buchhandel zu verzeichnen. Die Firma C. Mecklenburg in Berlin (Inhaber H. Michlig) hat falliert. Derselbe führte für die angesehensten deutschen Verlagsfirmen meist vollständige Auslieferungslager, so daß der Umsatz ein sehr bedeutender war. Nicht weniger als 144 erste Firmen sind, wie das „Leipziger Tageblatt“ zu berichten weiß, auf diese Weise beteiligt (darunter 40 Leipziger Firmen), außerdem die Verleger von Journalen etc., von denen Michlig sehr bedeutende Fortschreibungen bezog. Das Kommissionslager der Firma wird sicher gegen 300 000 M. betragen, doch dürften die Bestände zum größten Teil vorhanden sein. Die wirklichen Passiven sind noch nicht festgestellt. Die größeren Firmen sind mit Kosten bis zu 15 000 M. beteiligt.

Vergebens gesucht wird das 23 Jahre alte Dienstmädchen Anna Gramisch, das erst acht Tage vor dem Verschwinden bei dem Schlächtermeister H. in der Wienerstr. 31 zugezogen war. Anna G. erbat sich am Dienstag voriger Woche die Erlaubnis, einen Zahnarzt aufsuchen zu dürfen, ist aber von diesem Gang nicht zurückgekehrt und in Berliner Krankenhäusern nicht zu ermitteln gewesen.

Das Dienstbuch und die geringfügigen Habeseligkeiten an Kleibern und Wäsche hat die G. zurückgelassen.

Feuerbericht. Donnerstag früh 5 Uhr kam Kaiser Wilhelmstraße 18 ein Wohnungsbrand aus, der Möbel und Kleider zerstörte. Ein ähnlicher Brand war kurz vorher Ruppinerstr. 4 abgelaufen. Mittwochsabend 11 Uhr war Landsbergerstr. 32 ein unbedeutendes Feuer zu beseitigen. Gegen Mitternacht wurde die Wehr nach Oranienburgerstr. 75 gerufen, wo das Zwischengebäl in großer Ausdehnung Feuer gefangen hatte. Hier wurde die Wehr fast zwei Stunden in Anspruch genommen, da die Balkenlage vollständig freigelegt werden mußte.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand wütete in der Nacht zu gestern Stromstraße 40a in Moabit. Das vierstöckige Quergebäude daselbst wird von zahlreichen kleinen Mietern bewohnt, die zumeist nicht versichert sind. Die Bodenverhältnisse waren mit allerlei Handwerkszeug, Betten und Hausrat angefüllt, so daß die von dem Brande betroffenen Mieter empfindliche Verluste erlitten. Wenige Minuten nach Mitternacht wurden die Hausbewohner aus dem Schlaf geschreckt, und eine große Panik bemächtigte sich ihrer, da die Treppen bereits stark verqualmt waren und die Flammen aus den Bodenlöchern schlugen. Nur mit dem Korbhüftigsten Kletterer machten sich die Insassen des vierten Stocks daran, ihre Wohnungen zu räumen, und ließen sich daran später auch trotz der Abmahnung der in fünf Wöchigen eingetroffenen Feuerwehr nicht hindern. Nach Aufrichtung einer mechanischen Leiter wurde ein Dampfpeitzehrohr darübergelieft, während mit einem zweiten über die Treppen vorgegangen wurde. Das mit Teer belegte Dach verursachte einen erschreckenden Qualm, so daß der Löschangriff ungemein schwer war. Wiederholt wurden die Schlauchführer durch den Rauch zurückgetrieben, und erst nachdem es gelungen war, das Dach an einigen Stellen zu durchschlagen und dem Feuer Luft zu machen, konnte mit Erfolg vorgegangen werden. Das Feuer wurde nun gelöscht, doch wurde der gesamte Dachstuhl eingestürzt.

Aus den Nachbarorten.

Parteierversammlungen in den Vororten. Lichtenberg-Friedrichsberg. Am Montag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 120, eine Volks-Versammlung statt. Referent ist Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. — Die General-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend bei Pöll, Siemensstraße, statt.

In Stralau hat am nächsten Dienstag in der einen Stunde von 5 bis 6 Uhr nachmittags die Wahl eines Gemeindevorsetzers zu erfolgen. Die kurze Dauer der Wahlhandlung erfordert doppelte Aufmerksamkeit seitens unserer Parteigenossen, damit uns keine Stimme verloren gehe.

Heute, Freitagabend 9 Uhr ist bei E. Gursch eine Versammlung, in der Genosse Th. Richter über die Frage: „Welches Interesse haben die Arbeiter an den Gemeindevorwahlen?“ einen Vortrag halten wird. Zahlreiches Erscheinen ist geboten.

Der Teltower Kanal wird noch in diesem Jahre in Angriff genommen, der erste Spatenstich soll im Herbst geschehen werden. Der Bau dieses für die wirtschaftliche Entwicklung unserer südlichen und südwestlichen Vororte so bedeutamen Unternehmens wird derart gefördert, daß die Fertigstellung und Benützung der Wasserstraße im Jahre 1904 erfolgen kann. Der neue Kanal wird bekanntlich eine südliche bezw. südwestliche Verbindung zwischen der Oberspree und der Havel herstellen. Er führt in der 37 Kilometer langen Hauptlinie von Glienicke nach Grünau, während eine Nebenlinie sich mit Nieder-Schöneweide verbindet. Der Weg, den der Kanal in der Hauptlinie nehmen wird, ist kurz skizziert, folgender: Am südlichen Ende der Glienicker Lokale beginnend, durchschneidet er den Grödenitzsee in seiner ganzen Länge, kreuzt zahlreiche Bahndämme und geht dann in den Wannowsee und weiter in den Schönowsee, der trodengelegt wird. Später werden die Gebietsteile der südlichen und südwestlichen Vororte der Reihe nach gestreift. Den Endpunkt des Kanals bildet nach Ueberfrierung des Gebietes Grünau, wo der Kanal in die Wendische Spree mündet.

In der Untersuchung gegen den wegen Sittlichkeitsverbrechen verhafteten Maschinenbauer Wolf Seefeld in Spandau ist unter andrem festgestellt worden, daß er auch in Charlottenburg sein Handwerk getrieben hat. Dies ist durch Photographien ermittelt worden, die er als Liebhaberphotograph von seinen Opfern aufgenommen hat, und die er, von Fall zu Fall sorgsam geordnet, in seiner Wohnung in großer Zahl aufbewahrt. Es wird dem „Berl. Tageblatt“ hierüber folgendes Nähere berichtet: Der elfjährige Sohn eines Handwerkers in Charlottenburg hat sich gemeldet und ein paar Bilder von sich vorgezeigt, die Seefeld hergestelt hatte, als er den Anaben eines Tags auf sein Fahrrad nahm und mit ihm nach dem Grunewald fuhr. Dort lief der Kleine, nachdem er bei dem Manne das am Leibhant befestigte Dolchmesser erblidete, ihm aus Furcht vor der Waffe davon. Die gleichen Photographien des Anaben sind auch unter der Sammlung Seefelds vorgefunden worden. Diese trübe Angelegenheit zieht übrigens immer weitere Kreise. Es haben sich nämlich noch über hundert Kinder einer Gemeindefaule in der Neustadt von Spandau gemeldet, denen Männer in unzüchtlicher Absicht nahe getreten sind. Um nun die Persönlichkeit der Täter festzustellen, wird den Kindern sowohl Seefeld wie auch ein anderer bereits in Haft genommenes Individuum gegenübergestellt. Mit mehr als hundert andern Kindern ist dies bereits geschehen. Es enthält sich bei dieser Gelegenheit ein förmlicher Abgrund von fittlicher Verderbnis, wie man ihn kaum geahnt hatte.

Weiter-Propgnose für Freitag, den 9. März 1900.

Ziemlich heiter, nachts mäßiger Frost, am Tage mild bei schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Der Streik der Bergarbeiter in Oestreich.

Aus Wien wird uns vom 7. März geschrieben: Die vom Socialpolitischen Ausschusse begonnene Expertise ist noch immer nicht beendigt, obwohl von der Zeit, die vom Ausschusse zur Berichterstattung gegogen wurde, mehr als die Hälfte verstrichen ist. Man sieht überhaupt das deutliche Bestreben walten, die im Parlament beschlossene Aktion zu verschleppen; die Regierung hat eben jede Energie gegenüber den Kohlenbaronen verloren. Gestern hatte das Herrenhaus eine große politische Debatte — die alten Herren machten ihren gepreßten Herzen über die schlechten Verhältnisse Luft — und Graf Meran — beiläufig bemerkt, der Entel einer Postmeisterstochter, die das „Glück“ hatte, einem Erzherzog zu gefallen — griff die Regierung wegen ihrer Vermittlungstätigkeit aufs heftigste an. Sie hätte durch ihre Verhandlungen mit „unbekannten“ socialdemokratischen Abgeordneten und Arbeiterführern die Autorität des Staats argen Abbruch gelhan. Und Herr v. Körber, der stete Süßholzraspeler, entsandigte sich sehr de- und wehmütig, die Regierung habe sich informieren müssen und ihre Aktion habe nur den Zweck gehabt, „Material“ zu sammeln! Wenn der dreizehntägige Ministerpräsident so zusammenblöde, so ist daran nicht bloß die natürliche Devotion schuld, die ein fast bürgerlicher Minister vor so hochgeborenen Herren haben muß, sondern es ist auch das Bestreben, den mächtigen Gewerken, die durch den Mund des Grafen Meran gesprochen haben, nicht zu mißfallen. Mit andern Worten: Die Regierung Körber hat ihre „Thätigkeit“ bei dem Streik völlig eingestellt; sie steht fortan gleichgültig zu, wie das hab- und bentegterte Kapital über die kämpfenden Arbeiter triumphiert.

Zum Glück hat es somit noch gute Wege. Wohl hat die lange Dauer des Streiks die Widerstandsfähigkeit der darobenden Bergarbeiter beeinträchtigt, aber im Wesen ist ein Nachlassen des Streiks absolut nicht sichtbar. Die Hoffnungen der Gewerke auf den freitigen Sonntag sind auch diesmal enttäuscht worden und sie werden allem Anschein nach noch oft enttäuscht werden.

Brand des Théâtre Français.

Frankreichs berühmtes Schauspielhaus, das ehrwürdige Théâtre Français in Paris, ist gestern mittag durch eine gewaltige Feuersbrunst zerstört worden.

Das Feuer brach 5 Minuten nach 12 Uhr im Hintergrund des Bühnenans, gerade als die Schauspielerinnen Dulaud und Henriot auf der Scene für die auf Donnerstag angelegte Matinee probten. Die elektrische Leitung auf der Bühne schmolz, und das Feuer ergriff die Dekorationsen. Das Feuer griff mit rasender Geschwindigkeit um sich; das Personal rettete mit Mühe einige Gegenstände, indem es dieselben aus den Fenstern warf. Um 1 1/2 Uhr war dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt gethan; das Theater ist jedoch völlig zerstört.

Das Innere des Théâtre Français ist fast vollständig ausgebrannt. Es gelang, einen Teil der Kunstgegenstände aus den Künstlerlokalen zu retten. Mehrere Schauspielerinnen, welche bereits für die Nachmittagsvorstellung kostümiert waren, wurden von den Feuerwehrleuten mittels Leitern in Sicherheit gebracht. Gegen 1 1/2 Uhr wurde der verlohnte Leichnam einer Schauspielerin von den Feuerwehrleuten entdeckt. Man befürchtet, daß man noch andre Opfer finden wird.

Eine Depesche von 2 Uhr 25 Min. besagt: Soeben sind die Plafonds, die Bühne und die Logen eingestürzt. Ein neben dem Théâtre Français wohnender Mann hatte den Pförtner des Theaters vor 3 Tagen darauf aufmerksam gemacht, daß er Rauchgeruch verspürte.

Ueber den Brand wird weiter gemeldet: Sobald als Feuerlärm geschlagen war, eilte von allen Seiten Hilfe herbei. Um das Gebäude sammelte sich eine äußerst zahlreiche Menge an. Gegen 1 Uhr stand das ganze Gebäude in Brand und die Flammen schlugen zu den Fenstern heraus. Im Theater sollte heute eine Mittagsvorstellung stattfinden. Einige Musikanten, die bereits eingetroffen waren, konnten sich nur mit Schwierigkeit retten, da die Treppe plötzlich in Feuer und Rauch gehüllt war. Ein alter Mann, der sich auf einen Balkon an der Rue Richelieu gestürzt hatte, wurde auf einer Leiter in Sicherheit gebracht, die man auf einen Damibus gestellt hatte. Der größte Teil der Kunstgegenstände des Theaters, die Bibliothek, ein Teil des Archivs und des Museums sind gerettet. Die Bühne und das Innere des Theaters sind nur noch ein Trümmerhaufen, dagegen haben die Umfassungsmauern nur wenig gelitten. Die unter den Trümmern gefundene Leiche ist die der Schauspielerin Franckin Henriot. Dieselbe ist nach dem Schauspielhaus gebracht und dort von ihren Kollegen rekonstruiert worden.

Das zerstörte Theater ist im Jahre 1806 unter Napoleon I. zuerst für seine Zwecke benutzt worden. In dem Hause wurde das klassische französische Schauspiel, aber auch die neuere Kunstgattung mißtrauislich gepflegt. Der jährliche Staatszuschuß für diese Bühne, die unter eigner Verwaltung steht, beträgt 240 000 Fr.

Paris, 8. März. Die sofort eingeleitete Untersuchung zur Feststellung der Ursache des Brandes im Théâtre Français ist noch nicht beendet. Es circulieren Gerüchte, daß Brandstiftung vorliegt. Es wird dies daraus gefolgert, daß das Feuer gleichzeitig an mehreren Stellen ausgebrochen ist. Andere Meldungen besagen, Ueberheizung habe den Brand veranlaßt. Einer dritten Version zufolge soll im Theater schon 48 Stunden vorher der Brand bemerkt worden sein. Eine in der Nähe des Theaters wohnende Wäscherin will schon vorgezogen verschiedene Personen auf Brandgeruch aufmerksam gemacht haben. Die Leiche der Schauspielerin Henriot ist heute nachmittag gefunden und bereits rekonstruiert worden. Die Zahl der Verletzten beträgt 17, darunter befinden sich verschiedene Feuerwehrleute. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Frank geschätzt.

Baldec-Rouffeu hat nachmittags 5 Uhr eine Versammlung einberufen, zu welcher verschiedene Leiter subventionierter Theater eingeladen waren. Zweck der Versammlung war die Auslösung eines Theaters, in welchem die Mitglieder des Théâtre Français künftig spielen sollen.

Weitere Depeschen melden: Paris, 8. März. Gegen 4 Uhr sind die Treppen und Plafonds des Théâtre Français eingestürzt. Um 5 1/2 Uhr ist der Brand noch nicht gelöscht. Das dem Theater benachbarte Gebäude des Staatsrats ist von Wasser überschwemmt, doch befürchtet man keineswegs, daß das Feuer sich bisher ausbreitet. Der Ministerpräsident Baldec-Rouffeu, der Justizminister Monis, der Oberstaatsanwalt Bernard, sowie der Chef des Generalsekretariats des Präsidenten Loubet, General Vaissand, begaben sich nach der Unglücksstätte.

Die nachträglich festgestellt wurde, ist das Aufseherzimmer der verunglückten Schauspielerin Henriot nicht verbrannt. Das junge Mädchen verlor beim Ausbruch des Feuers völlig den Kopf, eilte die Treppe hinauf, anstatt hinunter zu gehen und stürzte in eine Loge, wo sie durch den Rauch erstickte.

Die Mutter der 19-jährigen Mlle. Henriot soll, als man ihr den Tod ihrer Tochter mitteilte, wahnsinnig geworden sein.

Man glaubt jetzt, daß das Feuer von einem Kamin des Heizapparats ausgegangen ist und sich, da dieser voll Rauch war, schnell vom Partierre bis zum Dach ausbreitete. Das Theater wird für völlig verloren gehalten und wird von Grund aus wieder neu erbaut werden müssen. Es scheint, daß inzwischen das Théâtre de l'Odéon den Schauspielern das Théâtre Français zur Verfügung gestellt werden soll, damit diese ihre Vorstellungen nicht zu unterbrechen brauchen.

Ware	D. Gr.	15.30	14.-	Schw. einseitig 1kg	1.60	1.10
*) Weizen	-	14.30	13.70	Rothweizen	1.60	1.10
*) Roggen	-	14.10	13.-	Haarweizen	1.60	1.-
*) Gerste	-	15.-	14.20	Winter	2.60	2.-
*) Mittel	-	14.10	13.40	60 Stk	6.-	5.80
*) Gerst	-	13.30	12.60	Rumpen	1kg	2.20
*) Weizen	-	4.22	4.-	Kalt	3.-	1.40
*) Gerst	-	6.80	4.30	Band	2.50	1.-
*) Gerst	-	40.-	25.-	Decke	2.-	1.-
*) Pfefferbohnen	-	45.-	25.-	Barste	1.80	0.80
*) Weizen	-	70.-	30.-	Schleie	2.80	1.30
*) Kartoffeln, neue	-	7.-	5.-	Bleie	1.40	0.80
*) Rindfleisch, Kente 1kg	-	1.60	1.20	Stroh	per Schot	12.-
*) do. Band	-	1.20	1.-			

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsminister - Vorratshalle - und umgerechnet vom Vorkaufsprämium für den Topfcentner. *) Fleischbündel.

Produktenmarkt vom 8. März. Getreide. Der heutige Markt war geschäftlos. Der Interessentenkreis war deartig von den ergebnislosen Verhandlungen der gestrigen Vorkaufsverammlung für den Vorkauf der Produktendile in Anspruch genommen, daß von Geschäft keine Rede war. Preise festten gegen geringen, weitaus größeren Schwund nominiert. Bedeutend schwächer ein. Weizen trat eine leichte Erholung ein, doch blieb das Preisniveau für Brotgetreide noch immer um eine Kleinigkeit gegen gestern zurück. Amerika kam wiederum schwächer, aber schwächer, Paris ebenfalls, fest dagegen etwas höher. Das Mehlverhältnis war daselbst wie gestern. Für schweizer Ware waren bessere Preise nicht zu erzielen, da der eingetretene Schwund, welcher wärmeres Mehl in Aussicht stellt, die Käufer beeinflusst. Unter diesen Verhältnissen nahmen die Umsätze wieder seinen großen Umfang an; nur in September-Roggen entwickelte sich einiger Auftrieb. Im Preise schlossen Weizen und Roggen gegen gestern kaum verändert. Gerste lag sehr still. Mühlgut verkaufte. — Am Spiritusmarkt machte sich stärkere Nachfrage geltend.